

Das Parlament

Berlin, Dienstag 29. Mai 2012

www.das-parlament.de

62. Jahrgang | Nr. 22 bis 24 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Exzellenter Moderator

Peter Altmaier Er ist umgänglich, durchsetzungsstark, gut vernetzt und ein exzellenter Moderator – für Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) war es somit die ideale Wahl, den Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der Unionsfraktion zum Chef des konfliktbeladenen Umweltausschusses zu machen.



Anstelle von Norbert Röttgen, der nach der CDU-Wahlpleite in Nordrhein-Westfalen entlassen wurde. Dem 53-jährigen Saarländer war es bisher auf den Leib geschneitten, als „1. PGF“ Kompromisse und Lösungen im komplizierten Politikbetrieb zu finden. Solche Eigenschaften kann Altmaier für die Herkulesarbeit der Energiewende gut gebrauchen. Hier geht nichts ohne Konsens – mit der Energiewirtschaft, Umweltausschüssen, Ländern oder Kommunen. Am Donnerstag wurde der neue Umweltminister vor dem Bundestag vereidigt (siehe Seite 9).

ZAHLE DER WOCHE

75

Euro monatliche Stromkosten zahlt ein Dreipersonen-Haushalt in Deutschland beim Verbrauch von 3.500 Kilowattstunden im Jahr – das sind sechs Euro mehr als 2010. Dies ermittelte der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Hauptgrund für den Preisanstieg ist laut BDEW der wachsende Anteil von Steuern und Abgaben.

ZITAT DER WOCHE

»Die Energiewende wurde grandios an die Wand gefahren.«

Bärbel Höhn, stellvertretende Grünen-Fraktionschefin, in der Bundestagsdebatte zur Entlassung von Umweltminister Norbert Röttgen (CDU)

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Wahlrecht Eine Grundgesetzänderung schafft mehr Rechtsschutz Seite 5

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Tourismus Die Attraktivität der ländlichen Räume soll gestärkt werden Seite 8

EUROPA UND DIE WELT

Frankreich Die Nationalversammlung wird im Juni neu gewählt Seite 10

KULTUR UND MEDIEN

Informationen Bürger sollen gegenüber Ämtern mehr Auskunftsrechte erhalten Seite 13

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



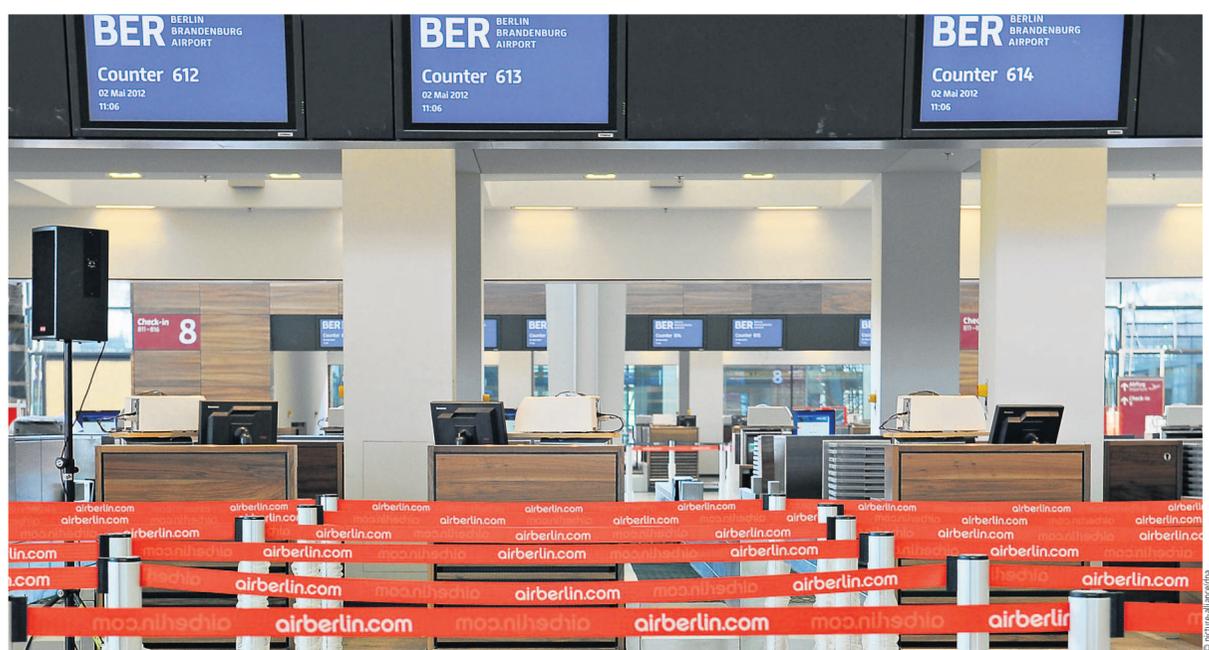
Bilanz einer Bruchlandung

BERLINER GROSSFLUGHAFEN Verschiebung der Eröffnung und Kostenexplosion sorgen für heftige Debatte

In der Beschreibung des „Desasters“ rund um den Flughafen Berlin-Brandenburg waren sich die Redner der Fraktionen einig. Den „einzigen positiven Aspekt“ stellte Sören Bartol (SPD) heraus: Dass mehr Zeit für die Umsetzung des Lärmschutzes gewonnen werde. Ansonsten wurde am Freitag im Plenum des Bundestages Bilanz einer Bruchlandung gezogen, nachdem die „Bauherrn“, die Länder Berlin und Brandenburg sowie der Bund als kleinerer Partner, bekannt geben mussten, dass die für Anfang Juni geplante Eröffnung des Airports auf dem März des kommenden Jahres verschoben werden muss – mindestens. Und deutlich teurer wird es auch: Die Rede ist von einer Kostensteigerung von rund 600 Millionen Euro – mindestens. In der Summe würde das Flughafen-Projekt dann mehr als drei Milliarden Euro kosten (siehe auch Seite 3).

Kritik an Flugrouten Zum Auftakt des Schlagabtauschs im Bundestag fand Linken-Fraktionschef Gregor Gysi für die Verschiebung der Eröffnung einen knappen Satz: „Das Ganze hat Provinzniveau.“ Er ging grundsätzlich auf die Umsetzung von Infrastruktur-Großprojekten ein. Es sei „noch nie gelungen“, die Bevölkerung rechtzeitig einzubinden. Kritisch setzte er sich mit der Festlegung der neuen Flugrouten für Berlin-Brandenburg auseinander: „Etwas Irreres habe ich noch nicht erlebt!“

„Kritikwürdig“, „beschämend“, Peter Wichtel (CDU/CSU) verwahrte sich dagegen, die Bundesregierung anzugreifen und stellte sich vor den zuständigen Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU, siehe auch Interview Seite 2). Er verwies auf die Rolle der beiden Landesregierungen in Berlin und Brandenburg als Genehmigungsbehörden. Es sei „mehr als unglücklich“, dass die Regierungschefs Klaus Wowereit und Matthias Platzeck (beide SPD) „keinerlei Ahnung haben, was ihre Verwaltungen so machen“. Die Finanzproblematik und Regressansprüche wegen der Verschiebung der Eröffnung müssten im Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erörtert werden. Er gehe davon aus, dass Wowereit die Ausschuss-Einladung nach zwei Absagen beim dritten Mal annehme. Sören Bartol (SPD) ging auf das „zu Recht so genannte Drama“ ein. Er griff Gysi an, als er an dessen Tätigkeit als Wirtschaftsminister in Berlin erinnerte. Da habe er die Möglichkeit gehabt, „wirklich mitzugestalten“. Doch Gysi sei zeitig zurückgetreten: „Fahrenflucht ist das, was sie können.“ Patrick Döring (FDP) vermisste bei seinem SPD-Kollegen Bartol „ein Wort zur Verantwortung“. Es müsse jetzt geklärt werden: „Wer hat wann was gewusst und falsch geschätzt.“



Gesperrt bis März 2013 - mindestens: ein Blick in die Abfertigungshalle des neuen Großflughafens in Schönefeld

„Offenkundig habe es „ein Transparenzproblem gegenüber dem Aufsichtsrat“, an dessen Spitze Wowereit steht, gegeben. Es sei „von Anfang an ein Fehler“ gewesen, dass es kein externes Controlling gegeben habe. Für Döring ist klar: „Letztendlich hat sich Deutschland unfassbar blamiert.“

Brandschutz im Visier Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) hob insbesondere auf die „aus dem Ruder gelaufenen Kosten“ ab. Müsse der Steuerzahler nun zuschießen „für eklatantes Missmanagement“? Ihr könne „keiner erzählen“, dass erst Ende April bekannt wurde, der Brandschutz werde nicht rechtzeitig fertiggestellt. Wie in der vergangenen Woche im Bundestagsausschuss für Tourismus bekannt wurde, sollte zwischenzeitlich eine teilautomatische Brandschutzanlage installiert werden, um die geplante Eröffnung nicht zu verschieben. Das hatte die zuständige Genehmigungsbehörde aber abgelehnt.

Parlamännchen
Politik für Kinder

Der neue Flughafen

Für eine Hauptstadt wie Berlin ist ein großer Flughafen sehr wichtig. Denn viele Menschen wollen die Stadt mit dem Flugzeug besuchen. Zwar hat Berlin schon einen Flughafen. Der ist aber zu klein und alt. Deshalb sollte Berlin einen neuen, größeren Flughafen bekommen. Als alle Menschen sich schon auf die Eröffnung des neuen Flughafens gefreut hatten, kamen schlechte Nachrichten: Der neue Flughafen kann nicht eröffnet werden. Denn wichtige Bauarbeiten wie der Schutz vor Feuer wurden nicht rechtzeitig fertig. Jetzt sind viele Menschen enttäuscht, weil sie sich sehr auf den neuen Flughafen gefreut hatten. Bis dieser endlich öffnet, dauert es noch zehn Monate.

Grundlage der Debatte war eine Antwort der Bundesregierung (17/8514) auf eine Große Anfrage der Fraktion Die Linke (17/6942) zu Flugrouten und Lärmauswirkungen. Der Bundestag lehnte einen von der Fraktion Die Linke eingebrachten Ge-

setzentwurf zur Änderungen des Luftverkehrsgesetzes (17/8129, 17/9452) ab. Darin hatte die Fraktion gefordert, im Luftverkehr solle der nächtliche Lärmschutz Priorität vor wirtschaftlichen Belangen haben. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP lehnten den Entwurf ab, während die SPD sich der Stimme enthielt. Linksfraktion und Bündnisgrüne stimmten dafür. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Entschließungsantrag der Linken (17/9750), in dem die Regierung aufgefordert wurde, für eine Realisierung aller Lärmschutzmaßnahmen vor Eröffnung des Flughafens zu sorgen. Ein Grünen-Antrag (17/9740), in dem verlangt wird, Verantwortlichkeiten für das „Flughafen-Debakel“ aufzuklären und Chancen für einen besseren Lärmschutz zu nutzen, wurde an die Ausschüsse überwiesen. fla/BT

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 2 und 3 sowie unter: www.das-parlament.de

EDITORIAL

Der Kamm schwilt

VON JÖRG BIALLAS

Jeder Häuslebauer kennt das: Es dauert länger als geplant, und teurer wird es auch. Das kostet Nerven. Aber am Ende macht die Freude über das neue Heim das erlittene Ungemach wett. Hoffentlich wird das im Fall des Berliner Flughafen-Neubaus eines Tages auch so sein. Derzeit sieht es freilich nicht danach aus. Augenscheinlich ist das Vorhaben dermaßen aus dem Ruder gelaufen, dass ein gutes Ende niemand so recht glauben mag. Wann ist die Eröffnung? Bloß nicht genau festlegen, wer weiß, was noch alles kommt. Und die Mehrkosten? Lieber mutmaßen als nachvollziehbar kalkulieren, irgendwo wird das Geld schon herkommen. Politische Verantwortung? Übernimmt niemand, Planungspläne auf der Arbeitsebene sind schließlich schwer kontrollierbar, eine ministerpräsidielle Entschuldigung beim Steuerzahler muss reichen. Dem schwilt derweil der Kamm. Auch, weil Dauer und Kosten des Baus nach oben schießen wie ein starrer Düsenjet. Vor allem aber, weil Defizite ganz offensichtlich planmäßig vertuscht worden sind.

Die Öffentlichkeit fühlt sich verschaukelt. Zu verdenken ist ihr das nicht. Der Hinweis auf den Umstand, dass es zuhauf Großprojekte mit teuren Fehlplanungen zu beklagen gibt, ist beruhigend wie eine Sauerstoffmaske, die bei Druckabfall vom Kabinenboden fällt. So ein Skandal lädt förmlich dazu ein, die Management-Qualitäten der öffentlichen Hand grundsätzlich in Frage zu stellen. Das allerdings wäre ungerecht. Fast täglich werden irgendwo im Land Projekte eingeweiht, die der Allgemeinheit zugute kommen: Straßen, Sporthallen, Radwege und vieles mehr. Bei dem ganz überwiegenden Teil dieser Neubauten ist in Rathäusern, Landratsämtern, Landes- und Bundesbehörden sehr verantwortungsbewusst mit öffentlichen Mitteln umgegangen worden. Es ist bedauerlich, dass die folgenschweren Pannen beim Ausbau des Schönefelder Flughafens dazu beitragen, all das in den Schatten des Verdachts der Unredlichkeit zu rücken. Kein Zweifel: Deutschland und Berlin brauchen diesen Airport. Darum ist jetzt ein transparentes Krisenmanagement nötig. Es wird nicht leicht sein, das Vertrauen der Öffentlichkeit zurückzugewinnen. Misslingt dies, bleibt ein nachhaltiges Unwohlsein, das sich nicht – siehe Häuslebauer – bei der Einweihung in Luft auflöst.

Mehr Mitsprache bei Großprojekten

INNERES Schwarz-Gelb will frühe Beteiligung der Öffentlichkeit. Opposition geht Regierungsentwurf nicht weit genug

Für die Abgeordnete Sabine Leidig (Die Linke) trägt der Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren“ (17/9666) einen „Nebelkerzentitel“, der in den Augen ihrer SPD-Kollegin Kirsten Lühmann „erheblich mit der Realität“ kollidiert: Bei der ersten Lesung der Vorlage ließ die Opposition vergangenen Donnerstag im Bundestag kein gutes Haar an dem Entwurf. „Sie verkaufen ein Gesetz zur Öffentlichkeitsbeteiligung und bauen mit demselben Gesetz genau diese Beteiligung ab“, kritisierte die Grünen-Abgeordnete Ingrid Hönlinger. Dem Entwurf zufolge soll die Öffentlichkeit künftig bei der Planung von Großvorhaben wie Bahnhöfen oder Flughäfen stärker beteiligt werden. Dazu will Schwarz-Gelb allgemeine Vorschriften über eine „frühe Öffentlichkeitsbeteiligung“ festschreiben, die vor dem Verwaltungsverfahren – also vor der förmlichen Antragstellung – erfolgen soll. Die zuständige Behörde soll verpflichtet werden, bei dem Vorhabensträger auf diese frühe Öffentlichkeitsbeteiligung hinzuwirken, ohne dass eine entsprechende Verpflichtung des Trägers vorgesehen ist.



Infrastrukturmaßnahme stößt auf Protest: Demonstration gegen „Stuttgart 21“

Eine solche Verpflichtung wäre „kontraproduktiv, weil es gerade darum geht, vor dem eigentlichen rechtlichen Verfahren eine Kooperation mit den Bürgern einzugehen, um mit ihnen in die Diskussion einzutreten“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU), in der Debatte. Der FDP-Abgeordnete Manuel Höferlin ergänzte, es gebe „ein verfassungsrechtliches Problem, wenn Sie

bei privaten Verfahrensträgern eine Pflicht installieren“. Laut Schröder soll darüber informiert werden, warum ein Projekt „notwendig ist, wie es verwirklicht werden soll und welche voraussichtlichen Auswirkungen es hat“. Die Bürger könnten dazu Anregungen und Bedenken äußern. Das Ergebnis werde „an die zuständige Behörde weitergeleitet und dann in die Planungen aufgenommen“. Der CDU-Abgeordnete

Helmut Brandt verwies darauf, dass das „nachfolgende Genehmigungs- oder Planfeststellungsverfahren (...) einfacher und schneller werden“ solle. Mit den geplanten Regelungen schaffe man die Voraussetzungen dafür, dass Großvorhaben „zügiger und bei noch größerer Akzeptanz“ der Bürger realisiert werden können. Leidig erinnerte an die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Gegnern des Bahnprojekts „Stuttgart 21“ von 2010, nach denen alle Verantwortlichen versprochen hätten, dass die Bürger künftig besser beteiligt würden. Die Koalition wolle aber „lediglich etwas früher um Akzeptanz bemüht werden“, damit die Großprojekte „möglichst ungestört und beschleunigt umgesetzt werden können“. Hönlinger kritisierte, mit dem Gesetzentwurf werde Öffentlichkeitsbeteiligung abgebaut, weil der Planfeststellungsbeschluss nicht mehr den „bekanntesten Betroffenen“ zugestellt werden müsse. Lühmann mahnte, das „Ob und Wie einer Bürgerbeteiligung“ dürfe nicht „in das Belieben von Behörden gestellt werden“. Sie forderte einen „Bürgeranwalt zur Beratung der Betroffenen und verpflichtende Informationen im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens“. Helmut Stoltenberg

GASTKOMMENTARE

GROSSPROJEKTE NUR NOCH PRIVAT BAUEN?

Krachend gescheitert

PRO



Jens Tartler
»Financial Times
Deutschland«

Jetzt ist das ganze Elend offensichtlich: Die Regierungschefs Klaus Wowereit und Matthias Platzeck (beide SPD) haben sich am Flughafen Berlin Brandenburg als Bauherren versucht und sind krachend gescheitert. Willy Brandt, nach dem das Milliardenprojekt benannt ist, muss in seinem Grab ganz unruhig werden. Natürlich, hinterher ist man immer klüger: Der Staat als Bauherr, das kann nicht gut gehen. Ganz so platt lässt sich diese These nicht halten. Aber es spricht viel dafür, soviel privatwirtschaftliches Know-how zu nutzen und soviel Risiko wie möglich auf Unternehmen zu verlagern und weg vom Steuerzahler. Klar ist: Die Entscheidung, einen Großflughafen zu bauen und dafür drei kleine dichtzumachen, können nur demokratisch legitimierte Politiker treffen. Dann aber geht es an die Umsetzung. Das fängt schon bei der Flughafengesellschaft an. In Berlin ist sie rein staatlich; Anteilseigner sind neben der Hauptstadt das Land Brandenburg und der Bund. Entsprechend ist der Aufsichtsrat besetzt, in dem Wowereit und Platzeck nicht mitbekamen, wie kläglich die Geschäftsführung des Flughafens versagt. Die Frankfurter Flughafengesellschaft Fraport hat zwar auch staatliche Anteilseigner, aber nicht nur. Sie wird an der Börse gehandelt und professioneller geführt als die in Berlin. Gescheitert war in der Hauptstadt auch eine Abwicklung des Flughafenbaus durch die Privatwirtschaft. Eigentlich sollte ein Konsortium aus Hoch- und IVG den Airport bauen und dafür das Recht erhalten, den Flughafen 50 Jahre zu betreiben und die Einnahmen zu behalten. Damals konnte man sich nicht einigen. Aus heutiger Sicht wäre es besser gewesen, die Politik hätte mit den Unternehmen tatsächlich einen Festpreis vereinbart und jegliche Nachforderungen verweigert.

Bloß nicht PPP

CONTRA



Donata Riedel
»Handelsblatt«

Es ist ein Kurzschluss zu glauben, dass Großprojekte wie der Flughafen Berlin-Brandenburg problemlos und billiger realisiert werden, wenn die öffentlichen Auftraggeber sie in einer Partnerschaft mit Privatunternehmen planen, bauen und betreiben. „Public Private Partnerships“ (PPP) haben sich jedenfalls bisher fast nie als jenes Zauberwort erwiesen, das den Bau von Autobahnen und Flughäfen oder die Sanierung von Schulen günstig ermöglicht, wenn die Staatskassen leer sind. Der Bundesrechnungshof hat die PPP-Projekte generell im Verdacht, am Ende teurer für den Steuerzahler zu werden als der öffentliche Bau, und dies stets gut belegen können. Der schlechte Grund dafür ist, dass sich Kommunen, Länder oder der Bund erheblich billiger Kredite beschaffen können als jeder Privatinvestor. Und wenn die Finanzierung des Privaten nicht aufgegangen ist, musste meistens doch wieder die öffentliche Hand einspringen. Pannensicherer wird ein Großprojekt auch nicht, wenn Private die Verantwortung tragen. Nach dem Ausbau der A1 zwischen Bremen und Hamburg zum Beispiel häuften sich dort die Unfälle. Selbst in der Bauwirtschaft ist die Euphorie über PPP inzwischen deutlich abgekühlt: In der Planungsphase leiden Unternehmen unter der Unsicherheit, wie das Projekt am Ende wirklich aussehen wird, wenn etwa Bürgerproteste Änderungen erzwingen. Beim Berliner Flughafen kamen offensichtlich ein zu optimistischer Zeitplan und eine zu optimistische Aufsicht zusammen. Die Lehre daraus muss – wie übrigens auch in der Privatwirtschaft – sein, dass Aufseher kritisch Distanz halten müssen zu den Beaufichtigten. Wenn – wie bei einem PPP – alle gemeinsam in einem Boot sitzen, wird die Gefahr, dass sich Fehler kumulieren, eher noch größer.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Minister Ramsauer, der neue Berliner Flughafen kann nicht – wie vorgesehen – am 3. Juni in Betrieb gehen. Wann haben Sie von der überraschenden und kurzfristigen Verschiebung des Starttermins erfahren?

Persönlich habe ich die Hiobsbotschaft am Dienstag, den 8. Mai früh morgens erhalten. Und zwar von meinem Staatssekretär Rainer Bomba. Er wurde als ein Vertreter des Bundes im Aufsichtsrat Dienstagmorgens telefonisch von der Geschäftsführung des Flughafens in Kenntnis gesetzt, dass der Starttermin verschoben werden muss. Die drei Anteilseigner sind also zwischen Montagabend und Dienstagfrüh informiert worden. Von Bundesseite haben wir dann gleich alle Hebel in Bewegung gesetzt und unter anderem eine Sonderkommission BER gegründet.

Hätten Sie und der Aufsichtsrat nicht viel früher darüber Bescheid wissen müssen?

Der Bund hat stets eine kompromisslose Kontrolle des Managements ausgeübt. Er hat im Aufsichtsrat immer wieder entscheidende Fragen gestellt. Die Antworten der Geschäftsführung waren immer von Erwartungshaltung geprägt. Ich habe keine Veranlassung anzunehmen, dass die Vertreter des Bundes im Aufsichtsrat in irgendeiner Weise etwas versäumt haben. Es wurde nach meiner Information immer wieder hart und unnachgiebig nachgehakt und nachgefragt.

Der Technik-Geschäftsführer wird abgelöst. Sind weitere personelle Konsequenzen bei der Flughafengesellschaft notwendig?

Dauerhafte Spekulationen über mögliche personelle Konsequenzen helfen uns nicht weiter. Es geht jetzt darum, dass die BER-Geschäftsführung unseren umfangreichen Fragenkatalog beantwortet. Dazu gehört auch: Inwieweit hat die Geschäftsführung in der Vergangenheit auf die bohrenden Fragen des Aufsichtsrates umfassend und korrekt oder nicht umfassend und nicht korrekt informiert? Inwieweit ist der Aufsichtsrat möglicherweise getäuscht, beziehungsweise mit falschen oder nicht zureichenden Informationen versehen worden? Dazu die Frage der Mehrkosten. Das wird noch aufzuklären sein. Am Ende des Prozesses wird man sehen, ob es weitere personelle Konsequenzen geben muss oder nicht.

Und in der Politik?

Für den Bund gilt das eben Gesagte: Ich habe keine Veranlassung anzunehmen, dass die Vertreter des Bundes – also mein Staatssekretär ebenso wie der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, der ebenfalls in diesem Gremium sitzt – im Aufsichtsrat in irgendeiner Weise etwas versäumt haben.

Was muss getan werden, um den Betrieb am Flughafen Tegel und am alten Schönefeld-Terminal bis dahin sicherzustellen?

Genau um diese Frage zu klären, habe ich eine Sonderkommission eingesetzt. Sie hat den Auftrag, alle Hausaufgaben seitens des Bundes für den übergangsweisen Weiterbetrieb von Tegel und Schönefeld und die Erfüllung der Erfordernisse für einen pünktlichen Start im nächsten Jahr zu gewährleisten. Dazu zählen zum Beispiel Fragen der Start- und Landezeiten, der Flughafenkoordination oder der Flugsicherung. Die SoKo soll unter anderem dafür sorgen, dass alle mein Ministerium betreffenden Maßnahmen für den einstweiligen Weiterbetrieb der beiden derzeitigen Berliner Flughäfen Tegel und Schönefeld sichergestellt werden. Übrigens: Der Bund stand für die Eröffnung des neuen Flughafens BER Anfang Juni Gewehr bei Fuß und ist dies bezüglich des neuen Eröffnungstermins weiterhin.

»Unsere Aufgaben gemacht«

PETER RAMSAUER Der Verkehrs- und Bauminister sieht keine Versäumnisse der Bundesvertreter im Aufsichtsrat des neuen Berliner Flughafens



© picture alliance/daa

Die Verschiebung des Eröffnungstermin kostet. Haben Sie schon ein Überblick wie viel?

Nein, das lässt sich derzeit noch nicht seriös beantworten. Zur Zeit wird ohnehin zu viel Kaffeesatzleserei betrieben. Wir können jetzt keine milliardenschweren Spekulationen betreiben. Das ist unsinnig und verantwortungslos. Ziel muss sein, Schaden vom Bund und vom Steuerzahler abzuwenden. Der Aufsichtsrat hat der Geschäftsführung den Auftrag gegeben, bis Ende Juni ein sauberes und zuverlässiges Tableau vorzulegen. Diese Zeit sollte man dem Flughafenmanagement auch lassen.

Wir brauchen zunächst vom Flughafenmanagement belastbare Daten. Deshalb ist die Frage derzeit hypothetischer Natur. Wenn es zu Mehrkosten kommt, muss dafür zunächst

Wer soll für die Mehrkosten aufkommen?

Wir brauchen zunächst vom Flughafenmanagement belastbare Daten. Deshalb ist die Frage derzeit hypothetischer Natur. Wenn es zu Mehrkosten kommt, muss dafür zunächst

die Flughafengesellschaft aufkommen. Wenn es zum Nachschuss kommt, dann muss das nach den Quoten der Beteiligung unter den Gesellschaftern aufgeteilt werden.

Der neue Berliner Flughafen ist nicht das erste Projekt des Staates mit Start- und Kostenproblemen. Woran liegt es, dass man den Eindruck bekommen kann, dass es bei Bauten von Bund, Ländern oder Gemeinden nicht klappt?

Ich könnte Ihnen auch eine Menge positive Beispiele nennen. Trotz des gewaltigen Image-Schadens: Die deutsche Bauwirtschaft hat ein weltweites hervorragendes Ansehen. Die Menschen fragen aber nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit: Ist Deutschland noch in der Lage, ein hochkomplexes, großes Bauprojekt unter Einhaltung aller qualitativer Standards termingetreu und einigermaßen im Kostenrahmen fertigzustellen. Diesen Nachweis müssen wir im Falle des BER jetzt bis zum März des kommenden Jahres erbringen.

Viele Anwohner am neuen Berliner Flughafen werden sich sicherlich über die Verschiebung freuen, da sie noch neun Monate vom Fluglärm verschont bleiben. Was kann getan werden, um diese Bürgerinnen und Bürger vom neuen Flughafen zu überzeugen?

Den Betroffenen sage ich: Die Fluglärmkommission bleibt auch künftig das richtige Gremium für alle Fragen bezüglich des Lärmschutzes. Hier müssen transparent alle wichtigen Informationen auf den Tisch und diskutiert werden. Wir haben immer betont, dass Spielräume, die es bei der Routenplanung gibt, genutzt werden müssen – im Interesse der Menschen. Das gilt auch für die Zeit nach der Inbetriebnahme des BER. Wichtig ist: Die Flugrouten sind nicht in Stein gemeißelt. Sie werden nach Inbetriebnahme des Flughafens in enger Zusammenarbeit mit der Fluglärmkommission evaluiert. Wenn es Möglichkeiten zur Optimierung gibt, wird die Deutsche Flugsicherung diese nutzen. Allerdings müssen auch alle anderen am Luftverkehr Beteiligten ihren Beitrag leisten, etwa die Fluggesellschaften, die Flugzeughersteller, die Flughäfen oder die Länder.

Reichen die vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen an Häusern aus?

Diese Frage kann allein die Flughafengesellschaft beantworten. Für die Bundesregierung ist der Schutz der Flughafenanwohner vor Fluglärm ein wichtiges Anliegen. Vermeidbarer Lärm muss vermieden werden. Deshalb haben wir in der Phase der Flugroutenfindung im Ministerium immer wieder Bürgerinitiativen empfangen. Der Austausch der Sorgen, Nöte und Argumente war uns wichtig. Es gab innerhalb der Bürgerinitiativen eine hohe Fachkompetenz. Bei den Flugrouten haben wir letztlich einen guten Kompromiss gefunden. Die Deutsche Flugsicherung ist dabei vielen Vorschlägen aus der Fluglärmkommission gefolgt.

Zuletzt: Würden Sie eine Wette eingehen, dass der neue Starttermin, 17. März 2013, eingehalten wird?

In der Politik geht es um die Verlässlichkeit des Handelns, nicht um Termingeschäfte. Der Bund für seinen Teil leistet dafür seinen Beitrag. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und werden es auch weiterhin tun. Die Eröffnung des Flughafens BER ist aber eine Gemeinschaftsaufgabe: Jeder muss seinen Beitrag leisten, dass es mit dem 17. März 2013 klappt.

Das Interview führte Michael Klein.

Peter Ramsauer (CSU, 58) ist seit Oktober 2009 Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Vorher war er Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Undogmatische: Stephan Kühn

Das war alles Spitz auf Knopf genäht. Stephan Kühn, Verkehrsexperte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zeigt sich über die verschobene Eröffnung des neuen Berliner Großflughafens BER nicht überrascht. Auch wenn nun mangelhafter Brandschutz letztlich zur Verzögerung führte – Kühn verweist auch auf Probleme beim Check-In oder den Rückstand beim Schallschutzfenster-Einbau für die Anwohner als Mitsachen der peinlichen Verzögerung. Wird der anvisierte 17. März 2013 als neuer Eröffnungstermin gehalten? „Da wage ich keine Prognose“, sagt Kühn. Er verweist darauf, dass die vollautomatische Brandschutzanlage erst im Dezember fertig werden soll – und in einer kurzen Zeit dann noch erprobt werden muss. Müssen Infrastruktur-Großprojekte wie der BER stets später kommen, und zudem viel teurer werden als geplant? Allein das neue Terminal soll 630 Millionen Euro mehr kosten. Kühn plädiert für „neue Ehrlichkeit“ bei solchen Projekten. Die Politik müsse herunterkommen von den regelmäßig viel zu niedrig angesetzten „politischen Preisen“, weil sie sonst um die Zustimmung bangt. Siehe BER, Elbphilharmonie Hamburg, BND-Bau in Berlin oder City-Tunnel Leipzig. Man brauche „verantwortliche Kostenkalkulationen“, die alle Risiken langer Planungszeiten beinhalten, auch ein „vernünftiges Controlling“ und dürfe sich nicht scheuen, Firmen bei Mitschuld an Mehrkosten zu beteiligen, sagt der 32-Jährige. Den Dresdner Jürgen besonders die „vielen Prestige-Großprojekte mit fraglichem Nutzen für den Verkehr“ in Deutschland. So die nur mäßig befahrene Ostseeautobahn A 20. Oder Stuttgart 21. Oder

die Hochgeschwindigkeitsstrecke München-Berlin mitten durch den Thüringer Wald. Beide brächten für den Güterverkehr kaum etwas, bänden aber 70 Prozent des Schienenetzes bis 2020. In Deutschland wird es immer schwieriger, Großprojekte wegen Bürger-Widerständen zu realisieren. Für Stephan Kühn muss deshalb die Bürgerbeteiligung an den Anfang statt ans Ende der Vorhaben reichen, also schon bei der Raumordnung oder Regionalpla-



© BEP/Thinkstock

»Auch bei den Grundsatzfragen zu Infrastrukturvorhaben müssen die Bürger mitreden dürfen.«

nung und nicht erst bei der Planfeststellung. „Auch bei den Grundsatzentscheidungen zu Infrastrukturvorhaben müssen die Bürger mitreden dürfen, nicht nur bei der Frage, wie hoch und lang eine Lärmschutzwand werden soll“, sagt Kühn. Durch sein Wirken als verkehrspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion hat Stephan Kühn sein „Hobby zum Beruf“ gemacht. Bei der Ost-Umweltvereinigung Grüne Liga kämpfte er in den 90er Jahren gegen die A 17 Dresden-Prag. 1998 trat er den Grünen bei. 2004 bis Anfang 2010 saß er für sie im Dresdner Stadtrat, zuletzt als Verkehrsexperte. Er war auch kurz Landtagsfraktions-Sprecher

in seiner Heimatstadt Dresden. In den Bundestag kam er 2009, nachdem der Grünen-Verkehrsexperte Peter Hettlich aus Sachsen überraschend auf eine weitere Kandidatur verzichtet hatte. 2011 wechselte Kühn vom Haushalts- in den Verkehrsausschuss, als der Parteifreund und Ausschusschef Winfried Herrmann als Minister nach Baden-Württemberg wechselte. Kühn koordiniert auch die kleine Landesgruppe Ost der Grünen-Bundestagsabgeordneten. Stephan Kühn gilt in der Fraktion als sachorientierter, fleißiger Kollege, aus dem noch einiges werden kann. Der junge Abgeordnete ist nicht der rhetorisch versierte Typ „Aktienkoffertträger“ des politischen Jungdynamikers, der schon alles weiß, sondern eher der bescheidene Typ, der nicht vergisst, dass er erst am Anfang seines politischen Lebens steht. Mit ideologischen Denkwisens und Reflexen, wie sie die Biografie mancher Fraktionskollegen aus dem Westen hergibt, kann er nichts anfangen. So lässt er sich auch nicht bei den „Reformern“ oder „Parlamentarischen Linken“ in der Fraktion in der Nachfolge der alten Realo-Fundi-Lager einordnen. Mit seinen 32 Jahren bewegt sich der Diplom-Soziologe bislang nur in der Sphäre der Politik. Das sieht er aber nicht als Mangel: „Junge Leute sollen sich in der Politik engagieren und gleichzeitig 20 Jahre Berufserfahrung haben, wie soll das gehen?“, fragt Stephan Kühn. Seinen Lebensweg sieht er aber nicht auf Dauer in der Politik. Er könne sich vorstellen, später in einer Nichtregierungsorganisation zu seinem frühen Umweltengagement zurückzukehren, sagt er. In der „Grünen Tulpe“, dem Fußballteam der Fraktion, findet Kühn Ausgleich vom Politikerstress. Hans Krump

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage

Aus Politik und Zeitgeschichte

ISSN 0479-511 X

(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion

(außer Beilage)

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,

Telefax (0 30) 2 27-3 65 24

Internet:

http://www.das-parlament.de

E-Mail:

redaktion.das-parlament@

bundestag.de

Chefredakteur

Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure

Dr. Bernard Bode (bob)

Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd

Michael Klein (mik)

Hans Krump (kru), Cvd

Hans-Jürgen Leersch (hle)

Monika Pilath (mpi)

Annette Sach (as)

Helmut Stoltenberg (sto)

Alexander Weinlein (aw)

Fotos

Stephan Roters

Redaktionsschluss

25. Mai 2012

Druck und Layout

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4-6

64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-/Vertriebsleitung

Klaus Hofmann (verantwortl.)

Frankenallee 71-81

60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement

Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Vertriebsabteilung Das Parlament

Frankenallee 71-81

60327 Frankfurt am Main

Telefon (0 69) 75 01-42 53

Telefax (0 69) 75 01-45 02

E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf

Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Katrin Kortmann

Frankenallee 71-81

60327 Frankfurt am Main

Telefon (0 69) 75 01-43 75

Telefax (0 69) 75 01-45 02

E-Mail: katrin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition

Zeitungsanzeigengesellschaft

RheinMainMedia mbH

Andreas Schröder

Frankenallee 71-81

60327 Frankfurt am Main

Telefon (0 69) 75 01-41 33

Telefax (0 69) 75 01-41 34

E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement

Jahresabonnement 25,80 €; für

Schüler, Studenten und Auszubildende

(Nachweis erforderlich) 13,80 €

(im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Alle Preise inkl. 7% MwSt.

Kündigung jeweils drei Wochen vor

Ablauf des Berechnungszeitraums.

Ein kostenloses Probeabonnement für

vier Ausgaben kann bei unserer

Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

stellen nicht unbedingt die Meinung

der Redaktion dar. Für unverlangte

Einsendungen wird keine Haftung

übernommen. Nachdruck nur mit

Genehmigung der Redaktion.

Für Unterrichtszwecke können Kopien

in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der

Informationsgesellschaft

zur Feststellung

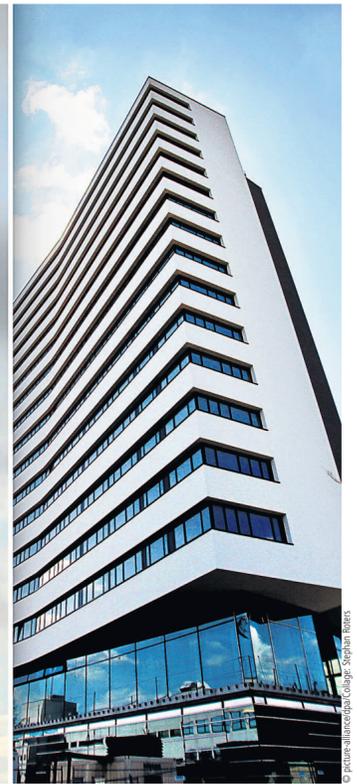
der Verbreitung von

Werbetätigkeiten e.V. (IWV)

Für die Herstellung der Wochenzeitung

„Das Parlament“ wird ausschließlich

Recycling-Papier verwendet.



City-Tunnel in Leipzig, Elbphilharmonie in Hamburg und WCCB in Bonn (von links): Planung und Ausführung klaffen weit auseinander,

Eingebaute Skandale

GROßPROJEKTE Der Bau des neuen Berliner Flughafens ist kein Einzelfall. Auch andere Vorhaben brauchten länger und wurden teurer

Am Dienstag letzter Woche: Ein Gigant erhebt sich gravitisch in den Himmel. Eine A380, das Flaggschiff der Lufthansa, startete auf dem Flughafen Tegel. Gerade eben war das Flugzeug vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) noch auf den Namen der Bundeshauptstadt „Berlin“ getauft worden. Der Festakt war ursprünglich als offizielle Abschiedsvorstellung der Lufthansa von Tegel geplant. Die „Berlin“ und ein Jet von Air Berlin sollten als erste Flugzeuge von der Südbahn des neuen Berliner Großflughafens „Willy Brandt“ in Berlin-Schönefeld in Richtung Frankfurt abheben.

Doch mit dem Abschied wird es erst einmal nichts. Nach 30 Minuten zog die „Berlin“ in 1.200 Metern Höhe nur mehr eine Schleife über dem neuen Flughafen – und nahm damit das Motto, mit dem für ihn in aller Welt geworben wird, ungewollt wörtlich: „BER – Da sind Sie schnell – hin und weg“. Denn die Eröffnung von „BER“, wie der neue Großflughafen im internationalen Kürzel heißen wird, fällt wegen gravierender baulicher Mängel flach. Nun soll der Start erst am 17. März 2013 erfolgen.

Kostenexplosion Doch es ist nicht nur die Panne mit der geplatzen Eröffnung, die viele Gemüter zusehends erhitzt. Es droht auch noch eine Kostenexplosion, die es in sich hat. Der neue Flughafen wird teuer. Sehr teuer. So teuer, dass selbst die Verantwortlichen heute noch nicht sagen können, wie viel Geld er am Ende verschlingen wird. „Niemand weiß, ob der Finanzierungsrahmen ausreicht“, sagte beispielsweise Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) in einer Regierungserklärung vor wenigen Tagen. Ähnliches war von Wowereit zu hören. Auch er will sich, als Vorsitzender im Aufsichtsrat, nicht auf eine Endsumme festlegen. Wie könnte er auch? Allein jeder Tag, den der Flughafen nicht in Betrieb geht, kostet 15 Millionen Euro. Macht für die nächsten zehn Monate zusammen 150 Millionen Euro. Mindestens. Denn weiterer Streit um noch mehr Kosten ist vorprogrammiert: Fluggesellschaften, Lieferanten, Sicherheitsfirmen und Händler im Terminal werden die Betreibergesellschaft von Berlin Brandenburg in die Pflicht nehmen. Nach derzeitigem Stand wird allein das Terminal 1,2 Milliarden Euro kosten. Doppelt so viel wie geplant. Ursprünglich hatten die Betreiber mit 630 Millionen Euro gerechnet. Doch technische Kapazitätserweiterungen etwa beim Brandschutz oder den Check-in-Plätzen sowie zusätzliche Fluggastbrücken und zwei weiteren Pavillons machten alle anfänglichen Berechnungen sehr schnell zunichte. Damit werden die Gesamtkosten für den BER vermutlich auf mehr als drei Milliarden Euro klettern. Geplant war irgendwann einmal mit 2,5 Milliarden Euro. Grund genug für Wowereit und Platzeck, sich für den endständigen Imageschaden, die Kostenexplosion und vor allem das Organisationschaos öffentlich in Regierungserklärungen zu entschuldigen und den Technik-Geschäftsführer Manfred Körtgen zu entlassen. Körtgen

wird von Aufsichtsratschef Wowereit dafür verantwortlich gemacht, dass er die Fertigstellungsprobleme nicht rechtzeitig signalisiert habe. Mehr an Verantwortung gibt es aber nicht. Auch wenn Aufsichtsrats-Vize Platzeck immerhin indirekt und allgemein Versäumnisse zugab als er sagte: „Hinterher ist man immer klüger. Daher ist es natürlich aus heutiger Sicht so, dass wir noch miss-träuischer hätten sein sollen.“ Inzwischen hat Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) sogar eine „Soko Flughafen“ eingesetzt, um den Flugbetrieb in Berlin in den nächsten Monaten sicherzustellen.

Skandalchronik Doch der Berliner Großflughafen, von dem die ersten Kritiker meinten, dass er bereits in wenigen Jahren schon zu klein sein werde, ist weiß Gott keine Ausnahme für Fehlplanung, Kostenexplosion und Organisationschaos. Kaum ein Schwimmbad, eine Brücke oder ein Museum in Deutschland, das in dem geplanten Kostenrahmen gebaut werden kann, vom anschließenden Betrieb ganz zu schweigen. Eine „chronique scandaleuse“ der deutschen zeit- und geldraubendsten Skandalbauten belegt dies – ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit.

– Der Schürmannbau in Bonn Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben nie in dem Gebäude gearbeitet. Die Arbeiter rückten 1989 an, die Kosten waren

auf 640 Millionen Euro festgesetzt. Dann fiel die Mauer. 1991 beschloss der Bundestag den Umzug nach Berlin und wenig später, 1993, kam das Rhein-Hochwasser. Bis zur Fertigstellung 2002 mutierte das Gebäude zum Skandalbau und zum wohl größten Baurechtsfall der deutschen Nachkriegsgeschichte. Am Ende hat der Schürmannbau wohl um die 700 Millionen Euro gekostet. Heute residiert der Rundfunksender Deutsche Welle in dem Gebäude im ehemaligen Regierungsviertel. Und es wird bereits wieder saniert. Diesmal energetisch.

– Elbphilharmonie in Hamburg Auf einem alten Kaispeicher möchte die Hansestadt eine architektonische Ikone wie das Opernhaus in Sydney schaffen. Doch aus dem künftigen Wahrzeichen ist längst ein Symbol für das Scheitern von Großprojekten geworden. Der Eröffnungstermin steht in den Sternen, die Baukosten sollten ursprünglich 77 Millionen Euro betragen, längst wird aber das Fünffache für das Prestige-Projekt veranschlagt. Tendenz steigend.

– BND-Zentrale in Berlin Ein Megaprojekt des Bundes in der Charlottenstrasse. Seit fünf Jahren baut der Bund dort. Kosten: 650 Millionen. Jetzt soll die Kostenuhr bei 1,5 Milliarden Euro stehen. Auf jeden Fall kann der Umzug der 4.000 BND-Mitarbeiter aus dem beschaulichen Pullach bei München nicht vor 2015 erfolgen.

– Der Leipziger City-Tunnel Ursprünglich sollte das Prestigeprojekt den Hauptbahnhof mit dem Bayerischen Bahnhof auch für den Fernverkehr verbinden. Inzwischen plant man eine Nummer kleiner: Nur Regional- und S-Bahnen werden durch den Tunnel fahren, die Bahn will ihn vorerst nicht nutzen. Doch die Kosten kümmern das nicht: Am Anfang waren 570 Millionen Euro veranschlagt, inzwischen liegt man bei einer knappen Milliarde Euro. Statt wie geplant Ende 2009 dauern die Arbeiten wohl noch bis Ende 2013.

– Das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Eigentlich hätte es ein Leuchtturmprojekt werden sollen, doch dann rückte das Kulturhauptstadtjahr Ruhr 2010 näher, und die Landesregierung in Düsseldorf entschied sich für einen internationalen Architekturwettbewerb und den Duisburger Innenhafen als Standort. Zwei Millionen sollte der Baugrund kosten. Ein privater Investor kam dem Land jedoch zuvor, erwarb den Bauplatz, nur um ihn wenig später für rund 30 Millionen an das Land weiter zu verkaufen und in den Preis noch Planungskosten und entgangene Mieteneinnahmen für 30 Jahre einzurechnen. Heute summieren sich die Kosten für das Archiv auf 140 bis 160 Millionen Euro – das Fünffache der ursprünglich angesetzten Kosten.

– Das World Conference Center Bonn in Bonn Die Grundsteinlegung für einen Erweiterungsbau, ein Kongresszentrum und ein angeschlossenes Hotel, erfolgte im Mai 2007. Und seitdem klettern die Kosten. Inzwischen hat der Generalübernehmer Insolvenz angemeldet, der Bau ruht seit mehreren Jahren und die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den inzwischen inhaftierten Investor, seine Mitarbeiter und verschiedene städtische Mitarbeiter. Ursprünglich waren einmal 140 Millionen Euro veranschlagt worden. Heute steht man kurz vor der halben Milliarde Euro. Und eine verlässliche Voraussage für eine Eröffnung der fertig gestellten Bauruine ist immer noch nicht möglich.

– Der Nürburgring in der Eifel Hätte jemand bei kühlem Verstand einen Freizeitpark für 350 Millionen Euro mitten in die fast menschenleere Eifel gebaut? Kurt Beck (SPD) als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz hat es getan. Doch das Publikum blieb aus, ein Minister ist zurückgetreten, ein Untersuchungsausschuss tagt, schon sind die ersten Angestellten entlassen, und Beck geht wahrscheinlich in die Geschichte seines Landes ein als Erbauer eines Denkmals monstrosen Größenwahns.

– Stuttgart 21 Der Bahnhofsumbau Stuttgart 21 wird teurer – und ein Jahr später, 2020, fertig als geplant. Gerechnet wird heute mit Kosten von 4,5 Milliarden Euro. Bisher war das Projekt in der öffentlichen Schlichtung mit Heiner Geißler immer auf 4,1 Milliarden Euro kalkuliert worden. Ex-

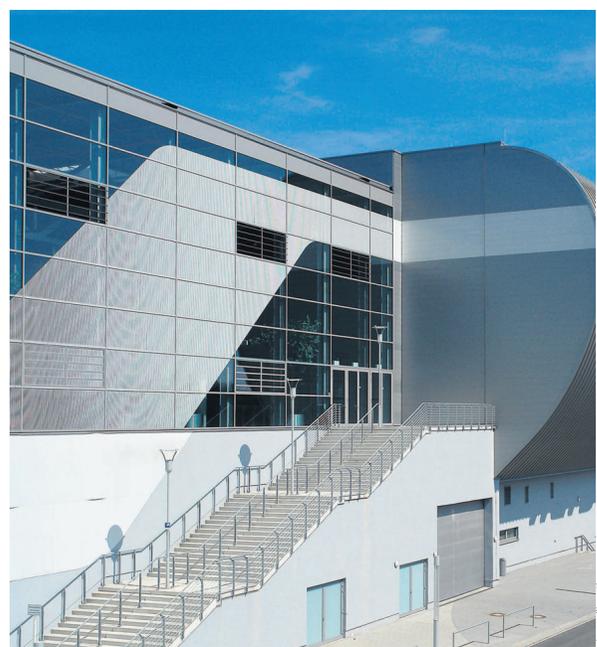
perten der grün-roten Landesregierung halten es aber nicht für ausgeschlossen, dass am Ende auch die Fünf-Milliarden-Grenze „gerissen“ wird.

– Die U-Bahn-Erweiterung in Köln Große Aufmerksamkeit erhielt der Bau, als vor drei Jahren das Kölner Stadtarchiv in sich zusammenfiel. Der Einsturz war eine Folge der Bauarbeiten für die Erweiterung des U-Bahn-Netzes vor der Tür. Auch hier sind die Kosten mittlerweile auf über eine Milliarde Euro explodiert. Ein Grund: Das Projekt wurde auf das privat wirtschaftende städtische Tochterunternehmen KVB ausgelagert – ohne ausreichende Bauaufsicht. 550 Millionen Euro sollte die Strecke ursprünglich kosten. Da fällt es schwer, die üblichen Begründungen mit Preissteigerungen und schwer kalkulierbaren Bauverfahren als alleiniger Ursache zu glauben.

Auserfernde Kosten Wenn die öffentliche Hand baut, laufen oft Zeitplanung und Kosten aus dem Ruder. Woran aber liegt das? Ein wichtiger Grund dafür ist die überlange Planungsphase solcher Großprojekte. Im Fall des neuen Berliner Flughafens sind seit dem ersten Grundstückskauf knapp 20 Jahre bis heute vergangen mit zahlreichen Klagen und Protesten von Anwohnern der umliegenden Gemeinden und Baustopps in den Jahren zwischen 2000 bis 2007. Allein die Zeit von einer Ausschreibung bis zur

Auftragserteilung dauert mindestens zwei Jahre, in der Regel aber länger. Dazu kommen zahllose Planungsänderungen zum Beispiel durch veränderte technische Standards. Bis dann mit der Bauausführung begonnen werden kann, sind die Preise der ursprünglich eingeholten Angebote längst überholt, was niemand hindert, weiterhin mit ihnen zu planen. Erschwerend kam beim Berliner Flughafen hinzu, dass die Flughafenplaner beschlossen hatten, das Terminal nicht von einem einzigen Generalunternehmer bauen zu lassen, sondern sie teilten das Großprojekt in einzelne Gewerke auf und übernahmen die Ausführungsplanung in eigene Verantwortung.

Wenig Konsequenzen Politische Konsequenzen aus all dem gibt es aber in Regel nicht. „Der Aufsichtsrat ist nicht für das operative Geschäft zuständig“, erklärten Ministerpräsident Matthias Platzeck und Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit übereinstimmend. Er persönlich, so Platzeck, werde deshalb seine Verantwortung „als Mitglied des Aufsichtsrates weiter wahrnehmen.“ Und ergänzte: „Ich erwarte von der Flughafengesellschaft, dass wir bei der Eröffnung keine Übergangslösungen mehr haben werden.“ Der Besatzung der A380 „Berlin“ war das aber zu diesem Zeitpunkt bereits egal. Sie flog – von Tegel – am Tag ihrer Taufe noch nach Frankfurt, um von dort aus die Flugrouten Richtung USA und Fernost zu bedienen. Sicherlich kommt sie zur Eröffnung des neuen Berliner Flughafens wieder. Ob es der 17. März 2013 sein wird – wer weiß? *Christoph Birnbaum*



Millionengrab in der Eifel: Der Freizeitpark am Nürburgring

Ein Tag am BER-Flughafen

Was Testpassagiere am Hauptstadt-Airport erlebten

Donnerstag, 3. Mai, vier Wochen vor der geplanten Eröffnung des neuen Flughafens Berlin Brandenburg: Mit 500 Testpassagieren soll es die bislang größte Übung werden. Die Teilnehmer werden auf zehn Busse aufgeteilt und mit grüner Warnweste, grünem Schutzhelm und Essensmarke ausgestattet. Die Fahrt zum Hauptgebäude des Flughafens dauert eine Viertelstunde, vorbei an aufgerissenen Straßen, halbfertigen Hangars, Büros und Nebengebäuden. Es wird geschwießt und verkabelt. Überall Baustellen. Nur das Hauptgebäude scheint fertig. Auf der Landebahn angekommen heißt es über die Buslautsprecher: „Jetzt machen wir erst einmal Pause.“ Nach einer halben Stunde geht es weiter. Bus 4 soll eine Flugankunft simulieren. Die Gruppe wird zum Abflugbereich gefahren. Verwirrte Blicke der Testpassagiere. Doch die Straße zum Ankunftsgebiet ist noch nicht passierbar. Zu Fuß geht es durch das Hauptgebäude zum Ankunftsgebiet. Die Haupthalle versprüht mit ihrer Holzvertäfelung eine angenehme warme Atmosphäre. Doch der Gesamteindruck ist besorgniserregend. Kein Laden im Hauptgebäude wirkt fertig. „Schaffen die das noch?“, schauen sich die Testpassagiere

fragend an. Es folgt die erste Übung: Koffer-abholen. Sonderaufgaben werden verteilt. „Sie tun so, als sei Ihr Koffer verschwunden“, sagt ein Betreuer. Am Service-Schalter vom verlorenen Koffer berichtend heißt es vom Personal: „Da können wir auch nichts machen. Die Computer sind ausgefallen.“ Die zweite Übung: der Abflugtest. Jeder bekommt einen Flugschein. „Ich möchte einen Fensterplatz“, sagt ein Testpassagier. „Die sind schon reserviert“, antwortet das Personal stutzig. Man wisse nicht warum. Die Sicherheitskontrolle ist sehr genau: Ein nicht erlaubtes Getränk, Deodorant und Sonnencreme werden erkannt. Ein weiterer Ankunftsstempel am Nord-Pier wird nach einer Stunde Warten abgesagt. Über die nicht funktionierenden Laufbänder geht es zurück in die Haupthalle. Es folgt ein weiterer Check-In, eine weitere Sicherheitskontrolle. Ohne Beistandung diesmal, obwohl sich das Gepäck nicht verändert hat. Nach erneutem Warten folgt die Nachricht, dass weitere geplante Übungen abgesagt sind. Fünf Tage später tritt Flughafen-Chef Rainer Schwarz vor die Presse und sagt die Eröffnung des Flughafens wegen Sicherheitslücken beim Brandschutz ab. *mla / ths*

»Wir stehen in Ihrer Schuld«

BUNDESWEHR Es war alles andere als ein Routetermin für die Mitglieder des Verteidigungsausschusses. In der vergangenen Woche trafen sie sich in Berlin mit Angehörigen von Bundeswehrsoldaten, die in Afghanistan gefallen sind. Und die Parlamentarier bekamen klare Worte zu hören: „Wir wollen, dass das Sterben unserer Söhne aufgehört“, sagte Klaus-Dieter Diebel, dessen Sohn vor fünf Jahren während seines Einsatzes in Kundus getötet wurde. Die Instrumente friedlicher Konfliktbewältigung müssten ausgebaut werden. Diebel mahnte die Parlamentarier, sich immer genau zu überlegen, ob ein Einsatz der Bundeswehr „ohne Alternative ist“. Er wolle nicht, dass die Soldaten für wirtschaftliche Interessen sterben müssten. Ebenso warb Diebel dafür, traumatisierten Soldaten eine angemessene psychologische Behandlung zukommen zu lassen. Dies dürfe nicht an „bürokratischen Spitzfindigkeiten“ scheitern. Begrüßt wurden die Angehörigen von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Susanne Kastner (SPD). Den Abgeordneten sei das Treffen „eine echte Herzensangelegenheit“, betonte sie. Die Soldaten hätten in ihren Einsätzen die „Welt ein bisschen besser machen wollen“ und dafür das höchste und wertvollste Gut geopfert: ihr Leben. Das Parlament stehe in ihrer Schuld. „Wir verneigen uns in Demut“, sagte Kastner. Der Tod von Soldaten zeige die „tragische Tragweite“, wenn der Bundestag über einen Auslandseinsatz zu entscheiden habe. Sie ermunterte die Angehörigen, sich mit ihren Sorgen und Anregungen an die Parlamentarier und den Wehrbeauftragten des Bundestages, Hellmut Königshaus, zu wenden. Auch Lammert betonte die Bedeutung des Bundestages bei der Entscheidung von Soldaten. Es gebe wenige Entscheidungen, „die mit einem solchen Ernst getroffen werden“, beteuerte er. **aw**



Symbolischer 100-Meter-Lauf vor dem Brandenburger Tor, veranstaltet von der britischen Botschaft 100 Tage vor Beginn der Spiele

Das Ziel heißt London

OLYMPIA Die Vorfreude auf die Sportlertreffen in der britischen Hauptstadt steigt. Einzig die »Causa Erfurt« macht Probleme

In weniger als neun Wochen starten die Olympischen Sommerspiele 2012 in London. Die Gastgeber sind guter Dinge und verbreiten Zuversicht. „Wir erwarten die größte Show der Welt“, sagte Simon McDonald, britischer Botschafter in Deutschland und vergangene Woche Gastgeber einer Sitzung des Bundestags-Sportausschusses. Allein zu den am 27. Juli beginnenden Olympischen Spielen erwartet, sagte McDonald. Bei den Paralympics, die am 29. August beginnen, würden weitere 4.200 Sportler aus 160 Ländern starten, ergänzte Alan Dickson vom Internationalen Paralympischen Komitee. Planung und Vermarktung beider Veranstaltungen seien „besser als je zuvor“, zeigte sich McDonald auf der Ausschusssitzung in der britischen Botschaft sicher.

Kein Anhängsel Angesichts von mehr als 1,5 Millionen verkauften Tickets für die Wettkämpfe könne man feststellen, „dass die Paralympics immer mehr in den Vordergrund rücken und nicht mehr nur ein Anhängsel der Olympischen Spiele sind“, sagte Friedrich Julius Beucher, Präsident des Deutschen Behindertensportverbandes (DBS). Auch das Medieninteresse sei gestiegen. Mit Ausnahme der Primetime würden im deutschen Fernsehen den ganzen Tag Wettkämpfe der Paralympischen Spiele übertragen. Die Aktiven-Sprecherin Manuela Scherzinger betonte, für die Sportler seien die Spiele der große Höhepunkt. „Wir wollen alle hinfahren und alles gewinnen“, sagte sie. Die Vorgaben für die Qualifikation seien aber sehr hart. Anders als bei den „Fußgängern“ reiche bei den Behindertensportlern eine Finalchance nicht aus. „Es muss schon eine Medaillenchance bestehen“, sagte die Sportschützin, die ebenfalls noch in der Qualifikation steckt. Karl Quade, DBS-Vize und Delegationsleiter in London, lobte den inklusiven Charakter der Spiele in London. „Es ist eine gemeinsame große Veranstaltung“, sagte er. So werde das Team der Paralympics in den gleichen

Unterkünften wohnen wie zuvor die deutschen Olympiateilnehmer. Auch fänden die Wettkämpfe in den selben Sportstätten wie bei den Olympischen Spielen statt.

Bevölkerung gewonnen Wahre Inklusion sei aber nur dann gegeben, wenn Medaillengewinner der Paralympics dieselben Prämien erhielten wie ihre Olympischen Kollegen, wandte der Abgeordnete Ilja Seifert von der Linksfraktion ein. DBS-Präsident Beucher entgegnete: „Wir sind dazu in intensiven Gesprächen mit der Deutschen Sporthilfe.“ Mit einem Ergebnis sei in etwa vier Wochen zu rechnen. Zum Thema Barrierefreiheit ergänzte Delegationsleiter Quade auf Nachfrage der Grünen-Abgeordneten Maria Klein-Schmeink, dass diese in allen Sportstätten und dem Paralympischen Dorf gegeben sei. Botschafter McDonald fügte hinzu: „Alle neu gebauten U-Bahnen sind auch barrierefrei.“

Für die Stimmungslage der Londoner Bevölkerung interessierten sich sowohl der CDU-Abgeordnete Klaus Riegert als auch der FDP-Abgeordnete Joachim Günther, der sich überrascht zeigte, dass kaum von Protesten gegen die Olympiabauten zu hören gewesen sei. „Die Stimmung ist fantastisch, die Vorfreude steigt“, antwortete McDonald, um augenzwinkernd hinzuzufügen: „Ich bin der britische Botschafter. Da dürfte diese Meinung nicht überraschen.“ Wer sich einen Eindruck machen wolle, müsse selbst London besuchen. Aufmerksam hingehört dürften die Abgeordneten haben, als McDonald darüber sprach, wie die Bevölkerung für die Spiele gewonnen wurde. Alle Vorbereitungen seien mit den Kommunen in Ost-London gemeinsam besprochen worden: „Das ist sehr, sehr wichtig.“ So habe man mit den Kommunen auch die Nachnutzung des Olympia-Parks erarbeitet. „Ost-London bekommt jetzt einen Park ähnlich dem Hyde-Park“, sagte der Botschafter. So etwas helfe, um die Stimmung zu verbessern. Die Stimmungslage bei den deutschen Olympiasportlern dürfte derzeit von Anspannung geprägt sein. Die Nominierung

der Teilnehmer beginnt laut Christa Thiel, Vizepräsidentin des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), mit der Präsidiumssitzung am Donnerstag dieser Woche. Nach einer abschließenden Sitzung am 4. Juli stehe das Team endgültig fest, sagte Thiel. Dann würden auch Trainer und Betreuer nominiert sowie „Einzelfälle entschieden“. Derzeit sei von einer Mannschaftsstärke von 380 Sportlern auszugehen, ergänzte Thomas Sinsel, stellvertretender Leistungssportdirektor beim DOSB. Problematisch, so räumte er auf Nachfrage von Martin Gerster (SPD) ein, sei die schwache Besetzung in den Mannschaftssportarten. Lediglich die beiden Hockeysteams hätten sich schon qualifiziert. Die Herren-Volleyballmannschaft habe noch eine Chance dazu. Im Fußball, Handball und Basketball seien aber sowohl die Damen- als auch die Herrenteams in der Qualifikation ausgeschieden.

Dopingdiskussion DOSB-Vize Thiel nahm auch Stellung zu der „Causa Erfurt“. Am drittigen Olympiatützpunkt hatte ein Mediziner Eigenblutbehandlungen an Sportlern vorgenommen. Umstritten ist, ob dieses Verfahren erst mit dem neuen Code der Welt-Doping-Agentur (Wada) 2011 verboten wurde oder schon vorher unzulässig gewesen sei. SPD-Mann Gerster bezog sich auf Meldungen, wonach einem von der Nationalen Anti-Doping-Agentur (Nada) in Auftrag gegebenen Gutachten auch Fälle vor 2011 als Dopingverstöße einzustufen seien. „Hat das Auswirkungen auf die Nominierungen?“, wollte er wissen. Sie könne nur das Ergebnis, habe aber das Gutachten noch nicht gelesen, entgegnete Thiel. Zudem handle es sich um „kein verbindliches Gutachten“. Das Wada-Statement, vor 2011 habe es sich nicht um Dopingverstöße gehandelt, bleibe also bestehen. Spätestens bei der abschließenden Nominierungssitzung werde aber die entsprechende Expertise der Nada vorliegen, kündigte Thiel an. Auf dieser Basis würden dann die Nominierungen erfolgen. **Götz Hausing**

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Zukunftsthema Fachkräftesicherung

ARBEIT UND SOZIALES Die Koalition unterschätzt das Problem der Fachkräftesicherung – zumindest nach Auffassung der SPD-Fraktion. Sie hat einen Antrag (17/9725) mit dem Titel „Chancen eröffnen und Fachkräfte sichern“ auf den Weg gebracht, der am Donnerstag in erster Lesung beraten wurde. Der Fachkräftebedarf werde zur „zentralen Frage des kommenden Jahrzehnts“, betonte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil. Dennoch gebe es keine gemeinsamen Kraftanstrengungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Besonders scharf kritisierte Heil die Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich Frauen: Hier gebe es ein großes Potenzial, doch statt Ein- und Aufstiege im Beruf sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, werde das Betreuungsgeld eingeführt. Auch von den Grünen gab es dafür Kritik: Das Betreuungsgeld verbanne Frauen „in ihre vier Wände“, monierte Brigitte Pothmer, arbeitsmarktpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Statt das Betreuungsgeld einzu-

führen, müssten die Kita-Plätze ausgebaut werden. Jutta Krellmann, Arbeitsmarktexpertin der Linksfraktion, ging vor allem auf die Geringverdiener ein. Mehr als 900.000 arbeiteten länger als 50 Stunden die Woche. Das sei Ausbeutung, mache krank und führe zu psychischen Belastungen. „Wer über Fachkräftemangel redet, kann das Thema gute Arbeit nicht außen vor lassen“, sagte sie. Dagegen sahen sich Union und FDP auf einem guten Weg. Die Bundesregierung habe sich dem Problem Fachkräftemangel schon lange angenommen, unterstrich Karl Schiewerling (CDU), Sprecher für Arbeit und Soziales der Unionsfraktion. Er verwies auf das Fachkräftekonzept aus dem Jahr 2011. „Zu behaupten, die Koalition würde nichts tun, ist einfach nur abstrus“, sagte der FDP-Arbeitsmarktexperte Johannes Vogel. Die Arbeitslosigkeit sei die niedrigste seit 20 Jahren, Deutschland habe die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa und halte den Rekord bei der Schaffung neuer Stellen. **tyh**

Hilfe für Schmerzpatienten

PETITIONEN Der Petitionsausschuss unterstützt die Forderung, Medikamente für Schmerzpatienten von der Austauschpflicht gegen preisgünstigere Medikamente mit gleichem Wirkstoff zu befreien. In der vergangenen Woche beschloss der Ausschuss einstimmig, eine dahingehende Petition dem Bundesgesundheitsministerium als Material zu überweisen und den Fraktionen zur Kenntnis zu geben. Man halte die Eingabe für geeignet, bei künftigen Überlegungen der Bundesregierung einbezogen zu werden und nehme das darin vorzutragene Anliegen sehr ernst, heißt es in der Begründung des Ausschusses zu seiner Empfehlung. In der von der Präsidentin der Deutschen Schmerzliga, Marianne Koch, eingebrachten Petition wird auf die seit 2007 geltende Aus-

tauschpflicht für Arzneimittel verwiesen. Die als Folge der Rabattverträge zwischen Arzneimittelherstellern und Krankenkassen benötigte Umstellung der Medikamente für Schmerzpatienten sei mit erheblichen Nebenwirkungen verbunden, heißt es weiter. Für Patienten, die derartig schwere Schmerzmittel einnehmen müssten, sei es ohnehin sehr schwierig, „die richtige Dosierung zu finden“. Hier müsse der Arzt „sehr sorgfältig und individuell vorgehen“. Wenn dann das gefundene Medikament durch ein preisgünstigeres mit den gleichen Wirkstoffen ersetzt werde, müsse der Patient im Grunde neu eingestellt werden, lautet die Einschätzung der Petentin. Der Grund dafür sei, dass auch bei gleichen Wirkstoffen die Medikamente nicht die gleiche Wirkung hätten, wenn sie von verschiedenen Herstellern seien. **hau**

Bundestag streitet über Blockupy

INNERES Der Streit über den Polizeieinsatz während des Blockupy-Aktionstages in Frankfurt am Main hat auch den Bundestag erreicht. Dies wurde in einer Aktuellen Stunde am Freitag vergangener Woche deutlich, die auf Verlangen der Fraktion Die Linke anberaumt worden war. Deren Abgeordnete Christine Buchholz dankte in der Debatte den Demonstranten, die auf dem Frankfurter Paulsplatz „im Kessel der Polizei“ die Versammlungsfreiheit verteidigt hätten. Die Demonstrationsverbote seien „rein politisch motiviert“ gewesen. Diese Haltung der Linke-Abgeordneten stieß auf massive Kritik. Für die Union hielt Erika Steinbach (CDU) fest, auf einer Großveranstaltung am 19. Mai hätten fast 20.000 Menschen friedlich demonstrieren dürfen. Die geplanten „Dauerblockaden der Innenstadt über vier Ta-

ge“ seien jedoch „nicht zu verantworten“ gewesen. Mit ihrer Haltung habe Die Linke eine „Scharnierfunktion in den Linksextremismus“. Der FDP-Innenexperte Stefan Ruppert sagte, wenn ein Aktionsbündnis eine ganze Stadt „in Geiselschaft“ nehme, sei dies eine „Zumutung“ gegenüber den Bürgern. Es gebe kein Blockaderecht, argumentierte der SPD-Parlamentarier Sebastian Edathy. Wenn Die Linke dies wolle, solle sie einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Der Grünen-Innenexperte Wolfgang Wieland sagte, die Diskussion gehöre in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, nicht in den Bundestag. Wieland betonte, als Die Linke noch SED geheißen habe, sei sie mit Panzern gegen demonstrierende Arbeiter vorgegangen – „Belehrungen über das Demonstrationsrecht“ dieser Partei verbitte er sich. **suk**

Praktikum ohne Regeln

Arbeit Koalition lehnt Gesetzesvorstoß der Opposition ab

Die Opposition ist im Bundestag mit einem Vorstoß gescheitert, neue gesetzliche Regeln für Praktikanten einzuführen. Mit den Stimmen der schwarz-gelben Regierungsmehrheit lehnte das Parlament am vergangenen Donnerstag Anträge der SPD-, der Links- und der Grünen-Fraktion ab, die auf eine Stärkung der Rechte von Praktikanten abzielten. Die SPD-Fraktion forderte in ihrem Antrag (17/3482), den Begriff Praktikum im Bürgerlichen Gesetzbuch zu definieren und für Praktikanten eine Mindestvergütung von monatlich 350 Euro einzuführen. Die Grünen-Fraktion, die sich in ihrer Vorlage (17/4044) für eine Mindestvergütung von 300 Euro aussprach, plädierte zudem für eine gesetzliche Maximaldauer von sechs Monaten bei Praktika. Die Linke forderte in ihrem Antrag (17/4186) die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von zehn Euro pro Stunde für Praktikanten mit Berufsausbildung ab dem 1. Mai 2013. Die Dauer ei-

nes Praktikums sollte dem Antrag zufolge auf drei Monate beschränkt werden. „Eine gesetzliche Regelung nimmt Freiheit“, entgegnete der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, Helge Braun (CDU) und verwies darauf, dass „über 80 Prozent der jungen Menschen mit ihrem Praktikum zufrieden“ seien. Ein Gesetz würde jungen Menschen die Chance nehmen, „ein Praktikum an einer Stelle zu absolvieren, an die sie sonst nicht kämen.“ Der FDP-Abgeordnete Martin Neumann betonte, dass die Aussichten für junge Akademiker „rosig“ seien. Oft zitierte Praktikantenkarrieren wären „verbreitet wie die Juchtenkäfer.“ Eine Verrechtlichung würde Praktika, die der „i-Punkt einer guten akademischen Ausbildung“ seien, nur „unattraktiv“ machen.

Missbrauch verhindern Dagegen mahnte die SPD-Parlamentarierin Katja Mast, man brauche „nicht nur Freiheit für Arbeitgeber, die die prekäre Situation ausnutzen, sondern Gerechtigkeit für junge Berufseinsteiger“. Für Die Linke ergänzte Agnes Alpers: „Wer Missbrauch tatsächlich verhindern will, muss gesetzliche Mindeststandards setzen.“ Eine freiwillige Leistung seitens der Arbeitgeber sei der falsche Weg. Der Grünen-Abgeordnete Kai Gehring sagte, dass Praktika „deutlich von regulären Beschäftigungsverhältnissen abgegrenzt“ werden müssten, um eine „Ausnutzung“ junger Menschen und „schlechte Praktikabedingungen“ zu verhindern. **mla**



Für Praktikanten gibt es keinen Mindestlohn per Gesetz.

KURZ NOTIERT

Ein Gericht für Straftaten von Soldaten im Ausland

Bei Straftaten, die Soldaten der Bundeswehr während eines Auslandseinsatzes begangen haben, soll Kempten Sitz des zuständigen Gerichts sein. Die Bundesregierung legte dazu einen Gesetzentwurf (17/9694) vor. Hintergrund ist, dass nach dem bisherigen Strafprozessrecht Gerichte und Staatsanwaltschaften je nach Sitz der Einheit des Angeklagten an verschiedenen Orten zugleich tätig sein könnten. Die Rechtslage werde weder den Anforderungen an eine effiziente Strafverfolgung noch den Besonderheiten dieser Verfahren gerecht. Neben der Kenntnis der militärischen Abläufe und Strukturen sowie der rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen der Auslandsverwendung seien spezielle Erfahrungen bei Ermittlungen mit Auslandsbezug erforderlich, heißt in der Initiative weiter. Darum soll ein einheitliches Gericht für diese Strafverfahren geschaffen werden. **bob**

Bundesrat will höhere Strafen für Hassdelikte

Menschenverachtende, insbesondere rassistische oder fremdenfeindliche Beweggründe und Ziele des Täters sollen strafverschärfend sein. Das fordert der Bundesrat in einem Gesetzentwurf (17/9345). Das Strafrecht müsse daher in Teilen geändert werden. Die Länderkammer argumentiert, dass diesen sogenannten Hassdelikten gegenüber sonstigen Gewaltdelikten ein erhöhter Unrechtsgehalt inne wohne. Ihre Täter würde sie nicht vor dem Hintergrund einer persönlichen Auseinandersetzung mit dem Opfer begehen. Vielmehr werde mit dem Angriff auf das Opfer ein persönliches Unwerturteil über dessen „Anderssein“ gefällt. **bob**

Koalition lehnt SPD-Antrag zu Homosexualität im Sport ab

Gegen die Stimmen der Opposition hat der Bundestag vergangenen Donnerstag einen Antrag der SPD-Fraktion zur „Förderung eines offenen Umgangs mit Homosexualität im Sport“ (17/7955) abgelehnt. Obwohl der Sport für Werte wie Fairness, Toleranz und gegenseitigen Respekt stehe, „gebe es gerade auch im Nationalsport Fußball Ausgrenzungen und verbale Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung“, argumentierten die Abgeordneten in der Vorlage. Auch sei Homosexualität „noch immer ein Tabuthema im Sport“. Dem Antrag zufolge sollte die Regierung die Fortbildung von Trainern und die Entwicklung von Ausbildungskonzepten zur Sensibilisierung für das Thema Homosexualität fördern. Ebenfalls sollte sie die Bildung eines dezentralen Netzes von Beratungsstellen der Sportverbände, „an die sich von Diskriminierungen betroffene homosexuelle Sportler und Sportlerinnen wenden können“. **sto**



Plakate vom Bundestagswahlkampf 2005 neben einer Zoo-Werbung: Gegen Entscheidungen des Bundeswahlausschusses über die Parteieigenschaft kann bisher vor der Wahl keine Beschwerde eingelegt werden.

Keine Mehrheit im Bundesrat

NRW Die schwere Niederlage der CDU unter ihrem Spitzenkandidaten Norbert Röttgen bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 13. Mai hat zwar heftige Wellen auch in der Bundespolitik geschlagen (siehe Seite 1 und 9), direkt spürbare Auswirkungen auf das Machtgefüge im Bundesrat hat sie indes nicht. Schließlich konnte dort schon die bisherige rot-grüne Minderheitsregierung über die sechs NRW-Stimmen verfügen. Rechnet man die in Schleswig-Holstein angestrebte „Dänen-Ampel“, über die derzeit SPD, Grüne und Südschleswiger Wählerverband Koalitionsverhandlungen führen, in der Länderkammer zum Lager der Bundestagsopposition, dürfte dieses zwar um vier Stimmen gestärkt werden, käme aber mit dann 30 Stimmen ebenso wie Schwarz-Gelb mit 21 nicht auf eine Mehrheit im Bundesrat. Auf die kommt es besonders bei sogenannten Zustimmungsgesetzen an, die – ihr Name sagt es – der Zustimmung der Länderkammer bedürfen. Dafür wiederum braucht es die Mehrheit der insgesamt 69 Bundesratsstimmen, sprich 35.

Bei der NRW-Wahl war die CDU nach dem vorläufigen Ergebnis im Vergleich zur Landtagswahl 2010 um 8,2 Prozentpunkte auf 26,3 Prozent abgestürzt, während die SPD unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft um 4,7 Punkte auf 39,1 Prozent kletterte. Die Grünen büßten mit 11,3 Prozent 0,8 Punkte ein. Die FDP verbesserte sich um 1,9 Punkte auf 8,6 Prozent und schaffte damit klar den Sprung in den Düsseldorf Landtag wie auch erstmals die Piratenpartei mit 7,8 Prozent (+ 6,3) – im Gegensatz zur Partei Die Linke, die mit 2,5 Prozent (- 3,1) an der Fünfprozenthürde scheiterte.

Im neuen Landesparlament stellt die SPD 99 Abgeordnete und die CDU 67. Die Grünen verfügen über 29 Mandate, die FDP über 22 und die Piratenpartei über 20. Damit kommen SPD und Grüne im Landtag auf eine deutliche Mehrheit von zusammen 128 der insgesamt 237 Sitze. In der vergangenen Woche haben sie ihre Koalitionsverhandlungen aufgenommen, deren erfolgreicher Abschluss als sicher gilt. Krafts Wiederwahl ist für den 20. Juni geplant. **sto**

Weg frei nach Karlsruhe

WAHLRECHT Nicht zu einer Bundestagswahl zugelassene Parteien können künftig dagegen klagen

Anders als bei der von Schwarz-Gelb 2011 durchgesetzten Wahlrechtsreform zum „negativen Stimmgewicht“, gegen die 214 Abgeordnete von SPD und Grünen vor das Bundesverfassungsgericht gezogen sind, herrschte vergangene Woche bei der Verabschiedung einer neuerlichen Wahlrechtsnovelle weitgehend Einigkeit: Nur Die Linke enthielt sich, als das Parlament am vergangenen Donnerstag einen gemeinsamen Gesetzentwurf von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen „zur Verbesserung des Rechtsschutzes in Wahlsachen“ (17/9391) in modifizierter Fassung (17/9733) ohne Gegenstimmen verabschiedete. Danach sollen künftig Vereinigungen, die vom Bundeswahlausschuss nicht als Partei für eine Wahl zugelassen worden sind, noch vor dieser Wahl Beschwerde bei den Karlsruher Richtern erheben können.

In namentlicher Abstimmung votierte das Parlament zugleich für einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetz-Artikels 93 über die Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts (17/9392), der ebenfalls von der Koalition sowie der SPD- und der Grünen-Fraktion gemeinsam eingebracht worden war. Für diese Verfassungsänderung, die noch der Zustimmung des Bundesrates bedarf, votierten 510 Abgeordnete, womit die notwendige Zweidrittel-Mehrheit von 414 Stimmen klar erreicht wurde, während sich Die Linke

auch hier enthielt. Bislang gibt es vor der Wahl keinen Rechtsbehelf gegen die Entscheidung des Bundeswahlausschusses über die Feststellung der Parteieigenschaft. Die Neuregelung sieht ferner vor, dass im Wahlprüfungsverfahren nach der Wahl „Rechtsverletzungen des Einsprechenden beziehungsweise des Beschwerdeführers künftig vom Bundestag und vom Bundesverfassungsgericht im Entscheidungsnor festgestellt“ werden, auch wenn sie keine



»Dieser Missstand musste beseitigt werden. Dafür war es höchste Zeit.«
Stefan Ruppert (FDP)

Auswirkungen auf die Gültigkeit der Wahl haben. Auch soll der Bundeswahlausschuss und die Landeswahl-ausschüsse um je zwei Richter des Bundesverwaltungsgerichts beziehungsweise Obergericht ergänzt werden. Bislang gehören diesen Ausschüssen neben dem Bundeswahlleiter beziehungsweise dem jeweiligen Landeswahlleiter ausschließlich Beisitzer an, die von den im Bundestag vertretenen Parteien vorgeschlagen werden.

Zudem soll künftig bei einer Wahlprüfungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht anders als bisher ein einzelner Wahlberechtigter allein Beschwerdeführer sein können. Bisher ist dafür der Beitritt von 100 weiteren Wahlberechtigten erforderlich.

Keine Mehrheit fand eine Vorlage der Linksfraktion, mit der ebenfalls der Rechtsweg zum Bundesverfassungsgericht gegen eine ablehnende Entscheidung des Bundeswahlausschusses bei der Parteizulassung eröff-

net werden sollte. Ihr Gesetzentwurf (17/7848) sah zudem vor, gegen ablehnende Entscheidungen von Kreiswahlvorschlägen durch die Landeswahlausschüsse oder von Landeslisten durch den Bundeswahlausschuss den Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten zu eröffnen.

Fast wie ein Verbot In der Debatte verwies Unions-Fraktionsvize Günter Krings (CDU) darauf, dass „für eine Partei die Nichtzulassung zu einer Wahl fast ebenso entscheidend ist wie ein Parteiverbot. Wenn man nicht an Wahlen teilnehmen kann, kann man nicht politisch agieren“. Der FDP-Abgeordnete Stefan Ruppert nannte es „höchste Zeit“, den „Missstand“ zu ändern, dass eine Partei „gegen eine ablehnende Entscheidung des Bundeswahlausschusses keinerlei Rechtsmittel hat“. Für den SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz war es „im Grunde unwürdig eines entwickelten Verfassungsstaates, dass wir keinen Rechtsschutz in diesem Bereich vor der Bundestagswahl haben, wenn es um die Zulassung einer Partei geht“. Der Grünen-Parlamentarier Jerzy Montag sagte, es sei „in einer gewachsenen Demokratie ein Fehler“, dass eine vom Bundeswahlausschuss nicht zugelassene Partei bisher „ihr Recht auf Teilnahme an den Wahlen nicht einklagen“ könne.

Für Die Linke hielt ihre Parteivize Halina Wawzyniak den anderen Fraktionen vor, „allein den Rechtsschutz für die Nichtzulassung als Partei“ zu regeln, aber nicht den „Rechtsschutz vor der Wahl, wenn eine Landesliste oder ein Kreiswahlvorschlag nicht zugelassen wird“. Dies könne aber auch dann geschehen, wenn die Parteieigenschaft festgestellt worden ist, argumentierte Wawzyniak.

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) begrüßte nach der Aussprache die „mit großer Übereinstimmung“ gefundene Neuregelung als „wesentliche Ausbesserung einer ärgerlichen Lücke“ im Wahlrecht. Mit dieser Übereinstimmung in Wahlrechtsfra-

gen wird es freilich schon in der kommenden Woche wieder vorbei sein: Dann steht nämlich am 5. Juni beim Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts die mündliche Verhandlung in Sachen „negatives Stimmgewicht“ an. **Helmut Stoltenberg**

Anzeige

Du hast es in der Hand.

Heute schon unsere Ressourcen schonen: Tetra Pak Getränkekartons bestehen überwiegend aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz aus verantwortungsvoll bewirtschafteten Wäldern. Das ist nicht nur umweltverträglich, sondern auch vom Forest Stewardship Council® mit dem FSC-Siegel ausgezeichnet (FSC C014047).

tetrapak.de

Persilschein mit Gewissensbissen

NSU-AUSSCHUSS Beckstein verneint Fehler bei den Ermittlungen zur Mordserie

Es war schon Abend, als sich die Spannung entlud, die während der stundenlangen, sachlich geprägten Befragung Günther Becksteins unterschiedlich schwelte. Dies sei eine Aussage von „doppeltem Hörensagen“, erregte sich der CSU-Politiker, als Eva Högl den während der Mordserie an neun türkisch- und griechischstämmigen Kleinunternehmern amtierenden bayerischen Innenminister mit einer vom Bundeskriminalamt (BKA) erstellten Liste mit Mängeln bei den Ermittlungen konfrontierte. Einmal in Fahrt, giftete er die SPD-Obfrau an, es sei eine „Unverschämtheit“, dass sie ihn draußen im Flur vor Fernsehkameras bezichtigt habe, „unglaublich“ zu sein. Schon in seiner Auftaktrede hatte der Zeuge den Vorwurf als „infam“ zurückgewiesen, in Bayern sei man „auf dem rechten Auge blind“.

»Tragische Figur« Beckstein trat vergangenen Donnerstag im Untersuchungsausschuss auf, der Fehltritte der Sicherheitsbehörden bei den Recherchen zu der inzwischen dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) angelasteten Mordserie durchleuchten soll, der 2007 auch eine Polizistin in Heilbronn zum Opfer fiel. Allein fünf Morde passierten in Bayern. Die Nürnberger Sonderkommission (Soko) Bosporus fahndete nach Tätern vor allem im kri-

minellen Milieu, doch gab es auch die Einzeltätertheorie eines Profilers, die ins rechts-extreme Spektrum wies.

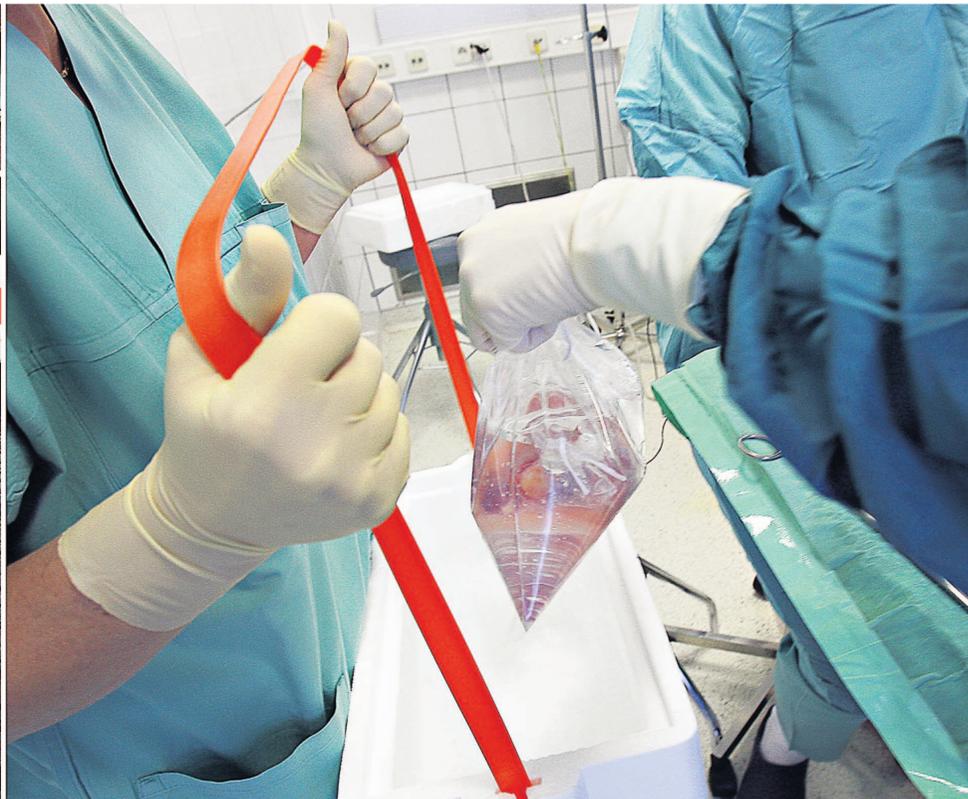
Für Högl ist der Ex-Minister eine „tragische Figur“. Beckstein habe schon nach dem ersten Mord mit „richtigem Riecher“ vermutet, es könne vielleicht auch ein ausländerfeindlicher Hintergrund existieren. Doch dann sei unter Beckstein diese Spur nicht konsequent verfolgt worden. Petra Pau (Die Linke) lobte den Zeugen als energischen Kämpfer gegen Rechtsextremismus, fand es aber gerade deshalb umso unverständlicher, dass die kriminelle Spur mit ungleich größerer Energie verfolgt wurde als die Suche nach rechtsextremen Tätern.

Aus Sicht von Hartfrid Wolff (FDP) hat es Beckstein „politisch zu verantworten“, dass in der Öffentlichkeitsarbeit der Polizei ein eventuelles fremdenfeindliches Tatmotiv nicht gebührend dargestellt worden sei. Grünen-Obmann Wolfgang Wieland sprach von einem „fatalen Nachgeschmack“, weil der CSU-Politiker 2006 zentrale BKA-Ermittlungen verhindert habe. Clemens Binninger (CDU) würdigte Becksteins Drängen auf Recherchen Richtung Rechtsextremismus, kritisierte aber mit Blick auf die ineffiziente Kooperation zwischen Soko und Verfassungsschutz diese Ermittlungen als „nicht professionell“.

Beckstein räumte Fehler im Detail ein, betonte aber, man habe „keine substantiellen Fehler“ gemacht und den „größtmöglichen Aufwand“ zur Aufklärung der Mordserie betrieben. Auch im Rückblick finde er nichts, was man hätte anders machen können. „Es schmerzt mich“, sagte er, „dass es trotz des „unglaublichen Eifers“ der Beamten nicht gelungen sei, „die Mörderbande dingfest zu machen“.

Keine heiße Spur Aus seiner Sicht war es die „Tragik des Falles“, dass „keine konkreten und heißen Spuren“ existiert hätten; auch die Einzeltätertheorie sei „nicht mit Beweisen belegt“ gewesen. Zu seiner Ablehnung zentraler BKA-Ermittlungen sagte Beckstein: „Es wäre ein schwerer Fehler gewesen, im laufenden Galopp die Pferde zu wechseln.“ Im Übrigen habe das BKA der Profiler-Hypothese vom rechtsextrem motivierten Einzeltäter weniger Gewicht beigegeben als die Soko.

Er bestritt, zur Vermeidung von Unruhe unter Türken unterbunden zu haben, dass die Polizei in ihrer Medienstrategie auf ihre Suche nach einem rechtsextremen Tatmotiv eingehe. Er habe nur gemahnt, „sensibel“ vorzugehen und zu vermitteln, dass etwas getan werde. Aber eben ohne Erfolg. Beckstein: „Das quält mich.“ **Karl-Otto Sattler**



Nach dem Hirntod können Patienten Organe wie Niere, Herz, Leber und Lunge entnommen werden – vorausgesetzt, sie oder ihre Angehörigen haben dazu ihre Zustimmung gegeben.

Grosse-Brömer rückt nach

UNIONS-FRAKTION Nach dem Wechsel von Peter Altmaier ins Amt des Bundesumweltministers (s. Seite 1) ist der 51-jährige Jurist Michael Grosse-Brömer (beide CDU) zum neuen Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt worden. Der Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen und bisherige Justitiar erhielt in der Sitzung der Unions-Fraktion vergangenen Woche 161 von 174 abgegebenen Stimmen. Das entspricht einer Zustimmung von 96,4 Prozent. Zum neuen Justitiar wurde der 61-jährige Abgeordnete Helmut Brandt bestimmt. Der Nordrhein-Westfale erhielt 165 von 169 abgegebenen Stimmen. Das entspricht einer Zustimmung von 99,4 Prozent. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer sowie der Justitiar werden in der Unions-Fraktion auf Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden mit den Stimmen der CDU-Abgeordneten gewählt. Von den 237 Mitgliedern der Unions-Fraktion ergaben derzeit 193 Abgeordnete der CDU an. Die CSU-Landesgruppe benennt ihrerseits einen Parlamentarischen Geschäftsführer sowie einen weiteren Justitiar. **mpi**



M. Grosse-Brömer

Schneller zum Elterngeld

FAMILIE Der Bezug des Elterngeldes soll vereinfacht werden. Der Familienausschuss verabschiedete vergangene Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf des Bundesrates (17/1221) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP gegen das Votum der SPD- und der Linksfraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Durch die Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes soll bei der Berechnung des Elterngeldes die Ermittlung des Einkommens durch eine Pauschalisierung von Steuern und Abgaben vereinfacht werden. Der Bundesrat hofft, den Verwaltungsaufwand zu verkleinern und die Wartezeiten bis zur Auszahlung des Elterngeldes zu verkürzen. Der Ausschuss veränderte und konkretisierte den Gesetzentwurf noch einmal durch einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen. So soll unter anderem eine Bestandsstatistik sowie eine Ergänzung der Übermittlungsbefugnisse des Statistischen Bundesamtes eingeführt werden. Zustimmung zur Zielsetzung des Gesetzentwurfes äußerten alle Fraktionen. Sozialdemokraten und Linke bemängelten jedoch, dass der geltende doppelte Anspruchsverbrauch bei Teilzeitemerzeit erneut nicht aufgehoben werde. Demnach verkürzt sich die Bezugszeit des Elterngeldes um die Hälfte, wenn beide Eltern in Elternzeit gehen und gleichzeitig in Teilzeit arbeiten. Ein entsprechender Änderungsantrag der Linken wurde jedoch durch die Koalitionsmehrheit abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Entschließungsantrag der Grünen. Sie befürchten, dass durch die Pauschalisierung der Steuern und Abgaben steuerliche Freibeträge für Eltern mit behinderten Kindern nicht mehr berücksichtigt werden. Es müsse geprüft werden, ob das dadurch verringerte Elterngeld durch einen Pauschbetrag ausgeglichen werden kann. **aw**

Die Politik will lästig sein

GESUNDHEIT Mehr Bürger als bisher sollen sich zur Organspende erklären. Die Freiwilligkeit bleibt gewahrt

Jeden Tag sterben in Deutschland drei schwer kranke Menschen, denen mit einer Organtransplantation hätte geholfen werden können. Rund 12.000 Patienten warten hierzulande auf ein Spenderorgan. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) hat der Bundestag am vergangenen Freitag mit breiter Mehrheit einer Reform des Transplantationsgesetzes zugestimmt. Kernpunkt ist die Einführung einer sogenannten freiwilligen Entscheidungslösung. Danach werden alle Bürger ab 16 Jahren von ihren Krankenkassen schriftlich über das Thema informiert und nach ihrer Bereitschaft zur Organspende nach dem Tod befragt. Die Abgeordneten hoffen, so die Zahl der Spendewilligen zu erhöhen. „Jeder Organspender ist ein Lebensretter“, sagte Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP). „Wir wollen den Menschen tatsächlich etwas mehr auf die Pelle rücken, indem wir fragen und nachfragen“, umrisst der SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier den Sinn des interfraktionellen Gesetzentwurfs (17/9030).

das machen zu wenige“. Bislang hätten rund 25 Prozent der Deutschen einen Spenderausweis. Bislang müssen Bürger selbst aktiv werden, um sich einen Spenderausweis zu besorgen. Grundsätzlich soll die Entscheidung freiwillig bleiben. Das heißt, wer keinen Spenderausweis ausfüllt, muss auch nicht mit Konsequenzen rechnen. „Es geht nicht darum, dass wir alle Menschen zu Organspendern machen wollen, sondern es geht darum, dass wir die Menschen auffordern, sich eigene Überlegungen zu machen“, sagte Steinmeier. Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) fügte hinzu: „Es gibt kein Recht darauf, dass jemand von einem anderen ein Organ verlangen kann.“ Eine weitergehende Reform wird von der Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag strikt abgelehnt – das gilt etwa für eine sogenannte Widerspruchslösung, bei der jeder Bürger automatisch als Organspendebereit gilt, es sei denn, er lehnt dies ausdrücklich ab. Der Bundestag stimmte weiteren Änderungen des Transplantationsgesetzes zu. Der im Gesundheitsausschuss geänderte Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/7376, 17/9773) erhielt die Zustimmung der Koalition und der SPD-Fraktion. Die Linke stimmte gegen den Entwurf, die Grünen sowie ein FDP-Abgeordneter enthielten sich der Stimme. Der Entwurf sieht unter anderem vor, dass die rund 1.400 Krankenhäuser mit Intensivstation, in denen Organspenden möglich sind, einen Transplantationsbeauftragten bekommen. Ferner werden Lebendspender von Organen bessergestellt.



»Jeder Organspender ist ein Lebensretter.«

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP)

Kauder (CDU) fügte hinzu: „Es gibt kein Recht darauf, dass jemand von einem anderen ein Organ verlangen kann.“ Eine weitergehende Reform wird von der Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag strikt abgelehnt – das gilt etwa für eine sogenannte Widerspruchslösung, bei der jeder Bürger automatisch als Organspendebereit gilt, es sei denn, er lehnt dies ausdrücklich ab. Der Bundestag stimmte weiteren Änderungen des Transplantationsgesetzes zu. Der im Gesundheitsausschuss geänderte Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/7376, 17/9773) erhielt die Zustimmung der Koalition und der SPD-Fraktion. Die Linke stimmte gegen den Entwurf, die Grünen sowie ein FDP-Abgeordneter enthielten sich der Stimme. Der Entwurf sieht unter anderem vor, dass die rund 1.400 Krankenhäuser mit Intensivstation, in denen Organspenden möglich sind, einen Transplantationsbeauftragten bekommen. Ferner werden Lebendspender von Organen bessergestellt.

tion und der SPD-Fraktion. Die Linke stimmte gegen den Entwurf, die Grünen sowie ein FDP-Abgeordneter enthielten sich der Stimme. Der Entwurf sieht unter anderem vor, dass die rund 1.400 Krankenhäuser mit Intensivstation, in denen Organspenden möglich sind, einen Transplantationsbeauftragten bekommen. Ferner werden Lebendspender von Organen bessergestellt.

Streitpunkt Gesundheitskarte Auch Die Linke und die Grünen-Fraktion unterstützen mit großer Mehrheit die Einführung der Entscheidungslösung. Sie kritisierten jedoch in der Debatte die vom Jahr 2016 an geplante mögliche Dokumentation der Organspendebereitschaft auf der elektronischen Gesundheitskarte. Das vorgesehene Schreib- und Leserecht der Krankenkassen sei mit der Gefahr des Missbrauchs verbunden, argumentierte Linksparlamentarierin Martina Bunge. Die Grünen-Abgeordnete Elisabeth Scharfenberg betonte, die Krankenkassen dürften keinen Zugriff auf sensible Gesundheitsdaten haben, „auch nicht als Serviceleistung“. Die Änderungsanträge der Linksfraktion (17/9775) und der Grünen (17/9776) fanden jedoch keine Mehrheit. Gesundheitsminister Bahr widersprach in der Debatte der Kritik. Es bleibe bei dem Grundsatz, dass jeder persönlich entscheiden könne, wer auf die gespeicherten Daten zugreifen könne. Auf der elektronischen Gesundheitskarte solle „ein eigenes Fach“ für die Erklärung zur Organspendebereitschaft eingerichtet werden. Ein Zugriff auf andere

gespeicherte Daten solle damit ausgeschlossen werden. Umstritten war in der Debatte zudem die Rolle der Stiftung Deutsche Organtransplantation (DSO), die die Organspende in Deutschland koordiniert. Die DSO war in den vergangenen Monaten wegen Vetterwirtschaft in die Schlagzeilen geraten. In einem Entschließungsantrag (17/9777), der mit den Stimmen der Koalition und der SPD angenommen wurde, wird bekräftigt, dass der Stiftungsrat der DSO künftig mindestens ein Mal pro Jahr in den Gesund-

heitsausschuss geladen wird. Ferner wurde mit der Änderung des Transplantationsgesetzes festgelegt, dass die DSO ihre Geschäftsberichte veröffentlichen muss. Der Linksfraktion und den Grünen gingen die Änderungen im Hinblick auf mehr Transparenz und bessere Kontrolle nicht weit genug. Beide stellten die Form der Organisation als private Stiftung infrage. Ein Entschließungsantrag der Linksfraktion (17/9778) wurde jedoch mit den Stimmen der Unions-, der SPD- und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Grünen abgelehnt. **Monika Pilath**

STICHWORT

ORGANSPENDE – Was sich im Transplantationsgesetz ändert

Entscheidungslösung Alle Krankenversicherten ab 16 Jahren werden von ihrer Kasse schriftlich über das Thema Organspende informiert und aufgefordert, eine Erklärung zu ihrer Spenderbereitschaft abzugeben. Die Zustimmung zur Organentnahme bleibt freiwillig. Bei Nichtausfüllen des Spenderausweises drohen keine Konsequenzen.

Lebendspender Wer zu Lebzeiten ein Organ spendet, erhält einen Rechtsanspruch auf eine sechswöchige Entgeltfortzahlung und ein höheres Krankengeld.

Transplantationsbeauftragte Die rund 1.400 Krankenhäuser mit Intensivstation müssen einen Beauftragten benennen, der unter anderem Gespräche mit Angehörigen potenzieller Spender führen soll.



Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Jetzt auch als E-Paper

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

DasParlament

Die Ware Wissen

ENTWICKELUNGSGEMÄSSE Inhalte, die Sie wirklich gebrauchen können. **SUCHMASCHINE** Was soll ich tun? Welche Karte? Wie finde ich das? **THEMA: ZUKUNFT DES WISSENS** Im Interview mit dem Autor **DR. GERT BILGER** über die Zukunft des Wissens im digitalen Zeitalter.

QR Code

»Wir vermissen eine wirkliche Neuausrichtung«

PFLGE Sozialverbände kritisieren geplante Reform als unzureichend. Leistungsverbesserungen für Demenzkranke erhalten Lob

Die von der Bundesregierung geplante Pflegeform steht in der Kritik von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Betroffenen. In einer öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses zum Gesetzentwurf der Regierung (17/9369) „zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung“ (PNG) äußerten vergangene Woche die meisten befragten Sachverständigen ihr Bedauern, dass der Pflegebedürftigkeitsbegriff nicht neu definiert werde. Zugleich wurden aber die vorgesehenen Leistungsverbesserungen für Demenzkranke, die die Regierung als Vorgriff auf eine solche Neudefinition sieht, mehrheitlich begrüßt.

Kein neuer Pflegebegriff „Wir vermissen eine wirkliche Neuausrichtung“, bemängelte der Vertreter der Arbeiterwohlfahrt, Claus Bölicke. Fabian Müller-Zetsche vom Sozialverband Deutschland fügte hinzu, die Regierung mache mit den Leistungsverbesserungen den zweiten Schritt vor dem ersten. Es werde nicht festgelegt, wer welche Ansprüche auf Leistungen der Pflegeversicherung haben solle. Das Vorstandsmitglied der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, Heidi Havel, fügte hinzu, der geltende Pflegebedürftigkeitsbegriff ziele lediglich auf körperliche Defizite ab. Geistige Beeinträchtigungen würden mit dem Gesent-

wurf der Regierung weiter nicht gleichberechtigt behandelt. Caritas-Referentin Elisabeth Fix sagte, ihr Verband bedauere „außerordentlich“, dass in dieser Legislaturperiode ein neuer Pflegebegriff bislang nicht eingeführt worden sei. Immerhin gebe es einige Leistungsverbesserungen für demenziell Erkrankte. Der Einzelsachverständige Professor Stefan Görres von der Universität Bremen unterstrich, dass der Gesetzentwurf „eindeutig“ zu Verbesserungen für Altersverwirrte führen werde. Nach dem Gesetzentwurf sollen Versicherte ohne Pflegestufe mit „erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz“ (sogenannte Pflegestufe 0) erstmals Anspruch auf ein Pflegegeld in Höhe von monatlich 120 Euro oder Pflegeschleistungen von bis zu 225 Euro erhalten. Auch Pflegebedürftige der Stufen Eins und Zwei, die zu Hause gepflegt werden, erhalten bei demenziellen Erkrankungen höhere Leistungen. Vorgesehen ist zudem eine Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte auf 2,05 Prozent – bei Kinderlosen auf 2,3 Prozent. Das soll von 2013 bis 2015 Mehreinnahmen in Höhe von jährlich rund 1,1 Milliarden Euro einbringen. Der Bremer Professor für Sozialpolitik, Heinz Rothgang, sagte in der Anhörung, er hege keinen Zweifel daran, dass mit der ge-

planten Beitragssatzerhöhung die vorgesehenen Leistungsverbesserungen finanziert werden könnten. Grundsätzlich sei auch davon auszugehen, dass die Pflegekasse bis zu den Jahren 2014/2015 mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auskomme. Für die angestrebte grundlegende Reform reiche das Geld jedoch nicht aus. Rothgang veranschlagte hierfür einen Bedarf von drei bis

vier Milliarden Euro. Diese seien mit der von den Oppositionsfraktionen und den Gewerkschaften präferierten Bürgerversicherung in der Pflege zu erreichen, sagte der Professor. Der Anhörung lagen auch die Reformvorschläge der Fraktion Die Linke (17/9393) und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/9566) zugrunde. **mpi**



Mehr Geld soll die Situation von Demenzkranken verbessern.

KURZ NOTIERT

SPD fordert Unterstützung für die Küstenländer

Die Bundesregierung soll die deutschen Küstenländer bei Planung und Vorhaltung von Hafeninfrastrukturen unterstützen, damit die deutschen Häfen die Wachstumschancen der Windkraft auf See nutzen können. Außerdem fordert die SPD-Fraktion in einem am Donnerstag überwiesenen Antrag (17/9573) eine Öffnung des KfW-Förderprogramms „Offshore Windenergie“ für den Bereich der Hafen- und Schiffskapazitäten. Eine wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau der Offshore-Branche seien ausreichende Hafenkapazitäten. Somit biete der Ausbau der Offshore-Stromerzeugung große Entwicklungsperspektiven für die deutschen Häfen. „Die Hafenanlagen in Deutschland sind jedoch bisher nicht in ausreichendem Maße für Offshore-Projekte gerüstet. Dies droht die Entwicklung der gesamten Branche zu behindern“, warnt die SPD-Fraktion. hle

Bundesregierung will Doppelprüfungen vermeiden

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften (17/9692) vorgelegt. Damit sollen die Richtlinie 2008/57/EG über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Gemeinschaft und die Richtlinie 2008/110/EG zur Änderung der Richtlinie 2004/49/EG über Eisenbahnsicherheit in der Gemeinschaft in deutsches Recht umgesetzt werden. Dabei geht es vor allem um die Anerkennung gleichwertiger ausländischer Vorschriften und die Vermeidung von Doppelprüfungen im Rahmen der Fahrzeugzulassung. Zudem soll eine für die Instandhaltung zuständige Stelle eingeführt werden, die für den betriebssicheren Zustand der von ihr übernommenen Eisenbahnfahrzeuge verantwortlich ist. In der Regel ist diese Stelle gleichzeitig der Halter oder die Eisenbahn, heißt es in dem am Donnerstag überwiesenen Entwurf. mik

2,59 Milliarden Euro überplanmäßig ausgegeben

Der Bundesfinanzminister hat im letzten Quartal des vergangenen Jahres über- und außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 2,59 Milliarden Euro bewilligt. Dies geht aus einer Unterrichtung durch die Bundesregierung (17/9646) hervor. Davon gingen 585 Millionen Euro an die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem Sozialgesetzbuch II. 551,75 Millionen Euro waren Zuschüsse zu den Beiträgen zur Rentenversicherung der in den Werkstätten und Integrationsprojekten beschäftigten Behinderten. 440 Millionen Euro waren zur Erstattung und Aufwendungen der Deutschen Rentenversicherung Bund aufgrund der Überführung von Zusatzversorgungssystemen in die Rentenversicherung notwendig. An überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen wurden insgesamt 87,2 Millionen Euro in diesem Zeitraum bewilligt. 87 Millionen Euro sind dafür für die Entwicklung des Erdbeachtungsinstrumentes „METImage“ vorgesehen. mik

Bundesrechnungshof beantragt Entlastung

Der Bundesrechnungshof hat im Jahr 2011 insgesamt rund 118,34 Millionen Euro ausgegeben. Zur Verfügung standen 133,83 Millionen Euro. Das geht aus der Rechnung des Bundesrechnungshof für das Haushaltsjahr 2011 hervor, die der Präsident des Bundesrechnungshofes, Dieter Engels, als Antrag auf Entlastung (17/9600) vorgelegt hat. Angestiegen sind im vergangenen Jahr die Einnahmen: Einplanbar waren 191.000 Euro, eingekommen wurden tatsächlich 895.000 Euro. mik

Kritik an Hermesbürgschaft für Atomkraftwerk Angra 3

Die deutsche Hermesbürgschaft für den Bau des Kernreaktors Angra 3 in Brasilien soll nicht gewährt und die entsprechende grundsätzliche Zusage zurückgezogen werden. Dies fordern sowohl die SPD-Fraktion als auch Bündnis 90/Die Grünen in Anträgen (17/9578, 17/9579), die am Donnerstag erstmals beraten wurden. Außerdem soll die Bundesregierung ab sofort keine Hermesbürgschaften für Nukleartechnologien oder andere für den Bau von Kernkraftwerken bestimmte Technologien vergeben. Die Atomverträge mit Brasilien und Argentinien sollen durch eine Kooperation über erneuerbare Energien und Energieeffizienz ersetzt werden. Die Bürgschaft für die brasilianische Atomanlage soll nach Angaben der SPD-Fraktion ein Volumen von 1,3 Milliarden Euro haben. Deutschland habe sich 2011 für einen Ausstieg aus der Atomenergie entschieden. „Wenn der Atomausstieg ernst gemeint ist, muss die Exportförderung von Atomtechnologie umgehend beendet werden“, wird gefordert. hle

Selbst Goldschätze schlummern im Boden

WIRTSCHAFT Beim neuen Bergbauboom sollen Anliegerinteressen beachtet werden



Beim Abbau von Braunkohle wird die Landschaft großflächig zerstört, wie hier im sächsischen Nochten. Nach Abschluss der Förderung muss das Areal dann renaturisiert werden.

Der Bergbau ist in Deutschland noch lange nicht Geschichte. Zwar ist die Steinkohleförderung, die einst ganze Regionen wie Ruhrgebiet und Saarland prägte, kaum noch von Bedeutung. Heute wird gerade noch ein Zehntel des „Schwarzen Goldes“ im Vergleich zu 1970 aus der Erde geholt, der Erzbergbau wurde eingestellt. Seitdem Rohstoffe immer knapper und damit teurer werden, hat ein Umdenken eingesetzt. Jetzt wird wieder nach lohnenden Abbaufeldern gesucht. Im brandenburgischen Spremberg werden rund 1,5 Millionen Tonnen Kupfererz unter der Erde vermutet. In Sachsen soll nach Zinn und Nickel-Kobalt geschürft werden. Schon ist von einem neuen Bergbauboom im Osten Deutschlands die Rede, wo die meisten Bergwerke mit der Einheit geschlossen wurden. Und die in Gestein eingebundenen Erdgasvorräte („unkonventionelles Erdgas“) könnten in Deutschland eines Tages große Teile des Energiebedarfs decken.

Gas unter dem Haus Doch nicht nur über, sondern auch unter der Erde gelten Vorschriften. In Deutschland regelt das Bundesberggesetz die Suche nach Rohstoffen. Besonders bedeutsam ist dabei, dass Grundbesitzer in den meisten Fällen kaum ein Wort mitzureden haben, wenn es um die Ausbeutung der tief unter ihrem Haus und Garten liegenden Erze oder des Erdgases geht. Bei diesen „begriffenen Bodenschätzen“ vergibt der Staat die Genehmigungen zum Abbau. Für den Braunkohleabbau müssen komplette Dörfer weichen, die allerdings an anderer Stelle wieder neu errichtet werden. Dass die Belange der Anlieger beim Bergbau zu kurz kommen und auch für den Umweltschutz mehr getan werden könnte, ist Thema für die Oppositionsfraktionen im Bundestag.

die mit gleich mehreren Anträgen und Gesetzentwürfen eine Reform des Bergrechts in Angriff nehmen wollen. So strebt die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/9560) mehr Transparenz bei bergrechtlichen Verfahren und eine stärkere Einbeziehung des Umweltschutzes an. Die Linksfraktion verlangt in einem Antrag (17/9034), dass die Interessen der Umwelt und der vom Abbau von Bodenschätzen betroffenen Menschen angemessen berücksichtigt werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Gesetzentwurf (17/9390) eingebracht, in dem eine einheitliche Bergbau-Förderabgabe in Höhe von zehn Prozent vorgesehen ist. Schließlich verlangt die Fraktion in einem Antrag (17/8133) eine öffentliche Interessenabwägung „zwischen den potenziell positiven

Wirkungen des Bergbaus für die Gesellschaft und seinen negativen Folgen für die betroffenen Menschen“. Mit den Vorstößen der Opposition befassten sich die Abgeordneten des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Technologie in einer öffentlichen Anhörung am vergangenen Mittwoch. Dabei wurde deutlich, dass Arbeitnehmervertreter und die Industrie

selbst nichts von einer schärferen Regulierung des Bergbaus halten. Sie warnten in der Anhörung auch unisono vor einer Verteuerung des heimischen Rohstoffförderung.

Förderung im Inland So betonte die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie: „Die deutsche Wirtschaft ist auf die Nutzung der heimischen Rohstoffe und Bodenschätze angewiesen.“ Rohstoffsuche und Förderung müssten auch im Inland möglich bleiben. Der Verband der Kali- und Salzindustrie und die Vereinigung Rohstoffe und Bergbau bezeichneten das deutsche Bergrecht als vorbildlich – „nicht zuletzt wegen

seiner vergleichsweise hohen Schutz- und Vorsorgeanforderungen für Umwelt und Betroffene“. Die Bergbau-Gewerkschaft sah zwar in dem Antrag der SPD-Fraktion eine gute Grundlage für eine sachliche Diskussion, lehnte aber die Vorstellungen der anderen beiden Fraktionen ab. Das Bergbaurecht biete „den betroffenen Menschen Rechts- und Planungssicherheit über den grundsätzlichen Rahmen eines Bergbauvorhabens, die sie für ihre Lebensplanung benötigen, und den Unternehmen langfristige Rechts- und Planungssicherheit für ein Gesamtvorhaben als Voraussetzung für Investitionen und damit für die Rohstoffgewinnung überhaupt“. Der heimische Bergbau solle nicht mit „zusätzlichen politisch induzierten Kosten“ belastet werden.

»Ideologisch geprägt« Die Industrie sprach von Änderungsvorschlägen, „die ideologisch geprägt sind und weder den Interessen der Mehrheit der betroffenen Men-

KOMPAKT

> **Rohstoffland** Deutschland ist immer noch ein Rohstoffland. Über 1,2 Millionen Menschen sind in der Rohstoffförderung tätig.

> **Steinkohle** Von den fünf verbliebenen Steinkohlezechen werden 12,9 Millionen Tonnen Steinkohle pro Jahr gefördert.

> **Braunkohle** Außerdem werden jährlich 176 Millionen Tonnen Braunkohle aus der Erde geholt. 90 Prozent der Kohle geht in die Stromerzeugung.

> **Salze** Von großer Bedeutung ist die Förderung von Salzen mit 18,6 Millionen Tonnen. Außerdem werden noch Industriemineralien, Kiese, Sande, Steine, Zemente und Gips abgebaut.

schen an Planungs- und Rechtssicherheit noch der Bergbaurechtenden an Investitions- und Rechtssicherheit gerecht werden“. Die Vorteile heimischer Rohstoffförderung wie deutlich erhöhte Versorgungssicherheit würden weitestgehend ausgeblendet. Vom Sächsischen Oberbergamt hieß es, ein grundsätzlicher Reformbedarf des Bergrechts sei nicht zu begründen. „Gerade wenn eine nachhaltige Rohstoffpolitik wieder verstärkt auf einheimische Ressourcen zurückgreifen muss, sollten nicht entgegen-

gesetzte Ziele zur Verhinderung von Bergbau gesetzt werden“, warnte das Oberbergamt. Auch Rechtsanwältin Bettina Keienburg (Essen) widersprach den Forderungen von Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen nach Reformen. Das Bundesberggesetz habe sich bewährt. „Dies ist durch Widerstände einzelner Bevölkerungsgruppen gegen bergbauliche Vorhaben – seien sie dogmatisch oder durch tatsächliche Betroffenheit bedingt – nicht widerlegt“, argumentierte die Rechtsanwältin.

Dagegen begrüßte Rechtsanwalt Dirk Teßmer (Frankfurt/Main) die Vorstöße der Oppositionsfraktionen. Die Anträge sollten Anstoß für die Ausarbeitung einer konkreten Gesetzesnovellierung sein“, regte der Anwalt an, der den „Anachronismus bergrechtlicher Sonderwege“ kritisierte. Auch Rechtsanwalt Thomas Rahner (Ginsheim-Gustavsburg) nannte das Bundesberggesetz in seiner derzeitigen Fassung ein „Bergbauförderungsgesetz“. Bergbauunternehmen seien gegenüber normalen Industriebetrieben deutlich bevorzugt, während „Nachbarn von bergrechtlich genehmigten Vorhaben im Vergleich zu den Nachbarn von immissionsschutzrechtlichen genehmigten Industrieanlagen entsprechend benachteiligt sind“. Rahner lehnte eine weitere Zerstörung von Siedlungen oder Ortschaften strikt ab. Allen Wilderständen zum Trotz wird nicht nur im Land Brandenburg eifrig weiter nach Rohstoffen gesucht. Dabei könnte es zu ganz besonderen Funden kommen: Denn wo Kupfer liegt, ist Gold erfahrungsgemäß nicht weit. Hans-Jürgen Leersch

Sorge um IT-Nachwuchs

WACHSTUMS-ENQUETE Die Forderung nach einer Stärkung der Innovationskraft von Unternehmen und Gesellschaft prägte vergangene Woche die Sitzung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Aus Sicht von Bernhard Rohleder muss vor allem der Fachkräftemangel in der IT-Branche angegangen werden. Der Hauptgeschäftsführer von Bitkom, des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien, kritisierte zudem veraltete Infrastrukturen, fehlendes Risikokapital und eine mangelhafte Forschungsförderung als Hemmnisse, die einer innovativen Weiterentwicklung der Wirtschaft entgegenstehen. „Firmen, die innovativ sind, sind auch ökonomisch erfolgreich“, betonte Birgit Blätzel-Mink. Für die Soziologin von der Uni Frankfurt/Main müssen Erneuerungsprozesse in den Unternehmen darauf ausgerichtet sein, nachhaltige Innovationen auf den Weg zu bringen, die zur Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom Wachstum und zur Stärkung einer Kreislaufwirtschaft beitragen. Rohleder sagte, in der deutschen IT-Branche fehlten Fachkräfte wie auch international erfahrene Manager. 38.000 Plätze für Hochqualifizierte seien derzeit nicht besetzt, was den Umsatz um 1,5 Milliarden Euro drücke. Der Bitkom-Vertreter warb dafür, im Schulunterricht und in der Lehrerbildung der IT-Kompetenz mehr Gewicht zu geben. Die Zuwanderungspolitik müsse „modernisiert“ werden. Deutschland solle für ausländische Experten etwa aus Indien „attraktiver“ werden. Es gelte, Frauen und Ältere verstärkt dafür zu motivieren. kos

Privater Sektor gefragt

VERKEHR UND BAU Für einen neuen Infrastrukturkonsens setzt sich die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/9726) ein, der am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten und an die Ausschüsse überwiesen wurde. Danach soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, eine sachliche öffentliche Debatte über Anwendungsbereiche, Ausgestaltung, Chancen und Herausforderungen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) anzustoßen und dabei nicht nur die Beteiligten, sondern auch Gewerkschaft, Experten, Medien und die Bürgerinnen und Bürger mit einbeziehen. Weiter soll die Regierung ein schlüssiges Konzept öffentlich-privater Partnerschaften in Deutschland erarbeiten und eine Klärstellung in der Bundeshaushaltsordnung erreichen, in welchen Fällen die Einbindung des privaten Sektors bei der Beschaffung der öffentlichen Hand erfolgen soll. Die Abgeordneten fordern zudem von der Regierung eine Weiterentwicklung des Haushalts- und Steuerrechts bei Öffentlich-Privaten Partnerschaften sowie eine Weiterentwicklung von ÖPP im Verkehrssektor. Eine breite Akzeptanz sowohl bei den für ÖPP Verantwortlichen in Politik und Verwaltungen sowie bei den Bürgern sei für die weitere Zukunft von ÖPP in Deutschland von ausschlaggebender Bedeutung, schreiben die Abgeordneten zur Begründung. Dazu sei ein breiter öffentlicher Dialog notwendig, für den eine vollständige Transparenz hinsichtlich ÖPP eine unverzichtbare Basis sei. Die Politik müsse an dieser Stelle eine Führungsfunktion übernehmen, heißt es in dem Antrag. mik

Anzeige

Kürschners Handbuch der Bundesregierung

Ausgabe April 2012

736 Seiten,
Broschur
EUR 39,80
ISBN 978-3-
87576-712-4



Inhalt:

- 300 Biografien von Ministern, Staatssekretären, Abteilungsleitern und Botschaftern
- Organisationsübersichten bis auf Referatsleiter-Ebene
- etwa 2000 Kontaktdaten inklusive nachgeordnete Behörden
- Bundeskabine seit 1949

Kürschners Politikkontakte Hauptstraße 74
53619 Rheinbreitbach
Tel. 02224 3232 - Fax 02224 78639 - E-Mail: vertrieb@kdv.info
Datenbank www.kuerschner.info - Shop www.politik-kontakte.de

Der Tourismus in Deutschland boomt. Wer in diesen Tagen durch Berlin, München oder Hamburg fährt, wird diese Feststellung bestätigt finden. Doch was für die Metropolen gilt, spiegelt sich auf dem Lande nicht wider. Der ländliche Raum hinke der Entwicklung hinterher, lautete denn auch die von allen Fraktionen geteilte Analyse während einer Bundestagsdebatte am vergangenen Freitag. Die Frage, wie die Reiselust in Richtung ländlicher Raum gestärkt werden kann, wurde wiederum unterschiedlich beantwortet. Während sich die Koalitionsfraktionen in einem Antrag (17/9570) dafür aussprechen, Handlungsempfehlungen und Praxisleitfäden zu erarbeiten sowie Erfolgsmethoden (sogenannte „Best-Practice“-Beispiele) herauszustellen, fordert die SPD-Fraktion in ihrer Vorlage (17/9571) ein schlüssiges Gesamtkonzept.

Der Tourismusbeauftragte der Bundesregierung, Ernst Burgbacher (FDP), hält – wenig überraschend – das Konzept der Koalition für das bessere. Vor dem Plenum gab sich der FDP-Politiker optimistisch. Zwar gebe es noch einiges zu tun, doch habe man auch schon viel erreicht, sagte Burgbacher. So hätten die Handlungsempfehlungen zum Gesundheitstourismus und das Marketingkonzept Wassertourismus „Weichen für Wachstum in diesen Bereichen gestellt“. Auch beim Internet-Breitbandausbau gebe es Fortschritte: „Ende des ersten Quartals 2012 haben wir eine Abdeckung von 99,2 Prozent mit mindestens ein Megabit und über 50 Prozent mit mindestens 50 Megabit erreicht“, sagte der Staatssekretär. Die Bundesregierung, so stellte Burgbacher klar, wolle statt eines Tourismuskonzeptes „Handlungsempfehlungen, Praxisempfehlungen und Best-Practice-Beispiele“ vorlegen. Davon könne der Tourismus wirklich profitieren, zeigte sich der Staatssekretär überzeugt.

Enormes Potenzial Eher skeptisch reagierte der SPD-Abgeordnete Heinz Paula. Wenn der Staatssekretär hier von einem „Weiter so“ rede, könne er nur sagen: „Um Gottes willen, bewahren Sie uns davor.“ Die enormen Potenziale des Tourismus seien „bei weitem noch nicht ausgeschöpft“, urteilte Paula. Dass Koalition und Bundesregierung gar nicht die Absicht hätten, ein Gesamtkonzept auf den Weg zu bringen, obwohl man das im Koalitionsvertrag angekündigt habe, sei „mager“, sagte Paula. „Dünn“ sei es auch, dass 99 Prozent mit einer nur ein Megabit starken Internet-Leistung versorgt seien. „So bringt man die ländlichen Räume nicht voran“, kritisierte der SPD-Politiker. Gebraucht werde vielmehr ein Gesamtkonzept, das alle ökonomischen, sozialen und ökologischen Dimensionen berücksichtige.

„Die ländlichen Räume sind es wert, dass wir alle verfügbaren Hebel in Bewegung setzen, um sie vital zu halten“, machte Marlene Mortler, die Tourismusexpertin der Union, deutlich. Dabei sei Tourismus ein zentraler Hebel, betonte sie und sprach von einem „Jobmotor“. Es gehe schließlich um 2,9 Millionen Arbeitsplätze und 100 Milliarden Euro Wertschöpfung. Auf die Kritik am Koalitionsantrag eingehend, sagte Mortler:

Touristen kaum in Landlust

WIRTSCHAFT Koalition setzt auf Gesundheits- und Wassertourismus. Opposition vermisst Gesamtkonzept



Oberbayern und Zugspitze sind Touristen-Magnete. Aber in vielen ländlichen Regionen kann man stundenlang allein wandern.

„Was nutzt es, wenn wir Dinge hineinschreiben, die nicht der Realität entsprechen?“ Es seien nun einmal die Länder, die für den Tourismus zuständig seien. „Die Frage ist doch: Was können wir in diesem Haus realistisch bewegen“, sagte die CSU-Politikerin und nannte als Beispiele die Stärkung der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) und mehr „verlässliche Fördermittel“.

»Absoluter Hohn« Auf den ebenfalls zur Diskussion stehenden Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume (17/8499) ging der Linken-Abgeordnete Alexander Süßmair ein. Darin sei die Rede davon, dass Regionen, in denen

die Grundversorgung mit kommunalen Leistungsangeboten gefährdet sei, mit dem Aktionsprogramm „Regionale Daseinsfürsorge“ unterstützt werden sollen. Für Süßmair „absoluter Hohn“. Schließlich werde seit Jahren öffentliches Eigentum privatisiert und zerstört. Den Kommunen würden unter Beteiligung von Union und FDP „die finanziellen Mittel abgegraben“. Es bleibe zu wenig Geld in der Region, kritisierte der Grünen-Abgeordnete Markus Tresselt. „Wir haben im Moment einen sehr geringen Nettodevisenzufluss“, sagte er. Von 100 umgesetzten Euro würden nur 36 Euro in der Region verbleiben. Auch die Schaffung von nachhaltiger Mobilität sei ange-

sichts einer alternden Bevölkerung wichtig. Dabei müsse die Frage geklärt werden, wie man den Bahnverkehr in der Fläche sicherstellen könne. Außerdem gehe es um die Weiterentwicklung der Elektromobilität. „Es reicht aber nicht, solche Best-Practice-Beispiele zu sammeln. Sie müssen auch weiterentwickelt werden“, forderte der Grünen-Politiker. Als „Stützpfiler und das Rückgrat unserer Gesellschaft“ bezeichnete der FDP-Abgeordnete Edmund Geissen die ländlichen Räume. Für ihn sei besonders der Ausbau der Infrastruktur die Voraussetzung für eine positive Entwicklung des ländlichen Raums, sagte Geissen. *Götz Hausding*

KWK-Förderung wird erhöht

WIRTSCHAFT Die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) wird verbessert. Der Bundestag verabschiedete am Donnerstag einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/8801, 17/9617) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung von SPD- und Linkenfraktion und Ablehnung durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Union und FDP sehen in dem Gesetz einen wichtigen Schritt, damit der Anteil dieser Technik an der deutschen Stromerzeugung 25 Prozent bis zum Jahr 2020 erreicht. Auch die Oppositionsfraktionen sprechen sich für eine verbesserte KWK-Förderung aus. Die in dem Gesetz enthaltenen Regelungen sind ihrer Ansicht nach jedoch ungeeignet, um das Ziel einer 25-prozentigen Beteiligung am Energiemix bis 2020 zu erreichen.

„Mit der Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes werden wir unser Ziel erreichen“, zeigte sich der FDP-Abgeordnete Klaus Breil zuversichtlich. Er rechne sogar mit einer Dynamik, „die den Anteil weit über die 25 Prozent wachsen lassen wird“. Die auch in der Anhörung zum Gesetz geforderte weitere Erhöhung der Vergütung über die beschlossenen 0,3 Cent pro Kilowattstunde hinaus lehnte Thomas Bareiß (CDU/CSU) ab. Es dürfe nicht zu einem „Wettlauf der unterschiedlichen Fördersysteme“ kommen. Nachdem Schwarz-Gelb der Kraft-Wärme-Kopplung lange kritisch gegenüber gestanden habe, sei das Gesetz „besser als erwartet“, räumte Rolf Hempelmann (SPD) ein. Das Gesetz müsse aber weiter verbessert werden. Die Linken-Abgeordnete Eva Bulling-Schröter war erfreut, dass die Koalition als Ergebnis der Expertenanhörung „sinnvolle Änderungen“ an dem Gesetz vorgenommen habe. Der Grünen-Abgeordnete Oliver Krischer warf der Regierung vor: „Sie tut etwas Richtiges, aber viel zu spät und viel zu wenig.“ *hau*

So viel Beschäftigte wie nie

WIRTSCHAFT Arbeitsagentur sieht Sprachprobleme als Hürde für Zuzug ausländischer Kräfte

Dass der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise, seine Redezeit im Bundestags-Ausschuss für Wirtschaft und Technologie deutlich überzog, quittierte der Ausschussvorsitzende Ernst Hinken (CSU) mit einem nachsichtigen Lächeln: „Angesichts ihrer positiven Bilanz ist das verständlich“, sagte Hinken.

Laut Weise gibt es in Deutschland so viele Beschäftigte wie nie zuvor. Die Arbeitslosenquote bleibe voraussichtlich auch 2012 mit 2,8 bis 2,9 Millionen Arbeitslosen unter der Grenze von drei Millionen. Jugendarbeitslosigkeit sei in Deutschland praktisch nicht vorhanden. Trotz Wirtschaftskrise sei die Langzeitarbeitslosigkeit von 2009 bis 2011 um neun Prozent zurückgegangen. Bis 2016 erwartet Weise einen weiteren Rückgang der Arbeitslosenzahl auf 2,6 bis 2,7 Millionen. Der BA-Chef lobte die Politik in der Krise: Konjunkturprogramme, Kurzarbeitergeld und Qualifizierungsmaßnahmen hätten Deutschland geholfen, wirtschaftlich schwere Zeiten recht gut zu überstehen. Positiv äußerte sich Weise auch über die Arbeitsmarktreflexion der rot-grünen Bundesregierung. Diese hätten dazu geführt, dass trotz gesunkener Beitragssätze der Agentur für Maßnahmen gegen die Krise eine Rücklage von 18 Milliarden Euro zur Verfügung gestanden hätte. Für 2012 erwartet Weise einen Überschuss der Bundesagentur von einer Milliarde Euro. Kritisch mahnte Weise das Fehlen von Fachkräften in einzelnen Branchen an. Sogenannte MINT-Kräfte (Mathematiker, Ingenieure, Naturwissenschaftler, Techniker) würden fehlen. Sie gelte es auszubilden und im Ausland anzuwerben, bevor Unternehmen aufgrund fehlender Fachkräfte in andere Länder abwandern. Die CDU/CSU-Fraktion wollte wissen, wie Weise die aufgrund des demografischen



Arbeitsagentur-Chef Frank-Jürgen Weise

Wandels erwartete Lücke von sechs Millionen Arbeitskräften 2025 einschätzte. Weise sieht eine schnellere Wiedereingliederung von Müttern und eine längere Beschäftigung von Älteren als wichtige Maßnahmen. „Eine schlimme Verschwendung“ nannte Weise die hohe Quote von Schul- und Studienabbrechern. In diesen drei Punkten läge großes Potenzial, um der demografischen Lücke zu begegnen. Erst im zweiten Schritt empfehle Weise die Anwerbung ausländischer Fachkräfte.

Rot-grüne Reformen Wie sich die rot-grünen Arbeitsmarktreflexion ausgewirkt hätten, wollte die SPD-Fraktion von Weise wissen. Wegen der Arbeitsmarktreflexion stehe Deutschland trotz Krise wirtschaftlich besser da als andere, sagte der Chef der Bundesagentur. Es gäbe aber auch kritische Punkte: Alleinerziehende Frauen hätten durch die Reformen gewonnen und eine bessere Absi-

cherung, Doppelverdiener, die in Arbeitslosigkeit kommen, hätten jedoch das große Risiko, nach einem Jahr „sehr weit nach unten zu fallen“. In der Summe seien die Reformen aber gelungen, sagte Weise. Die FDP-Fraktion fragte Weise nach den arbeitslos gewordenen Schlecker-Angestellten. Von 11.200 arbeitslos gewordenen Mitarbeitern seien 2.340 bei der BA bereits wieder abgemeldet, hätten also eine neue Arbeit gefunden oder würden vom Schlecker-Konzern weiterbeschäftigt. 2.200 seien in Arbeitsmaßnahmen. Insgesamt sei ein Fünftel der Schlecker-Angestellten bereits nach vier Wochen aus der Arbeitslosigkeit wieder abgemeldet worden, zog der BA-Chef eine positive Bilanz. Angesichts der vielen Arbeitskräfte aus kriselnden europäischen Nachbarländern, die man in den großen deutschen Städten sehen würde, wollte die Fraktion der Grünen wissen, wie sich das auf den deutschen Arbeitsmarkt auswirke. „Ich sehe nicht, dass viele Arbeitskräfte aus Europa zu uns kommen“, entgegnete Weise. Weder aus Spanien, Portugal oder Griechenland, noch aus Osteuropa. Deutschland sei „beim Zuzug ausländischer Arbeitskräfte hinten dran“. Die Gutsausgebildeten würden wegen der englischen Sprache eher in angelsächsische Länder gehen.

Die Fraktion Die Linke wollte von Weise wissen, ob durch die Arbeitsmarktreflexion Leiharbeit und Mini-Jobs zugenommen hätten. „Die Zahl der unbefristeten, ordentlich bezahlten Vollzeit-Stellen ist stabil geblieben“, sagte Weise. Unerwartet hohe Zuwächse in den letzten zehn Jahren habe es aber bei „atypischen Beschäftigungsverhältnissen“ gegeben, die „tendenziell befristet, in Teilzeit und im Bereich der Dienstleistung“ seien. In Summe führe dies dazu, dass so viel Beschäftigte wie noch nie in Deutschland eine Arbeit hätten. *Martin Lassak*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

»Basiskonto« für jedermann kommt

FINANZEN Die Bundesregierung soll sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass den Bürgern der Zugang zu einem Basiskonto ermöglicht wird, für das die Kreditinstitute aber angemessene Gebühren für die Kontoführung verlangen können. Der Finanzausschuss beschloss am Mittwoch einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen (17/9398). „Kontlosigkeit schränkt die Betroffenen in ihrer wirtschaftlichen Handlungsfreiheit ein“, heißt es in dem von den drei Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnten Antrag. Zugleich sollen die Kreditinstitute gesetzlich verpflichtet werden, bei Ablehnung einer Kontoeröffnung dies den Verbrauchern schriftlich mitzuteilen mit dem Hinweis, dass sie ein kostenloses Schlichtungsverfahren beantragen können. Ein Sprecher der Unionsfraktion wies Forderungen der Opposition nach einer nationalen gesetzlichen Regelung für ein „Girokonto für jedermann“ zurück. Einen Vorgriff auf die geplan-

te Brüsseler Regelung werde es nicht geben. Die FDP-Fraktion setzte auf freiwillige Maßnahmen wie das Schlichtungsverfahren. Die SPD-Fraktion verlangte, jetzt das Girokonto für jedermann zuzuschaffen und nicht auf Europa zu warten. Seit 1995 gebe es eine unerträgliche Situation, die endlich geändert werden müsse. Bei dem Antrag der Koalition handele es sich nur um „weiße Salbe“. Auch für die Linken bringe der Antrag der Koalition den Betroffenen zu wenig. Andere Länder wie Frankreich hätten eine gesetzliche Regelung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte, die Selbstverpflichtung der Kreditwirtschaft, ein Girokonto für jedermann anzubieten, habe nicht funktioniert. Mit der Mehrheit der Koalition wurden drei Anträge der Oppositionsfraktionen SPD (17/7823), Die Linke (17/8141) und Bündnis 90/Die Grünen (17/7954) abgelehnt, in denen das Recht auf ein Guthabenkonto beziehungsweise die gesetzliche Verankerung des Girokontos für jedermann verlangt werden. *hle*

Regulierung von Rohstoffderivaten

FINANZEN Rohstoffderivatemärkte und Hochfrequenzhandel sollen reguliert werden. Der Finanzausschuss stimmte am Mittwoch einem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU- und FDP-Fraktion (17/8882) zu. Während sich die SPD-Fraktion der Stimme enthielt, lehnten Linkenfraktion und Bündnis 90/Die Grünen den Antrag der Koalition ab. Nach dem Antrag der Koalition sollen alle Hochfrequenzhändler, die in Millisekunden Wertpapiere kaufen und verkaufen und damit erhebliche Preisschwankungen auslösen können, der Marktaufsicht unterstellt werden. Der Handel mit Rohstoffderivaten soll schärfer überwacht werden. Bei Fehlentwicklungen sollen Gegenmaßnahmen wie die Begrenzung der Positionen einzelner Händler an den Börsen möglich sein. Unions- und FDP-Fraktion weisen darauf

hin, dass an den weltweiten Rohstoffmärkten seit einigen Jahren erhebliche Preisschwankungen zu verzeichnen sind. Gleichzeitig würden Rohstofftermingeschäfte eine immer wichtigere Rolle spielen. Neben dem Einsatz der Rohstofftermingeschäfte zur Absicherung von Preisrisiken lasse sich eine zunehmende Aktivität von Finanzinvestoren an den globalen Rohstoffterminkonten feststellen. Bei der Regulierung sei aber im Blick zu behalten, dass Rohstoffderivate eine wichtige Rolle bei der Absicherung der Realwirtschaft gegen Preisrisiken spielen würden, argumentieren Unions- und FDP-Fraktion. Um Fehlentwicklungen auf den Agrarmärkten möglichst frühzeitig vorzubeugen, soll untersucht werden, ob für Agrarprodukte zusätzliche Regulierungsvorgaben erforderlich sind. *hle*

Opposition warnt vor Atomförderung

WIRTSCHAFT Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat am Mittwoch einen Antrag der SPD-Fraktion (17/9554) mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP zurückgewiesen, mit dem jede Subventionierung neuer oder vorhandener Atomkraftwerke in der Europäischen Union unterbunden werden sollte. Die SPD-Fraktion hatte auf die von der dänischen EU-Ratspräsidentschaft erbetenen Stellungnahmen zum EU-Energiefahrplan bis 2050 verwiesen. Darin hätten sich vier Mitgliedstaaten (Großbritannien, Frankreich, Polen und Tschechien) für eine Gleichstellung der Atomenergie mit erneuerbaren Energien ausgesprochen. Beide Energieformen seien kohlendioxidneutral und damit wichtige Mittel gegen den Klimawandel, zitierte die SPD-Fraktion die Haltung der vier EU-Mitgliedsländer, die deshalb vorgeschlagen hätten, die finanzielle Förderung

des Abbaus der Kohlendioxid-Emissionen technologiefrei erfolgen zu lassen. Ein Sprecher der SPD-Fraktion warnte davor, die Atomenergie zu einer subventionierten Energieerzeugung zu machen. Die CDU/CSU-Fraktion nannte die Stoßrichtung des SPD-Antrages falsch und sprach wie auch die FDP-Fraktion von „Zeitungsenten“, auf die sich die SPD-Fraktion beziehe. Die FDP-Fraktion erklärte, Deutschland sei zwar aus der Kernenergie ausgestiegen, aber müsse zur Kenntnis nehmen, „dass andere das anders sehen“. Für die Linkenfraktion hat die Atomkraft „ausgedient“. Der deutsche Atomausstieg sei ein „leuchtendes Beispiel in der Welt“. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen forderte, die knappen Fördermittel im Energiebereich müssten effizient eingesetzt werden, aber keinesfalls zur Atomförderung. *hle*

EU verbietet Leerverkäufe

FINANZEN Koalition sieht ihre Finanzregulierung als Vorbild

Ab November 2012 sind Leerverkäufe von Aktien und Wertpapieren in der EU verboten. Die Entwicklungen im Verlauf der Finanzkrise hätten deutlich gezeigt, „dass Leerverkaufsverbote notwendig sind, um der Spekulation auf fallende Kurse und dadurch ausgelöste übermäßige Schwankungen von Wertpapierkursen entgegenwirken zu können“, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Hartmut Koschyk (CSU), in einer Wertpapierdebatte des Bundestages am Donnerstag. Solche Leerverkaufsgeschäfte könnten einen sich selbst verschärfenden Kursrutsch auslösen. Die nach deutschem Beispiel gefundene Regelung „schafft Stabilität für die Märkte“. Deutschland habe sich bei der EU-Lösung durchsetzen können. „Wir haben in ganz Europa erfolgreich Überzeugungsarbeit geleistet“, freute sich Koschyk. Auch Björn Sängler (FDP) stellte fest, die Umsetzung des Leerverkaufsverbots in Europa sei ein großer Erfolg der christlich-

liberalen Koalition. Er sprach von einem „guten Tag für Deutschland“. Dagegen verwies die Redner der Opposition auf Defizite in der Finanzmarktregulierung. „Wir brauchen an vielen Stellen Situationen, wo Deutschland mit seinen Vorschlägen vorangeht“, kritisierte Carsten Sieling (SPD). Die Umsetzung der europäischen Regelung müsse deutlich nachgebessert werden, „damit diese in der Tat gefährlichen Leerverkäufe wirksam ausgeschlossen werden“. Harald Koch (Die Linke) kritisierte die Bundesregierung, weil sie sogar in der Finanzkrise die Arbeit der Finanzindustrie erleichtere. Der Finanzmarkt sei unterreguliert.

Intransparenz Gerhard Schick (Grüne) wies auf einen anderen Aspekt hin: 2006 habe es 80.000 Derivate gegeben, heute seien es über 800.000. Viele Angebote seien unverständlich, so dass Anleger oft fast ihr gesamtes eingesetztes Kapital verloren hätten. Es sei „richtig, intransparente Produkte zu verbieten“. An dieser Stelle im Finanzmarkt müsse „endlich aufgeräumt werden“. Der von der Bundesregierung eingebrachte Gesetzentwurf zu Leerverkäufen (17/9665) wurde an die Ausschüsse überwiesen. Mit dem Entwurf werden eine Reihe von Vorschriften im Wertpapierhandelsgesetz, wie beispielsweise das nationale Leerverkaufsverbot sowie das Verbot bestimmter Kreditderivate, aufgehoben, weil sie von der neuen EU-Vorschrift „weitgehend verdrängt“ werden. *hle*



Finanz-Staatssekretär Hartmut Koschyk (CSU)



Erneuerbare Energien sind zwar sauber, aber nicht unbedingt schön anzusehen. Windräder und Starkstrommasten sorgen vielerorts bei Bürgern und Gemeinden für Ärger.

Energiewende ja, aber...

UMWELT Ein knappes Jahr nach dem Beschluss des Atomausstieg gibt es noch immer viele Baustellen. Ein Streifzug

egal, in welche Himmelsrichtung man die Bundeshauptstadt verlässt: Auf jeder Strecke werden Vorboten der Energiewende sichtbar. Nahe der Autobahn von Berlin nach Hannover etwa sticht eine Bioenergieanlage an einem Dorfrand ins Auge. Ebenso Windparks, zum Beispiel nahe der Magdeburger Börde und an der A 9 Richtung Süden. Allerdings fällt auf, dass so manches Windrad stillsteht: Noch immer kommt der Netzausbau kaum voran, sind Einspeisung und Stromtransport problembehaftet. Weitere Hochspannungsleitungen wären von Nöten, doch vielerorts protestieren Bürger und Gemeinden. Sie sehen sich nicht als Gewinner der Energiewende, wenn gigantische Strommasten quasi vor der Haustür zu stehen drohen. Und Erdleitungen sind teuer.

Die Meinungen zu möglichen Umwelt- oder Gesundheitsschäden gehen auseinander, scheinen nach wissenschaftlicher Mehrheitsmeinung unbegründet. Schön sind die Masten trotzdem nicht. Längst haben Architekten das Problem erkannt, erstellen Designstudien zu „organischen Formen“, die wie futuristische Skulpturen anmuten. Andere entwerfen gar Menschenriesen aus Stahl, die die Leitungen tragen. Unsichtbar werden die Masten trotzdem nicht und für Politik, Wirtschaft und Bürger sind sie nicht das einzige Problem, das die Energiewende mit sich bringt.

Ende Mai vergangenen Jahres hatte sich die Regierungskoalition nach der Katastrophe von Fukushima darauf geeinigt, alle deutschen Kernkraftwerke bis 2022 abzuschalten. Einen Monat später, am 30. Juni 2011, stimmten auch der Bundestag und kurz später der Bundesrat den entsprechenden Gesetzesänderungen mit großer Mehrheit zu. Der Atomausstieg war beschlossen.

dert, Tourismusbehörden gegen Windparks und die Solarindustrie gegen vorgezogene Kürzungen protestiert, so standen an diesem Tag vor allem die südlichen Bundesländer im Mittelpunkt. Sie fordern unter anderem eine autonome Handhabung der Förderung von Gaskraftwerken, denn sie fürchten den Verlust ihrer Unabhängigkeit in der Energieversorgung.

Debüt des Ministers Somit war der Termin, den die bayerische Vertretung in Berlin am gleichen Abend für ihre Veranstaltung „Energie: Impulse aus Bayern“ gewählt hatte, gut gewählt. Stargast war der „Neue“, Peter Altmaier. Es sei kein schweres, sondern ein „schönes Erbe“, das er antrete, werte dieser seine neue Aufgabe und die Hinterlassenschaften von Amtsvorgänger Norbert Röttgen. Ein Jahr nach dem Beschluss des Atomausstiegs sei bereits „einiges erreicht“, es hapere lediglich an der Koordination. Die Energiewende sei „eine der größten Herausforderungen für den Standort Deutschland“. Am Morgen erst war Altmaier im Amt vereidigt worden, am Abend saß er bereits auf dem Podium. Die Veranstaltung war Wochen im voraus angekündigt, damals stand noch Röttgen auf der Rednerliste. Doch die Bayern und der Bundesminister präsentierten sich flexibel, und so stellte sich der Neue anschließend mit einem grauen Biersidel in der Hand bereitwillig den Fragen von Journalisten. Schließlich sei die Energiewende vielen Deutschen eine „Herzenssache“. Bevor zünftige bayeri-

»Es ist kein schweres Erbe, sondern ein schönes Erbe, das ich antrete.«

Peter Altmaier (CDU), Bundesumweltminister

schne Kost wie Brez'n und Leberkäs' gerecht wurden, hatte Altmaier auf dem Podium unter anderem mit seinem bayerischen Amtskollegen Marcel Huber (CSU) und dem als „Allgäuer Windkraftpapst“ präsentierten Wendelin Einsiedler diskutiert. Schon 1996 hatte der einen Windkraftpark errichtet.

Für seinen Wahlkreis „Oberallgäu“ sitzt der FDP-Abgeordnete Stephan Thomae im Bundestag. An diesem Abend war er auch zugegen. Einsiedler kenne er seit langer Zeit, sagte Thomae, nicht ohne ein wenig Stolz in der Stimme. Die Energiewende erfülle sich „nicht mit einem Daumenschnipsen“. Die Bürger müssten aktiv mitwirken. Passend dazu empfiehlt das Freiburger Öko-Institut e.V. den Verbrauchern, ihre ganz persönliche Energiewende zu vollziehen, Strom und Wasser zu sparen und das Auto möglichst häufig gegen das Fahrrad tauschen. Das trifft auch den Tenor von Altmaiers Bild der Energiewende, die allumfassend sein solle.

Neue Prägung Mindestens das Bild vom Windrad haben die erneuerbaren Energien im kollektiven Gedächtnis der Republik verändert. Wer denkt, wenn er das Wort „Windrad“ hört, nicht an eben einen solchen Giganten in der Farbe „Durchschnittshimmelgrau“, wie sie im Fachjargon heißt. Kaum jemand assoziiert hier noch die kleinen Papier-Windräder, die fast jeder in Kindergarten oder Schule gebastelt hat. Die gibt es immer noch, doch längst sind wohl die zur Energiegewinnung errichteten Windräder in der Überzahl gegenüber den kleinen traditionellen Modell-Pendants, die noch in so manchem Blumenkasten auf den Dörfern und in den Vorstädten des Landes stecken. Verständlich, dass die Opposition die „Umsetzungsschwächen“ bei dem ehrgeizigen Energiewende-Projekt für sich nutzen will. Matthias Miersch, SPD-Abgeordneter und Mitglied im Umweltausschuss, ist einer von denen, die derzeit kräftig den Finger in die Wunder legen. „Außer gegenseitiger Blockade und katastrophaler energiepolitischer Fehlentscheidungen hat Schwarz-Gelb in der Bilanz zur Umsetzung der Energiewende nichts vorzuweisen“, wettet er. Und die Ausschussvorsitzende, Eva Bulling-Schröter (Die Linke), erklärt, dass die Bundesregierung „nicht in der Lage“ sei, „die energie-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen.“ Der Grünen-Abgeordnete Hermann E. Ott ergänzt, dass die Kanzlerin die Energiewende „endlich zur Chefsache erklären und vom Kanzleramt aus koordinieren“ müsse. Sonst habe auch der neue Umweltminister gegen Wirtschaftsminister Rösler keine Chance.

Für die Regierungskoalition äußert sich Georg Nüßlein (CDU/CSU), ebenfalls Mitglied im Umweltausschuss des Bundestags:

„Die Energiewende ist ein dynamischer Prozess, der nicht in einem Jahr vollzogen werden kann.“

Seit den Gesetzesnovellen zu Atomausstieg und Energiewende hat die Wochenzeitung „Das Parlament“ immer wieder von den Fortschritten der Umsetzung berichtet. So zum Beispiel aus der Bioenergie-Region Südniedersachsen. Im Dörfchen Verliehausen wurde Mitte 2011 eine Biogasanlage errichtet. Die Leitungen mussten zu jedem Haus verlegt werden; Straßen wurden aufgerissen, doch die Verliehäuser zeigten sich optimistisch. Der Eingriff hat zwar kaum sichtbare Spuren hinterlassen. Doch die Energieversorgung läuft schleppend an. Im Winter mussten die Bewohner ihre alten Anlagen

reaktivieren und mit Öl oder Holz nachheizen. Ursache war ein Defekt an einer Silo-Abdeckung: Sie konnte der Kälte nicht standhalten. Hinzu kamen finanzielle Probleme: Die Behörden seien unterbesetzt gewesen; sie hätten Anträge nicht schnell genug bearbeitet, heißt es. Ihre alten Ölheizungen wollen die meisten hier nun auch in Zukunft behalten, um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein. Ein Trost: Auch in Jühnde, dem Vorreiterdorf in Sachen Bioenergie nahe Göttingen, hat es zwei Jahre gedauert, bis alles funktionierte. Bei derzeit sommerlichen Temperaturen geben sich die Verliehäuser gelassen. Philipp Vohrer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien, spricht von einer Aufbruchstim-

mung „auf allen Ebenen in Ländern, Kommunen und Unternehmen“. 7.100 Biogasanlagen haben seiner Agentur zufolge bis Ende 2011 hierzulande Strom produziert. Ihre Leistungsfähigkeit reiche bereits aus, um zwei Atomkraftwerke zu ersetzen. Folglich würde es etwa 60.000 Biogasanlagen brauchen, um die gesamte Republik mit Strom zu versorgen. Das wären allerdings mehr, als die omnipräsenten Lebensmittel-discounter in ganz Deutschland an Filialen unterhalten. Daher soll die Energiewende mit einem Mix verschiedener Energieträger gelingen. Die Umsetzung wird kaum von einzelnen abhängig sein, sondern vom Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft – und den Bürgern. Verena Renneberg

Politikwechsel in der Diskussion

AKTUELLE STUNDE Seit dem Atomausstieg sieht die Opposition nur noch Stillstand

Mit Lob hatte die Opposition den bisherigen Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) bislang nicht überhäuft. Nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am 16. Mai seine Entlassung angekündigt hatte, machte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aber den Wechsel an der Spitze des Umweltministeriums am vergangenen Donnerstag zum Thema einer Aktuellen Stunde. Dabei ging es weniger um Röttgen als um die Frage, wie handlungsfähig die Regierung noch ist. Gleichzeitig stritten die Abgeordneten aber auch über ein weiteres Thema: den Erfolg der Energiewende. Nachdem der Fraktionschef von Bündnis 90/Die Grünen, Jürgen Trittin, der Kanzlerin mangelnde Autorität vorgeworfen hatte, konstatierte seine Fraktionskollegin Bärbel Höhn, dass die Energiewende, „die vor einem Jahr beschlossen worden ist, grandios an die Wand gefahren worden ist“. Als Beispiele nannte sie die Solarwirtschaft, die durch „rücksichtslose und übertriebene Kürzungen“ an den Rand des Ruins getrieben worden sei. Auch der mangelnde Fortschritt bei der Errichtung neuer Windparks und dem Ausbau von Speichern und Netzen gingen auf das Konto der Regierung. Wenn nach einem Jahr noch keine Beschlüsse gefasst und nur weitere Gespräche vereinbart worden seien, „dann ist das zu wenig“, erklärte Höhn mit Blick auf den Energiepfel zwischen Bund und Ländern, der einen Tag zuvor im Kanzleramt getagt hatte.



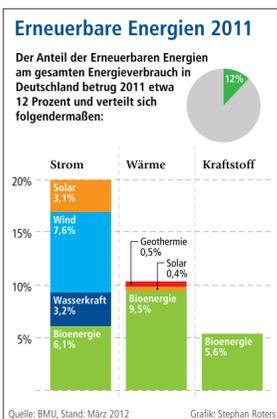
Peter Altmaier ist neuer Umweltminister

habt, die von Rot-Grün eingeleitete Energiewende tatsächlich fortzuführen. „Aber was hat sie gemacht?“, fragte er. Merkel habe eine 180-Grad-Wende vollzogen „und damit das Schiff in schwieriges Fahrwasser gebracht“.

Die Vorsitzende des Umweltausschusses im Bundestag, Eva-Bulling-Schröter (Die Linke) sprach nach dem Wechsel im Bundesumweltministerium mit Blick auf die notwendige Einarbeitungszeit des neuen Ministers von einem „Stillstand“ in der Energiepolitik. Um die „Knackpunkte“ der Energiepolitik etwa beim Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG), dem Emissionshandel, der Netzarchitektur oder dem Speicherausbau zu begreifen, bedürfe es einer gewissen Anlaufzeit, sagte Bulling-Schröter. Sie plädierte für eine soziale Energiewende in Deutschland.

Mit einem ganz anderen Blick sieht die Union auf die Energiewende. „Wir haben für die Umsetzung unserer Energiewende einen sehr konkreten Fahrplan für jedes der definierten Handlungsfelder“, gab Marie-Luise Dött (CDU) deutlich zu verstehen. Es sei aber gerade die Opposition, die jetzt endlich Verantwortung übernehmen müsse. Es reiche nicht aus, die Bundesregierung ständig zu kritisieren, ohne eigene Vorschläge einzubringen. Es reiche nicht, die Energieeffizienz zu fordern und gleichzeitig im Bundesrat die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung zu blockieren. „Sie können nicht ständig den Ball ins Aus schießen und sich anschließend über Spielverzögerungen beschweren“, sagte Marie-Luise Dött. Es sei daher gerade diese Blockadepolitik, die einen Zeitverzug beim Umbau der Energieversorgung mit sich bringe und unnötig hohe Energiekosten verursache.

Wirkliche Umsetzung Michael Kauch (FDP) wies darauf hin, dass es die Regierung gewesen sei, die die Energiewende beschlossen habe. „Wir haben das beschlossen, wovon Sie geredet haben“, sagte er zur Opposition. Dabei würde die Regierung nicht nur auf die Kosten schauen, sondern auch auf die Versorgungssicherheit achten. Wie die CDU/CSU, dankte auch die FDP dem scheidenden Umweltminister Norbert Röttgen. Man freue sich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Umweltminister Peter Altmaier (CDU), sagte Michael Kauch. Altmaier habe im Parlament gezeigt, dass er „Interessen zusammenführen, Meinungen bündeln und zu Ergebnissen kommen kann. Genau das brauchen wir jetzt für die Energiewende.“ Annette Sach





Kampf um jeden Sitz

FRANKREICH Im Juni werden die 577 Abgeordneten der Nationalversammlung gewählt. Präsident François Hollande hofft auf einen Linksrutsch – Umfragen bestätigen ihn

Der Front Nationale ist erneut ein Hauptthema der Wahlen: In Hénin-Beaumont liefern sich Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon (Front de gauche) ein Kopf-an-Kopf-Rennen.

Wer bei den Parlamentswahlen am 10. und 17. Juni in der Wählergunst durchfällt, darf nicht Minister bleiben. Das ist die harte Regel, die der neue französische Premierminister Jean-Marc Ayrault gleich beim ersten Ministerrat den Regierungsmitgliedern in Erinnerung gerufen hat. Dass Mitglieder des Ministerkabinetts sich so bei der Wahl der Abgeordneten in die Assemblée nationale freiwillig der Vertrauensfrage stellen, ist bereits eine Tradition in Frankreich. Die Bestätigung durch die Stimmbürger in einem der 577 Wahlkreise der Republik verleiht den Repräsentanten eine demokratische Legitimität – auch wenn sie als Regierungsmitglieder natürlich nicht gleichzeitig im Parlament sitzen können. Sie überlassen das Mandat im Fall ihrer Wahl automatisch ihren Stellvertretern, können aber den für sie warm gehaltenen Abgeordnetensitz selbst übernehmen, falls sie eines Tages aus der Exekutive demissionieren. Darum ist eine solche Kandidatur für die Minister nicht nur eine reine Prestigefrage, um zu zeigen, wie gut sie lokal politisch verankert sind. Ayrault selbst kandidiert gefahrlos in seiner westfranzösischen Hochburg Nantes. Einige seiner erst gerade nominierten Minister dagegen gehen mit ihrer Kandidatur auf Ganze. Landwirtschaftsminister Stéphane Le Foll beispielsweise tritt im ehemaligen Wahlkreis des früheren konservativen Premierministers François Fillon an. Kulturministerin Aurélie Filippetti bewirbt sich mit dem Optimismus der Kühnen im lothringischen Departement Moselle in einem Kreis,

wo bisher immer mehrheitlich rechts gewählt wurde. Während diese beiden immerhin eine gewisse Bekanntheit in die Waagschale werfen können, ist das Unterfangen für weniger prominente Regierungsmitglieder eher gewagt. Sie sitzen damit auf einem Schleudersitz. Die junge Regierungssprecherin und Frauenministerin Najat Vallaud-Belkacem zog es darum vorsichtshalber vor, auf ihren ziemlich aussichtslos scheinenden Kampf um einen Deputiertenposten in Lyon zu verzichten. Justizministerin Christiane Taubira erklärte, sie sei in Guyana bereits oft genug gewählt worden und wolle jetzt ihren bisherigen Sitz dem Nachwuchs überlassen.

Schwierige Parität Obwohl das Gesetz die Parteien unter Androhung von Geldstrafen verpflichtet, beide Geschlechter paritätisch zu berücksichtigen, sind auch dieses Mal nur 40 Prozent der Kandidierenden Frauen. In der bisherigen Nationalversammlung betrug der Frauenanteil nur 18,5 Prozent. Während die Sozialisten mit 49,5 Prozent Bewerberinnen die vorgeschriebene Quote erreichen, hat die konservative UMP andere Prioritäten und bezahlt dafür lieber saftige Geldstrafen. Parteichef Jean-François Copé plädiert „mit Bedauern schuldig“ für diesen Affront. Da die UMP aus strategischen Gründen den bisherigen und hauptsächlich männlichen Abgeordneten Vorrang einräumt, seien halt am Ende wieder weniger als 30 Prozent Frauen zum Zuge gekommen. Diese Parlamentswahlen, die nur einen Monat nach den beiden Durchgängen der Präsidentschaftswahlen angesetzt sind, werden darum in Frankreich wie eine „dritte Runde“ betrachtet. Der neue Staatspräsident hofft natürlich, dabei eine stabile linke

Mehrheit im französischen „Unterhaus“ zu bekommen, die es ihm und seiner Regierung erlauben soll, sein Programm ohne ständiges Veto der Abgeordnetenkammer durchzusetzen. Im Senat verfügt die Staatsführung bereits über eine Mehrheit. Die mit den Grünen und den linken Radikalen verbündeten Sozialisten setzen darauf, dass der Schwung der Präsidentschaftswahlen anhalten wird. Bisherige Umfragen berechtigen sie zu Optimismus.

Keine Allianz mit dem FN Wie schon als Präsidentschaftskandidat versteht es Jean-Luc Mélenchon von der Front de Gauche (Kommunisten und Linkspartei), das Medieninteresse auf sich zu ziehen. Er liefert

FAKTEN

- > Die **Assemblée nationale** gibt es seit der Französischen Revolution. Sie ist die erste Kammer des französischen Parlaments. Die zweite ist der Senat.
- > Die **Abgeordneten** werden nach dem Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen für fünf Jahre gewählt. Die Nationalversammlung hat 577 Sitze, entsprechend den 577 Wahlkreisen in Kontinentalfrankreich und Übersee.
- > **Zu den wichtigsten Aufgaben** gehören die Verabschiedung von Gesetzen und die Kontrolle der Regierungsarbeit. Zudem hat die Nationalversammlung das Recht, Gesetze vorzuschlagen.

der Parteichefin des Front National (FN), Marine Le Pen, in deren Bastion Hénin-Beaumont ein direktes Wahlduell. Laut einer ersten Umfrage liegt die FN-Chefin zwar im ersten Durchgang mit mehr als 30 Prozent an der Spitze, doch im zweiten Durchgang gilt Mélenchon als Favorit. Einmal mehr dürfte es jedoch dem FN gelingen, zum Hauptthema der Wahlanalysen zu werden. Nach einer zuletzt sehr rechtslastigen Kampagne von Ex-Präsident Sarkozy ist es für dessen Sympathisanten nämlich oft unverständlich, warum seine Partei jetzt nicht mit Le Pen gegen Sozialisten, Grüne oder Kommunisten gemeinsam Front macht. Grundsätzlich lehnt die UMP weiterhin jede Allianz und Absprache mit dem FN ab. Die Prinzipientreue könnte sie indes zahlreiche Sitze kosten. In mehr als hundert Wahlkreisen dürfte der FN zudem in die Stichrunde gelangen und auch ohne offizielle Unterstützung durch die UMP mehrere Sitze in einer Kammer erringen, in der sie trotz ihres Stimmenanteils bisher nicht vertreten war. Denn beim strikten Mehrheitswahlsystem, bei dem nur ein Sitz pro Wahlkreis zu vergeben ist, haben Kandidaten, die nicht wenigstens in der Stichwahl vom linken oder rechten Lager unterstützt werden, so gut wie kaum Chancen. Zu Hollands Stichrunde gehört es, einen Teil der Sitze nach dem Verhältnisprinzip für solche stets Zukurzgekommenen zu reservieren. Doch das gilt erst ab 2017. *Rudolf Balmer*

Der Autor ist freier Korrespondent in Paris.

Mehr zu dem Thema unter: www.assemblee-nationale.fr/deutsch

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Die Ukraine im Fokus

MENSCHENRECHTE Der Menschenrechtsausschuss zeigt sich besorgt über die Lage in der Ukraine vor der Fußball-Europameisterschaft. Der Fall Julia Timoschenko stehe exemplarisch für den Zustand von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, hieß es in der Sitzung des Ausschusses am vergangenen Mittwoch. Die Sorge müsse zudem auch anderen Oppositionellen und aus politischen Gründen Inhaftierten gelten. Zuvor hatte ein Vertreter des Bundesinnenministeriums (BMI) berichtet, dass die Bundesregierung die Ukraine weiterhin dazu auffordere, Fortschritte in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unternehmen. Bislang habe die Regierung jedoch noch nicht zu einem politischen Boykott der EM aufgerufen, diese Entscheidung werde kurzfristig im Lichte der aktuellen Entwicklungen fallen. Von welchen Kriterien diese Entscheidung abhängen, fragte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Zudem wollte sie wissen, inwieweit das BMI einen kritischen Dialog zwischen den Sportverbänden und den Gastgebern fördere. Auch die SPD-Fraktion erkundigte sich nach dem Verhalten der Bundesregierung in Bezug auf die Fußball-EM. Sie wollte wissen, ob die Entscheidung der Europäischen Kommission,

den Spielen in der Ukraine fernzubleiben, Auswirkungen auf die Regierung habe. Es sei erfreulich, dass die Kommission sich klar geäußert habe, betonten die SPD-Vertreter. Die CDU/CSU-Fraktion erklärte, dass der „Name Timoschenko nicht für sich allein“ stehe, sondern für den Umgang mit der Opposition insgesamt. Sie wollte wissen, welche Informationen der Bundesregierung hinsichtlich dieser Personengruppe vorlägen, etwa wie viele von ihnen ebenfalls inhaftiert seien. Dieser Frage schloss sich auch die SPD-Fraktion an, die wissen wollte, welche Kontakte die Bundesregierung zu weiteren „möglichen Opfern politischer Gewalt“ habe. Es müsse darauf geachtet werden, dass die Aufmerksamkeit nicht nachlasse, sobald Julia Timoschenko eines Tages frei gekommen sei, mahnte die FDP-Fraktion. Sie wies außerdem darauf hin, dass die Fußball-EM nicht das einzige sportliche oder nicht-sportliche Großereignis in einem Land sei, in dem sich die Menschenrechtslage problematisch darstelle. Als Beispiel nannte sie die Eishockey-WM in Weißrussland und die olympischen Spiele in China. „Diese Ereignisse sind immer auch eine PR-Maßnahme für das Regime“, ergänzte die Grünen-Fraktion kurz darauf. *tyh*

Private Entwicklungshilfe verlangt

ZUSAMMENARBEIT Die Koalitionsfraktionen wollen die Kooperation zwischen Entwicklungspolitik und Privatwirtschaft ausbauen. Ein gemeinsamer Antrag von Union und FDP (17/9423) wurde vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen angenommen. „Ohne die Finanzkraft der Privatwirtschaft sind die globalen Entwicklungsziele nicht zu erreichen“, betonte ein Vertreter der Union. Dieser Aspekt sei von den Vorgängerregierungen oft „sträflich vernachlässigt“ worden. Als wichtigsten Punkte des Antrags hob der Abgeordnete einen intensiveren Austausch mit den Kammern und Wirtschaftsverbänden in Deutschland und den Ausbau von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) insbesondere mit kleinen und mittleren Unternehmen hervor. Ein Vertreter der FDP-Fraktion sagte, dass kleine und mittlere Unternehmen vor allem langfristige Ziele verfolgen würden. Sie würden nicht wie Investoren aus China in Entwicklungsländern auftreten, um dort die Märkte mit ihren Produkten zu überschwemmen und abzukassieren. Die Oppositionsfraktionen kritisierten, dass der Antrag die Rolle der Privatwirtschaft schönfär-

ben und eher auf die Außenwirtschaftsförderung zielen würde. So stellte ein Vertreter der Fraktion Die Linke die Vorstellung infrage, dass die Interessen von Union und FDP (17/9423) und privaten Unternehmen deckungsgleich seien. Bei den wichtigsten Problemfeldern – etwa bei Bildung, Gesundheit, Wasser – lockten in Entwicklungsländern kaum Gewinnaussichten. Eine Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nannte den Antrag „schwach, weil er die Lage in Entwicklungsländern nicht problematisiert“. So fänden sich darin keinerlei Forderungen an die Unternehmen, Sozial- und Umweltsstandards einzuhalten. Die steigende Beteiligung der Privatwirtschaft, die sich Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) auf die Fahnen schreibe, sei zudem „viel Bohei“. Bei näherer Betrachtung zeige sich, dass deutsche Unternehmen bevorzugt in Schwellenländern investieren, aber kaum in Entwicklungsländern. „Es ist keineswegs so, dass deutsche Unternehmen immer die Vorzeigunternehmen in Entwicklungsländern sind“, ergänzte der Sprecher der SPD-Fraktion. Umso unverständlicher sei, dass der Antrag von Union und FDP kein Wort über Sozial- und Umweltsstandards, Frauen- und Menschenrechte verliere. *ahel*

Wassermangel soll bekämpft werden

ENTWICKLUNG Der Wassersektor soll als Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ausgebaut werden. Das hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag beschlossen. Grundlage war ein Antrag der Koalitionsfraktionen (17/9153), der sich für Lösungen bei der sich abzeichnenden globalen Wasserknappheit einsetzt. Bereits heute lebten 1,6 Milliarden Menschen mit Wasserknappheit, schreiben die Fraktionen in ihrem Antrag. Bis 2025 werde sich diese Zahl womöglich verdoppeln, über 80 Prozent der dann Betroffenen würden in Entwicklungsländern leben. In ihrem Antrag fordern die Abgeordneten die Bundesregierung zudem dazu auf, beim Rio+20-Prozess dafür einzutreten, wirksame Maßnahmen gegen Wasserknappheit zu vereinbaren und beim IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) und UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change) die absehbare Süßwasserknappheit als Folge des Klimawandels bei den notwendigen Anpassungsverfahren verstärkt zu beachten. In den ärmeren Regionen seien die Folgen der Wasserknappheit „häufig verheerend“, sagte Helmut Heiderich (CDU). Deswegen müsse Deutschland nun aktiv werden und Maßnah-

men ergreifen. Dazu seien verstärkte Investitionen in moderne Methoden der Landwirtschaft und eine weltweit effizientere Wassernutzung notwendig, führte die entwicklungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Christiane Ratjen-Damerau, aus. Die knappen Wasser- und Bodenressourcen müssten produktiv und schonend genutzt werden, betonte sie weiter. Die Oppositionsfraktionen lehnten den Antrag ab. Die SPD-Fraktion etwa vermisste das Problem des Water Grabbing und den Bereich industrielle Produktion. „So schön Ihr Antrag in der Beschreibung ist: Wozu helfen nicht“, meinte ihr Entwicklungsexperte Sascha Raabe. Dieser Kritik schlossen sich Grünen an. Die in dem Antrag erwähnten Lösungsvorschläge enthielten „viel moderne Technologie, aber die dahinterstehende Denke basiert auf einer völlig veralteten Technologiegläubigkeit“, konstatierte Uwe Kereritz, Sprecher für Gesundheit in Entwicklungsländern. Niema Movassat (Die Linke) kritisierte, dass der Antrag zu stark auf die Privatwirtschaft setze. Zudem müsse die Wirtschafts- und Lebensweise der Nordhalbkugel, die „zu einem großen Teil für den Wassermangel im Süden verantwortlich ist“, stärker beachtet werden. *ahel/tyh*

Der erste Stein aus der Mauer

UNGARN Bundestagspräsident Norbert Lammert und sein Amtskollege László Kövér erinnern an die Öffnung des Eisernen Vorhangs im Sommer 1989

Es ist ein Schnitt, der die Welt verändert: Als Alois Mock, damals Österreichs Außenminister, und sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn im Juni 1989 den Stacheldraht an der österreichisch-ungarischen Grenze vor Pressefotografen durchtrennen, ist klar: Der Eisenerne Vorhang bekommt Löcher. Das sprach sich auch in der DDR herum, Hunderten Ostdeutschen gelang in diesem Sommer die Flucht über die grüne Grenze in den Westen. Im September schließlich öffnete Ungarn offiziell die Grenzen für DDR-Bürger. An die Epochenwende des Jahres 1989 erinnerte auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) bei einem Treffen mit seinem ungarischen Amtskollegen László Kövér vergangene Woche in Berlin. „Der Beitrag, den Ungarn für die Überwindung der deutschen Teilung und die Wiederherstellung der Einheit Europas geleistet hat, ist nicht nur im

Gedächtnis der Deutschen fest verankert, sondern auch in der Seele unseres Landes“, sagte Lammert. Er erinnerte an einen Satz des früheren Bundeskanzlers Helmut Kohl, der im Rückblick auf das Jahr 1989 mehrfach gesagt hatte: „Der erste Stein aus der Berliner Mauer ist in Ungarn herausgebrochen worden.“ László Kövér sprach von einem „glücklichen Schicksal“, dass sein Land an der Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas einen „entscheidenden Anteil“ haben konnte. Deutschland habe seinerseits sein Land entscheidend unterstützt auf dem Weg nach Europa. Anlass für den Besuch des ungarischen Parlamentspräsidenten in Berlin war das 20-jährige Jubiläum des deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrages. 1992 unterzeichneten der damalige Bundeskanzler Kohl und der ungarische Premier József Antall den gemeinsamen Vertrag „über freundschaftliche

Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa“. Deutschland sicherte damals zu, Ungarns Weg in die EU zu ebnen. Seit 2004 ist das Land Mitglied des europäischen Staatenbündnisses. Dass mit dieser Mitgliedschaft auch Pflichten verbunden sind, hat die seit 2010 mit einer Zweidrittelmehrheit regierende Fidesz-Partei unter Ministerpräsident Viktor Orbán in den vergangenen Monaten häufig zu spüren bekommen. Die Beziehungen zwischen Budapest und Brüssel sind angespannt, mit einer Reihe von Gesetzen hat Fidesz Kritik gegen sich aufgebracht: Der Präsident der ungarischen Medienaufsicht werde direkt vom Regierungschef ernannt, die unabhängige Berichterstattung gefährdet, die neue Verfassung aus dem Jahr 2011 rühre an der Unabhängigkeit von Verfassungsrichtern und Zentralbank – so lauten die Vorwürfe, die auch in Deutschland erhoben worden sind.

Ende April 2012 kündigte die EU-Kommission an, Ungarn vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen. Mit Teilen seiner Gesetze verstoße das Land gegen EU-Verträge, heißt es in Brüssel. Parlamentspräsident László Kövér, 1988 einer der Gründer des „Bundes Junger Demokraten“ (Fidesz), warb beim Festakt in der ungarischen Botschaft in Berlin um Verständnis. Es sei eine „merkwürdige Fratze der Geschichte“, dass Ungarn zwar im Herzen Europas liege, aber in seiner langen Geschichte häufig an die politische Peripherie gedrängt worden sei – wie

im 20. Jahrhundert, als sein Land über Jahrzehnte unter sowjetischer Besatzung gestanden habe.



Norbert Lammert (links) und László Kövér

Ungarn habe nach dem Scheitern der Vorgängerregierung 2010 am Rande der politischen Pleite gestanden, die Aufkündigung des „Pakts mit dem Erbe der Diktatur“ sei unvermeidbar gewesen. Häufig beruhe die Kritik im Ausland an der ungarischen Führung zudem auch auf Missverständnissen. Norbert Lammert erinnerte an den Freundschaftsvertrag: Mit ihm würden „Ansprüche gestellt“ und auch „die Möglichkeit wechselseitiger Nachfragen ausdrücklich eröffnet“. Dies sei nichts anderes als „eine Einlösung des vertraglichen Versprechens, uns gemeinsamen Anstrengungen zu stellen, hinter die wir nicht zurückfallen“, sagte Lammert. Er dankte in diesem Zusammenhang den deutsch-ungarischen Parlamentariergruppen in Berlin und Budapest, die als „Kommunikationsagenturen“ in strittigen Fragen immer wieder die gemeinsame Aussprache suchen würden. *Alexander Heinrich*

KURZ NOTIERT

Antrag zu EU-Fischereipolitik ohne Mehrheit

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist mit ihrem Antrag (17/9399) gescheitert, die EU-Fischereipolitik auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Abgeordneten kritisieren, dass eine hochsubventionierte EU-Fangflotte ohne „substantiell überprüfbare Fangbeschränkungen vor der Küste Westafrikas“ fische. Als „weltgrößter Importmarkt für Fisch und Fischprodukte“ trage die EU eine besondere Verantwortung. Die Koalitionsfraktionen lehnten das Anliegen ab. Neben den Grünen stimmten die Fraktionen von SPD und Die Linke für die Initiative. *aha* ■

Abrüstungsinitiative zum »Erdgipfel« Rio+20

Die Linke setzt sich für „globale Gerechtigkeit statt grünen Kapitalismus“ ein. In einem Antrag (17/9732) fordern die Abgeordneten die Bundesregierung unter anderem auf, bei der UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro im Juni (Rio+20) für eine „umfassende Abrüstungsinitiative“ und eine „Umwidmung von Rüstungsetats zugunsten der Bekämpfung von Hunger und Armut“ einzutreten. *aha* ■

Linke will Militäraktion gegen Iran ausschließen

Deutschland soll erklären, dass es sich nicht an einer militärischen Aktion gegen den Iran beteiligen wird. Wie aus einem Antrag der Fraktion Die Linke (17/9065) weiter hervor geht, soll dies auch für die Einräumung von Überflugrechten gelten. Deutschland solle zudem ein Veto gegen eine Beteiligung der Nato einlegen, fordert die Linke. Der Antrag wurde vergangene Woche in die zuständigen Ausschüsse überwiesen. *bob* ■

Stabilisierung von Sudan und Südsudan

Sudan und Südsudan zu stabilisieren, ist Ziel eines Antrages der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/9747). Demnach soll der Bundestag eine Anfang des Monats gefasste Resolution der Vereinten Nationen begrüßen. In ihr fordert das Gremium die sofortige Einstellung sämtlicher Kampfhandlungen, einen kompletten Truppenrückzug und die Beendigung der Unterstützung von bewaffneten Rebellengruppen durch die Konfliktparteien. Gegenüber beiden Regierungen sowie allen Rebellengruppen soll ein „mit Nachdruck“ eine „vollständige und konstruktive Befolgung“ einzufordern. *bob* ■

SPD will transatlantische Beziehung stärken

Die Nato, das politische und militärische Bündnis des Westens, wird militärisch an Bedeutung verlieren. Davon geht die SPD in einem Antrag (17/9728) aus und fordert, die transatlantischen Beziehungen neu zu beleben. Nach Ansicht der Sozialdemokraten muss die Ausrichtung der US-Außenpolitik auf den asiatisch-pazifischen Raum als Chance genutzt werden, um mit einer europäischen Außenpolitik einen Beitrag dazu zu leisten, dass auch in dieser Region die Politik der Kooperation Vorrang bekommt vor einer Politik der Konfrontation. *bob* ■



Schicksalswahl nicht nur für Griechenland: Die europäischen Kreditgeber wollen die Hilfszahlungen nur weiterführen, wenn sich Griechenland an die getroffenen Abmachungen hält.

Zwischen Euro und Drachme

GRIECHENLAND Bei der Wahl am 17. Juni wird über sehr viel mehr als ein neues Parlament entschieden

Bedächtig schreitet er zum Podium des Fraktionssaales, senkt den Blick, um ihn dann wieder bedeutungsvoll auf die Abgeordneten zu richten. Man könnte meinen, Alexis Tsipras, Chef der griechischen Linkspartei Syriza, hat in den vergangenen Wochen ein Vorbild studiert, dem er offiziell auf keinen Fall nahehefen will: Andreas Papandreu. Der Gründer der sozialistischen Pasok hatte 1981 einen erdrutschartigen Sieg errungen. Die sozialistische Pasok sollte über dreißig Jahre lang im Wechsel mit der konservativen Nea Dimokratia Griechenlands Weg in die EU und die Euro-Zone mitbestimmen, der schließlich in das aktuelle Schuldendasein geführt hat.

Legitimation entzogen Die Linkspartei Syriza ist dabei, die Stelle der Pasok einzunehmen. Die Wahlen vom 6. Mai, bei denen die Pasok mit gerade noch 13,2 Prozent der Stimmen nach Syriza die drittstärkste Partei geworden ist, hätten gezeigt, sagt der Syriza-Abgeordnete von Piräus, Theodoros Dritsas, dass „das Volk dem bisherigen Parteiensystem die Legitimation entzogen hat“. Jetzt geht es darum, die Gefahr einer humanitären Krise als Ergebnis der „barbarischen“ Sparmaßnahmen abzuwenden. Viele Griechen wurden vom Sparkurs hart getroffen: Über eine Million Arbeitslose haben kaum eine Chance, in absehbarer Zeit eine Stelle zu finden. Nach einem Jahr haben sie – ebenso wie insolvente Geschäftsleute – keinen Versicherungsschutz mehr. Sie

können keinen Arzt aufsuchen und ihre kranken Kinder nicht mehr behandeln lassen. Diese immer größer werdenden Bevölkerungsschichten sehen ihre letzte Hoffnung in der Linkspartei. Die Partei vertritt populistische Forderungen: Sie will die Sparprogramme, die sogenannten Memoranden, mit den Kreditgebern von EU, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank aufkündigen, den Schuldendienst einstellen und die Arbeitsmarktreflexionen rückgängig machen. Außerdem verspricht sie, Sondersteuern zurückzahlen und Sozialleistungen aufzustocken. Auf dieses Forderungen gibt es ein harsches Echo aus Europa. Die Kreditgeber haben keinen Zweifel daran gelassen, dass kein Geld mehr fließt, wenn sich Griechenland nicht an die Abmachungen hält. Ohne Hilfskredite ist Griechenland zahlungsunfähig, was zwangsläufig einen Austritt aus dem Euro bedeuten würde. Dennoch beteuert Tsipras immer wieder, Syriza sei eine „zutiefst europäische Kraft“. Keinesfalls wolle die Partei den Euro verlieren. Tsipras pokert damit, dass die Eurozone sich einen griechischen Austritt nicht leisten kann und sieht sich als Lichtgestalt einer Erhebung in ganz Europa gegen konservative Spardiktate. Daher wirbt er zumindest für ein Moratorium, um Griechenland Zeit zu geben, wieder auf die Beine zu kommen. Seine Argumentation ist dabei nicht ganz von der Hand zu weisen: Wenn Griechenland weiter durch einseitiges Sparen in die Rezessionsspirale gerissen wird, werde es seine

Schulden erst recht nicht zurückzahlen können. Dann bestehe die eigentliche Gefahr, dass Griechenland zur Drachme zurückkehren müsse. Ohne Impulse für Aufschwung, ohne ein Investitionsprogramm könne Griechenland

regieren konnte. Abgestraft haben die Wähler die Partei als Teil des alten Politsystems, wohl aber auch dafür, dass Samaras in einer Kehrtwende im vergangenen November schließlich doch das zweite Memorandum mit unterzeichnet hat. Zuvor hatte er sich

gene Partei, die aber am 6. Mai die Drei-Prozent-Hürde nicht nehmen konnte. Daraufhin ist sie nun wieder den Rufen von Samaras gefolgt, der eine „europafreundliche Front“ mit rechtsliberalen Kräften bilden will. „Um die Katastrophe Griechenlands zu verhindern, müssen wir unsere politischen und persönlichen Differenzen beiseite legen“, sagt Bakojanni. Am 17. Juni „geht es um eine Wahl zwischen Euro und Drachme“, schwört Samaras nun seine alten und neuen Mitstreiter ein. „Die Frage als solche ist lächerlich“, meint dagegen der Finanzexperte Dimitris Tsangaris. „Man kann mich auch fragen, ob ich lieber einen Mercedes oder einen Fiat will.“ Die Antwort für die starke und gegen die inflationäre Währung ist und bleibt für 80 Prozent der Griechen unumstritten. „Es geht jetzt darum, ob Griechenland den Euro behalten kann“, sagt Tsangaris. Vor allem darum, wie realistisch die Versprechen sind, die den Griechen bezüglich der Bedingungen gemacht werden, unter denen sie einen Staatsbankrott verhindern können. Sollte der nächste Ministerpräsident nach den Wahlen am 17. Juni aber Alexis Tsipras heißen, wird er wie Andreas Papandreu sehr schnell Rückzieher machen müssen, um dem Land nicht den Geldhahn abzudrehen. Kame es unter ihm zu einem Bankrott, würden ihn die, die ihn jetzt gewählt haben, als erste verdammen. *Corinna Jessen* ■



Noch ist er für viele Griechen ein Hoffnungsträger: Linksparteichef Alexis Tsipras.

nicht aus der Krise geführt werden, darin sind sich inzwischen auch viele Ökonomen einig. Seine Position sei das von Anfang an gewesen, sagt der Konservative Andonis Samaras, dessen Nea Dimokratia mit 18,8 Prozent der Stimmen nicht wie erhofft alleine

dem europäischen Sparkurs mit Blick auf die Wählerschaft verweigert und Abgeordnete aus der Partei ausgeschlossen, die 2010 für das erste Memorandum gestimmt hatten. Wie Dora Bakojanni. Die ehemalige Athener Bürgermeisterin gründete daraufhin ihre ei-

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Athen.

Poker um den Pakt

EUROPA Verfechter strenger Haushaltsdisziplin und Befürworter von Wachstumsimpulsen nähern sich an – in Brüssel und in Berlin

Es ist keine Woche wegweisender Entscheidungen in der Euro-Krise. Und doch zeichnete sich am vergangenen Mittwoch und Donnerstag ab, dass sich die Verfechter einer strengen Sparpolitik und die Fürsprecher für mehr Wachstumsimpulse aufeinander zubewegen – in Brüssel und auch in Berlin. „Die Regierung hat ihre Blockade gegen einen zusätzlichen Wachstums- und Investitionspakt aufgegeben“, sagte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel nach einem Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den Spitzen der im Bundestag vertretenen Parteien am Donnerstag. Ein gemeinsames Ja von Koalition und SPD und Grünen zum Fiskalpak und zum Rettungsschirm ESM noch vor der parlamentarischen Sommerpause ist damit nicht ausgeschlossen. Für die Ratifizierung des Fiskalpaktes ist in Bundestag und Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit nötig. SPD und Grüne machen ihre Zustimmung jedoch von zusätzlichen Wachstumsimpulsen in Krisenstaaten abhängig. Gabriel und Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin fordern etwa einen „Schuldentilgungsfonds“, also den gemeinschaftlichen Abbau von Schulden oberhalb der Marke von 60 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes in den Staaten. Die Bundesregierung bringt andere Instrumente ins Spiel. Am vergangenen Freitag berichtet das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ vorab, dass sie an einem Sechs-Punkte-

Plan für mehr Wachstum in Europa arbeite. Demnach könnten unter anderem mit Sonderwirtschaftszonen in den Krisenstaaten ausländische Investoren mit steuerlichen Vergünstigungen angelockt werden. Bereits am Mittwoch verständigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs bei einem informellen Gipfel in Brüssel auf mehr Wachstumsimpulse. So könnte etwa das Kapital der Europäischen Investitionsbank (EIB) aufgestockt, die EU-Strukturfonds gezielter in Krisenländern eingesetzt und gemeinsame Projekte für konkrete Infrastrukturvorhaben ausgegeben werden. Über Eurobonds, wie vom französischen Präsidenten François Hollande gefordert, bestand keine Einigkeit. „Ich glaube, dass sie kein Beitrag sind, um das Wachstum anzukurbeln“, sagte Merkel.



»Staatsverschuldung ist die geronnene politische Mutlosigkeit.«
Steffen Kampeter (CDU)

Wenige Stunden zuvor zogen am Mittwochmittag im Bundestag die Koalitionsfraktionen in einer von ihr verlangten Aktuellen Stunde zu Eurobonds nochmals eine rote Linie: Solidarität mit Krisenländern ja, aber nur, wenn diese sich mit Strukturrefor-

men anstrengen, um wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Eurobonds, also gemeinsame Staatsanleihen in der Euro-Zone, seien mit der Koalition nicht zu machen. Eurobonds sind auf den ersten Blick verführerisch, auf den zweiten aber „eine gefährliche Droge“, sagte der CDU-Haushaltsexperte Norbert Barthle. Sie stünden für eine Fortsetzung der Verschuldungspolitik, und wohn diese führe, lasse sich derzeit in ganz Europa besichtigen. Der SPD-Haushaltsexperte Carsten Schneider sagte, dass selbst Politiker aus den Koalitionsparteien – wie etwa EU-Energiekommissar Günther Oettinger (CDU) – Eurobonds nicht mehr ausschließen. Schneider sagte aber auch: „Es gibt keine Eurobonds.“ Ohne eine Änderung des Grundgesetzes könne es „keine gemeinsame Haftung für Anleihen anderer Länder geben“. Auch Hermann Otto Solms stellte für die FDP-Fraktion klar, dass der Steuerzahler nicht für Risiken in Anspruch genommen werden könne, die in anderen Staaten entstehen. Hier setze das Grundgesetz klare Schranken. „In Brüssel wird beschlossen: Die Südländer greifen in die Kasse, und Berlin trägt die Kosten. Das lassen wir nicht zu“, sagte Solms.

Richard Pitterle von der Linkspartei sagte: „Wir haften ja bereits über die Europäische Zentralbank, die in erheblichem Umfang Staatsanleihen anderer Staaten aufgekauft hat.“ Die „reine Sparpolitik“ sei gescheitert. Wenn die Investitionen ausblieben, stottere die Wirtschaft und es stiegen – trotz des Sparens – die Schulden.

Starke Regeln Manuel Sarrazin, europapolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, machte sich für eine differenzierte Ausgestaltung von Eurobonds stark. „Preisstabilität und Vermeidung übermäßiger öffentlicher Defizite sind die Grundlage jedes Eurobonds-Konzepts, für das wir uns einsetzen.“ Die Grünen wollten „mit Eurobonds starke Regeln durchsetzen“ und „einen glaubwürdigen Schuldenabbauplan“ vorlegen. Steffen Kampeter (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium, sprach von einer entscheidenden „Weggabelung“, vor der Europa mit dem Fiskalpak jetzt stehe: „Staatsverschuldung ist geronnene politische Mutlosigkeit“ und „eine üble Last für die nachfolgende Generation“, sagte Kampeter. Es gehe darum, Solidarität und Solidität in Europa zu verbinden. Solidarität bedinge jedoch eine „Verhaltensänderung“ – und dazu gehöre, in nationaler Verantwortung die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturrefor-

Anzeige

Auswärtiges Amt

DEUTSCHE PRÄSIDENTSCHAFT 2011-2012

Ausstellung „20 Jahre Ostseerat“

Vielfalt und Chancen – Das Auswärtige Amt präsentiert zusammen mit den Mitgliedsstaaten des Ostseerats das breite Spektrum der Ostseezusammenarbeit.

24. April 2012 bis 22. Juni 2012

Werktags von 10 bis 20 Uhr

im Lichthof des Auswärtigen Amts

Eintritt frei
Werderscher Markt 1 · 10117 Berlin
U-Bahn U2 Hausvogteiplatz oder Spittelmarkt
www.auswaertiges-amt.de



Geleitschutz auf dem Schulweg: Ein albanischer Junge passiert einen Konvoi deutscher und österreichischer Nato-Truppen im Nordkosovo.

Goldstone bleibt, wo er ist

AUSWÄRTIGES Die Koalitionsfraktionen haben am vergangenen Donnerstag einen Antrag der Fraktion Die Linke (17/6339) abgelehnt, den sogenannten Goldstone-Bericht an den internationalen Strafgerichtshof zu überweisen. SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthielt sich. Der Goldstone-Bericht fasst die Ergebnisse einer Untersuchung über den Gazakrieg zwischen israelischen Streitkräften und Mitgliedern der Hamas im Gazastreifen 2008/2009 zusammen. Er wurde im Auftrag des UN-Menschenrechtsrates von der „United Nations Fact Finding Mission on the Gaza Conflict“ unter Federführung des südafrikanischen Richters Richard Goldstone verfasst. Der CDU-Abgeordnete Johann Wadepuhl zeigte sich überzeugt, eine Überweisung an den internationalen Strafgerichtshof sei nicht geboten. Die Bundesregierung habe zu Recht stets betont, dass der UN-Menschenrechtsrat das geeignete Gremium sei. Birgit Homburger (FDP) warf der Linken vor, ihr Antrag sei „unausgewogen“. Günter Glosler (SPD) war die Meinung, es handele sich um einen „Schaufensterantrag“, der in dem Bewusstsein gestellt werde, dass sein Ziel unerreichbar sei. Jerzy Montag (Grüne) teilte diese Ansicht. Annette Groth (Die Linke) zeigte sich überzeugt, dass der „völkerrechtswidrige Angriff“ israelischer Streitkräfte ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gewesen sei. **bob**

Blickpunkt Subsahara

MENSCHENRECHTE Die SPD-Fraktion ist mit ihrem Antrag zur Stärkung der Menschenrechte in Subsahara-Afrika gescheitert. Die Vorlage (17/7370) wurde am Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen von SPD und Grüne abgelehnt. Die SPD hatte die Bundesregierung unter anderem dazu aufgefordert, vorrangig die menschenrechtlichen Ziele ihres Afrika-Konzepts zu verfolgen und auch bei der Umsetzung des Zweiten Aktionsplans der EU-Afrika-Strategie einen besonderen Stellenwert auf die menschenrechtlich relevanten Bereiche zu legen. Zudem sollte die Regierung zur Erreichung der Millenniums-entwicklungsziele beitragen und die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen. Das Afrika der Subsahara müsse „zurück ins Bewusstsein der Öffentlichkeit“, begründete Christoph Strässer (SPD) den Vorstoß. Unterstützung bekam er von den Grünen: „Ich finde es gut, dass die SPD die menschenrechtlichen Aspekte des Afrika-Konzepts stärken möchte“, betonte Ute Koczky. Nach der Vorlage des Konzepts habe sich „enttäuschend“ wenig getan, meinte sie. Die Koalitionsfraktionen sahen das anders. Viele SPD-Forderungen seien bereits im Afrika-Konzept der Bundesregierung und in der EU-Afrika-Strategie enthalten, hieß es. Zudem übersehe der Antrag, „die Wasserproblematik nahezu gänzlich“, kritisierte Frank Heinrich (CDU). Der Antrag werde „den vor uns liegenden Herausforderungen nicht gerecht“, meinte Marina Schuster (FDP). Der Linksfraction ging der Antrag nicht weit genug. Er verkürze die Menschenrechte auf die bürgerlichen Menschenrechte, bemängelte etwa Annette Groth. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte würden nur unzureichend angesprochen. **tyh**

Verlängerung im Kosovo

BALKAN Der Bundestag stimmt für die Fortsetzung des KFOR-Einsatzes

Es ist eine Debatte, die im Lichte des überraschenden Ausgangs der Präsidentschaftswahl in Serbien steht: Der Bundestag hat am vergangenen Freitag die Verlängerung des KFOR-Einsatzes der Bundeswehr im Kosovo beschlossen. In einem Punkt waren die Abgeordneten sich weitgehend einig: Dass nun mit Tomislav Nikolic ein Kandidat mit früher stramm nationaler Ausrichtung ins Amt des serbischen Staatsoberhauptes gewählt worden ist, hat eher mit wirtschaftlichen Verwerfungen zu tun, als mit dem alten serbischen Hader mit dem unabhängigen Kosovo. „Machen wir uns klar“, sagte der FDP-Abgeordnete Rainer Stinner zu Beginn der Debatte, „dass wir bei KFOR mit über 50.000 Soldaten angefangen haben, mittlerweile liegen wir bei circa 5.000 Soldaten.“ Er zeigte sich optimistisch, dass diese Präsenz in den kommenden Jahren weiter verringert werde. „Wir wollen, dass KFOR keine Dauerpräsenz wird“, ergänzte Stinner Koalitionskollege Peter Beyer (CDU). Allerdings erfordere die aktuelle Situation noch die KFOR-Präsenz. Auch die Redner der Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen schlossen sich im Wesentlichen der Argumentation der Koalition an. „Der Kosovo ist nicht der Hinterhof Europas. Der Kosovo ist vielmehr mitten in Europa. Deshalb stimmen wir dem neuen Antrag der Bundesregierung zu“, argumentierte der SPD-Abgeordnete Rainer Arnold. „Das, was wir immer

wieder als Stabilität bezeichnen, wird von vielen Menschen vor Ort auch als Stagnation verstanden“, gab der Grünen-Abgeordnete Omid Nouripour zu bedenken. Der Prozess gehe viel zu langsam voran. Hinsichtlich der Präsidentschaftswahl in Serbien betonte Nouripour, dass ihr Ausgang vielmehr mit der wirtschaftlichen Lage des Landes als mit dem Kosovo zu begründen sei. „Die zentrale Frage ist, wie lange die Menschen in Serbien angesichts der ökonomischen Lage dort akzeptieren, dass quasi aus Folkloregründen eine Milliarde Euro

pro Jahr in den Norden des Kosovo fließt und dass das Einkommensniveau im Norden des Kosovo mittlerweile fünf- bis sechsmal so hoch ist wie in Serbien.“ Die Linksfraction blieb die einzige Fraktion im Bundestag, die gegen die Fortsetzung der deutschen KFOR-Beteiligung stimmte. Ihre Rednerin Inge Höger sagte, der Einsatz im Kosovo werde viele Interventionen der Nato als Menschenrechtsmission darstellt. „In Wirklichkeit geht es um die militärische Absicherung der Machtinteressen von europäischen und nordamerikanischen Eliten. Dazu wird die Linke immer Nein sagen.“

Im Anschluss an die Debatte votierten 486 Abgeordnete in namentlicher Abstimmung für den Antrag der Bundesregierung (17/9505) zur Verlängerung des Einsatzes, 70 stimmten dagegen, acht enthielten sich. Rund 68,2 Millionen Euro wird die deutsche Beteiligung an der Nato-geführten Operation KFOR für weitere zwölf Monate insgesamt kosten. Unverändert sind 1.850 Soldaten der Bundeswehr vorgesehen.

Hindernisse Die einstige serbische Provinz Kosovo, deren Unabhängigkeit Belgrad nicht anerkennen will, gilt als Hindernis auf dem Weg Serbiens nach Europa. Aus Sicht der Bundesregierung sei ganz besonders wichtig, dass Serbien seine ambitionierte Reformagenda fortsetzt, und dass es weiter zu einer Normalisierung der gutnachbarschaftlichen Beziehung zwischen Serbien und Kosovo kommen kann, sagte ein Spre-

cher des Auswärtigen Amtes in der vergangenen Woche. In die gleiche Kerbe hieben auch EU-Ratsvorsitzender Herman Van Rompuy und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso in ihren Glückwunschschriften: Voraussetzung für den EU-Beitritt Serbiens sei eine „sichtbare und nachhaltige Verbesserung in den Beziehungen“ zum Kosovo. Serbien muss seinen „Willen zu Kooperation und Versöhnung in der Region demonstrieren“, heißt es darin. Die EU unterstütze Nikolic bei Schritten in diese Richtung – erst dann könnten die Beitritts-

verhandlungen beginnen. Weitere Reformen und „Fortschritte im Dialog zwischen Belgrad und Pristina“ seien notwendig. Im In- und Ausland wurden Befürchtungen laut, Nikolic könnte für einen Wechsel in der Außenpolitik des Landes sorgen. Nachbarländer wie Kroatien, Bosnien-Herzegowina oder Montenegro, die mit Serbien offene Fragen haben, zeigten sich skeptisch. Nikolic war als früherer Extremist mehr als einhalb Jahrzehnte für die Schaffung eines Großserbiens auf Kosten der Nachbarn eingetreten. **Bernard Bodel/Verena Renneberg**

Bevölkerung im Kosovo



STICHWORT

KOSOVO – Noch nicht von allen Staaten anerkannt

> **Unabhängigkeit** 2008 proklamierte das Parlament in der kosovarischen Hauptstadt Pristina die Unabhängigkeit der Republik Kosovo. 90 Staaten erkannten seither die Unabhängigkeit an, die EU-Mitglieder Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und die Slowakei tun dies bisher allerdings nicht.

> **KFOR** Grundlage des Einsatzes ist die vom UN-Sicherheitsrat 1999 verabschiedete Resolution 1244, sie regelt den Einsatz der Nato-Sicherheitsgruppe Kosovo Force (KFOR).

> **EULEX** Seit Dezember 2008 begleitet die europäische Rechtsstaatsmission EULEX Kosovo mit gegenwärtig etwa 1.700 Mitarbeitern die kosovarischen Behörden beim Aufbau eines professionellen und multiethnischen Justiz-, Polizei- und Zollwesens.



AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Unterstützung für Myanmar

ENTWICKLUNG Nach fast fünf Jahrzehnten Militärdiktatur öffnet sich Myanmar für demokratische Reformen. Wie die Bundesregierung künftig mit dem südostasiatischen Land zusammenarbeiten soll, darüber debattierte der Bundestag am vergangenen Donnerstag. „Wir beobachten in Myanmar den außerst seltenen Fall, dass sich eine Diktatur offenbar von sich heraus wandelt“, heißt es in einem gemeinsamen Antrag (17/9735) der CDU/CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Nun gehe es vor allem darum, den weiteren „demokratischen Reformprozess zu unterstützen“, die „Zivilgesellschaft zu stärken“ und mit dem „Aufbau der Privatwirtschaft sowie eines Banken-, Bildungs- und Gesundheitssystems“ zu beginnen. Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Antrag (17/9727) vor allem die „Menschenrechtslage“ zu fokussieren und auf den Aufbau eines „unabhängigen Rechtswesens“ und „freie Gewerkschaftsarbeit“ hinzuwirken. Die Grünen-Fraktion warnt in ihrem Antrag (17/9739) vor einer „radikalen Marktöffnung“ Myanmars, die negative Auswirkungen für die Bevölkerung, einheimische Wirtschaft und Umwelt hätten. In der Aussprache sagte Patrick Kurth (FDP), man könne im Fall Myanmars nicht eine „Einteilung in Gut und Böse“ vornehmen und warnte vor „überheblichen westlichen Erwartun-

gen“. Er empfahl, die Verantwortung tragenden Machthaber ernst zu nehmen. Jürgen Klimke (CDU) vermisste in den Anträgen von SPD und Grünen den Optimismus. „Ich bin davon überzeugt, dass es in einem Jahrzehnt nicht viele Staaten in Südostasien geben wird, die einen derartigen demokratischen und wirtschaftlichen Stand haben werden“, sagte Klimke. Dagegen wandte Edelgard Bulmahn (SPD) ein, der demokratische Wandel in Myanmar hätte „immer noch einflussreiche Gegner vor allem im Militärapparat“. Ob der Reformprozess gelinge, hänge davon ab, ob die EU, Deutschland und andere Länder die zivilen und politischen Kräfte im Land stärken. Annette Groth (Die Linke) warnte vor Enteignungen im Zuge großer Infrastrukturprojekte durch die Regierung. Die Bevölkerung müsse bei Entwicklungshilfeprojekten mitentscheiden können, sagte Groth. Der Grünen-Abgeordnete Frithjof Schmidt erinnerte daran, dass das Militär noch immer zwei Drittel des Parlaments in Myanmar kontrolliere. Internationaler Druck sei für demokratische Reformen förderlich gewesen. Es gelte den Wandlungsprozess in Myanmar daher weiterhin kritisch zu begleiten, sagte Schmidt. Bei der anschließenden Abstimmung fand nur der Antrag der Koalitionsfraktionen eine Mehrheit. **mla**

Islamisten gegen alte Garde

ÄGYPTEN Am Nil werden die Stimmen für die Mubarak-Nachfolge ausgezählt. Stichwahl wird für Mitte Juni erwartet

Bei der Präsidentschaftswahl in Ägypten zeichnet sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem Kandidaten der Muslimbrüder, Mohammed Mursi, und dem säkularen Kandidaten Ahmed Shafik ab, der einst Regierungschef des im vergangenen Jahr gestürzten Machthabers Husni Mubarak war. Zum ersten Mal konnten die Ägypter in der vergangenen Woche in freier und demokratischer Wahl über ihr Staatsoberhaupt entscheiden. Doch auch wenn die Muslimbrüder bereits ihren Kandidaten Mursi als Sieger feiern: Das amtliche Ergebnis wird erst an diesem Dienstag bekannt gegeben. Auf Meinungsumfragen ist kaum Verlass. Viele Befragte gehen nur in die Großstädte, vernachlässigen das Land und die Armenviertel. Sollte keiner der 13 Kandidaten die erforderliche Mehrheit erhalten, werden die beiden Erstplatzierten sich Mitte Juni einer Stichwahl stellen müssen.

Vier Favoriten Die Frauen in der Warteschlange vor einem Wahllokal in der „Shara Hahram“ im Kairoer Stadtteil Gizeh sind so unterschiedlicher Meinung wie der Rest des Landes. In der acht Kilometer langen Pyramidenstraße reihte sich vergangene Woche ein Wahllokal an das andere. Die Straße hat viele Schulen, und in jeder wurde gewählt. Auf der linken Straßenseite die Männer, auf der

rechten die Frauen: auch am Wahltag herrscht Geschlechtertrennung. Nach den Kriterien ihrer Wahl gefragt, nannten viele die Sicherheit, die es zu verbessern gelte, aber auch wirtschaftliche Aspekte, sowie den Schlusstrich unter das alte Regime, der jetzt zu ziehen sei und schließlich die Religion. Ein breites Spektrum also, dem auch die Kandidaten entsprechen. Trotzdem konzentrierte sich das Interesse in der Pyramidenstraße auf die vier Bewerber, die allgemein als Favoriten gelten. Die vier lassen sich in zwei Lager einteilen: „Allah“ gegen „Felul“, wie die Ägypter humorvoll sagen – Islamisten gegen die alte Garde. Mohammed Mursi ist der Kandidat der Muslimbrüder. Mit dem 61-jährigen Ingenieur als Präsidentenbekäme die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei, die bereits als Sieger aus den Parlamentswahlen im Januar hervorging, nahezu uneingeschränkte Machtbefugnisse und könnte federführend bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung sein. Um dies zu verhindern, setzen viele Wähler, die noch im Januar die Partei der Muslimbrüder gewählt haben, jetzt auf den unabhängigen Kandidaten Abdel Moneim Abul Futuh. Seitdem er vor einem Jahr aus ideologischen Gründen mit den Muslimbrüdern gebrochen hat, repräsentiert der 60-jährige Arzt zwar nach wie vor islamische Wer-

te, will aber einen moderaten Islam in Ägypten verwirklichen. Die beiden anderen Favoriten sprechen sich dagegen für die Trennung von Religion und Staat aus: Amr Moussa, ehemaliger Generalsekretär der Arabischen Liga und Ahmed Shafik, Mubaraks letzter Premierminister. In den Wochen des Wahlkampfes erhielt der 70-jährige ehemalige Oberkommandierende der ägyptischen Luft-

waffe viel Zuspruch vor allem von Ägyptern, die um ihre Sicherheit besorgt sind. Kriminalität und Gewalt haben seit dem Ausbruch der Revolution dramatisch zugenommen. Vor allem die ländliche Bevölkerung könnte daher für einen starken Mann gestimmt haben. **Birgit Svensson, Kairo**

Die Autorin ist freie Korrespondentin.



Auszählung der Stimmen am vergangenen Donnerstag in einem Wahllokal in Kairo

KURZ REZENSIIERT

Tim Weiner: FBI. Die wahre Geschichte einer legendären Organisation.

S. Fischer Verlag, Frankfurt/M 2012; 695 S., 22,99 €

Tim Weiners Monografie über das FBI ist in mehrfacher Hinsicht eine Meisterleistung: Dem Journalisten der „New York Times“ ist es gelungen, mehr als 70.000 Seiten FBI-Archivmaterial auszuwerten. Dabei herausgekommen ist nicht nur ein höchst informatives, sondern auch ein unterhaltsames Buch. Im Einzelnen arbeitete der zweimalige Pulitzer-Preisträger mehr als 200 Zeugnisaussagen der Bundespolizei durch, darunter auch das begehrte Geheimdossier des legendären FBI-Direktors J. Edgar Hoover. Weiner, der für sein kritisches Buch über die CIA im Jahr 2007 mit dem National Book Award ausgezeichnet wurde, geht mit dem FBI nicht so hart ins Gericht. Zwar habe es die Terroranschläge vom 11. September 2001 auch nicht verhindern können, zumindest habe sie aber die Verhörpraktiken von CIA und Pentagon in Guantanamo als „Kriegsverbrechen“ gebrandmarkt. Außerdem habe das FBI die von Präsident George W. Bush angeordneten Abhörmaßnahmen als „illegal“ bewertet. Ein großer Teil des Buches beschäftigt sich mit dem Leben des legendären FBI-Direktors, den Weiner als einen anständigen Kerl und einen amerikanischen Machiavelli bezeichnet. Immerhin habe sich Hoover sein ganzes Leben der Sicherheit seines Landes gewidmet. Schon als 23-Jähriger leitete er während des Ersten Weltkriegs eine Abteilung im Justizministerium. Hoover, von seinen Gegnern „Kloake“ genannt, schuf allerdings einen regelrechten Überwachungsstaat und den mächtigsten Innengeheimdienst der USA, der nur dem Präsidenten unterstellt ist. Das verleitete die Behörde mitunter dazu, außerhalb des Gesetzes zu handeln: Bürgerrechtler wurden genauso bekämpft wie Homosexuelle und Kommunisten. In ihnen sah Hoover die Sicherheit Amerikas am stärksten bedroht. Heute gilt seine Horrorgeschichte von einer kommunistischen Machtübernahme in den USA als paranoid. Weiner weist auch darauf hin, dass US-Präsidenten wie Franklin D. Roosevelt das FBI gezielt gegen ihre politischen Feinde einsetzten. *Aschot Manutscharjan*

Peter L. Bergen: Die Jagd auf Osama bin Laden. Eine Enthüllungsgeschichte.

Deutsche Verlags-Anstalt, München 2012; 368 S., 19,99 €

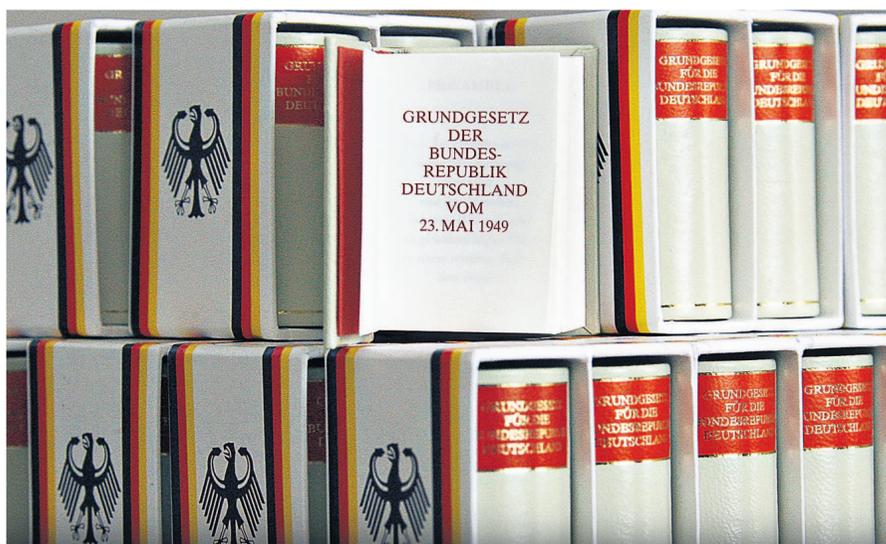
Ein Jahr nach der gezielten Tötung des Terroristen Osama bin Laden in der pakistanischen Stadt Abbottabad wissen wir, wie die Operation organisiert und durchgeführt wurde. Die ansonsten streng geheimen Details ermittelte der Journalist Peter L. Bergen: Wie die CIA nach einem Jahrzehnt erfolgloser Suche auf die Spur des amerikanischen Staatsfeinds Nr. 1 kam und warum sich US-Präsident Barack Obama dafür entschied, bin Laden an Ort und Stelle erschießen zu lassen.

Bereits zwei Jahre vor dem 11. September hatte der Terrorismusexperte ein Standardwerk vorgelegt. Damals wies er auf die Gefährdung der westlichen Zivilisation durch eine falsch verstandene Toleranz gegenüber dem radikalen Islamismus, insbesondere dem Terrornetzwerk Al-Qaida, hin. Als erster „Osamologe“ hatte Bergen 1997 zu den wenigen „Auserwählten“ gehört, die Osama bin Laden für CNN interviewen durften und dabei seinen Hass auf den Westen geäußert. Wie kaum ein anderer kennt der Journalist den Lebenslauf der Top-Terroristen, die historisch-politischen Hintergründe des modernen Islamismus und die aktuelle Politik der USA in der Region. Noch vor zwölf Jahren hatte Bergen in seinen Büchern jedoch unkritisch die Propaganda-Klischees der CIA verbreitet. Er wiederholte die Legende von den ursprünglich guten Taliban, die „eine bemerkenswerte Leistung zu Stande gebracht haben: die Herstellung einer Art Ordnung“. In seinem aktuellen Buch finden sich solche Plattitüden nicht mehr. Ausführlicher als dies dem Taliban-Kenner Achmed Rashid gelang, beleuchtet Bergen den Einfluss des pakistanischen Geheimdienstes auf die Entwicklung im Nachbarland Afghanistan. Neben den Spezialisten der CIA, des Pentagons und des Weißen Hauses interviewte der Autor zahlreiche pakistanische Generäle und Politiker, um auch aus deren Blickwinkel die Geschichte zu erzählen. Peter Bergen hat ein wichtiges Buch über den Niedergang von Al-Qaida geschrieben: quellenfundiert, informativ und analytisch. Damit nimmt er vielen Verschwörungstheorien den Wind aus den Segeln. *manu*

Es gehört zu den unveräußerlichen Grundrechten der Menschen in Deutschland, ihre „Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“. So besagt es Artikel 5 des Grundgesetzes. Dieses Grundrecht, das der Gesetzgeber selbst mit einer Zweidrittelmehrheit „in seinem Wesensgehalt“ laut Artikel 19 des Grundgesetzes nicht antasten darf, will die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nun noch einmal durch ein Grundrecht auf Informationszugang erweitern und stärken. Nach ihrem Willen soll Artikel 5 um folgende Passage erweitert werden: „Jeder hat das Recht auf Zugang zu Informationen öffentlicher Stellen sowie zu Informationen nicht-öffentlicher Stellen, soweit diese öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Der Zugang zu Informationen sonstiger nichtöffentlicher Stellen ist zu gewährleisten, soweit dies, insbesondere zum Schutz der Verbraucher oder der natürlichen Lebensgrundlagen, den überwiegenden Interessen der Allgemeinheit dient. Das Nähere wird bundesgesetzlich geregelt.“ Über den entsprechenden Gesetzentwurf (17/9724) beriet der Bundestag am vergangenen Freitag in erster Lesung und überwies ihn zur weiteren Beratung in die Ausschüsse.

Zweidrittelmehrheit Nach Ansicht der Grünen ist der Zugang zu Informationen eine notwendige Voraussetzung für die Meinungs- und Willensbildung der Bürger in einem demokratischen Rechtsstaat. „Geheimniskrämerie und Undurchschaubarkeit fördern nicht nur Filz und Korruption, sie erzeugen auch berechtigte Wut bei den Bürgerinnen und Bürgern“, schreiben sie in ihrem Gesetzentwurf. „Kompetente Demokraten“ seien nicht damit zufrieden, wenn „einmal gewählte Volksvertreter über ihren Kopf hinweg intransparente Entscheidungen treffen“. Chancen, sich mit diesem Anliegen durchzusetzen, haben die Grünen allerdings nicht. Abgesehen davon, dass Verfassungsänderungen in Deutschland prinzipiell einer Zweidrittelmehrheit bedürfen, zeigte sich der Bundestag in der Vergangenheit auch stets zurückhaltend gegenüber Grundgesetzänderungen. Und im Jahr 2008 waren die Grünen bereits einmal mit der Forderung nach einem Informationszugangsgesetz (16/9607) gescheitert. Auch in der Debatte am Freitag erteilten mit Ausnahme der Linken alle Fraktionen dem Ansinnen der Grünen eine Absage. Und so hielt ihnen der Unions-Abgeordnete Stephan Mayer (CSU) entgegen, der Gesetzentwurf stelle „eine vollkommen überflüssige Wiederholung“ dar. Schon heute existierten in Deutschland ausreichende gesetzliche Möglichkeiten wie das Informationsfreiheitsgesetz (IFG), um dem Informationsbedürfnis der Bürger Rechnung zu tragen. Sein Fraktions- und Parteikollege Norbert Geis argumentierte, dass eine „Überbetonung“ des Informationsrechtes in der Verfassung das Recht auf informationelle Selbstbestimmung unterlaufen könne, wenn Verwaltungen beispielsweise gezwungen wären, Dokumente zu veröffentlichen, die Daten anderer Bürger enthalten.

Gesetze in Bund und Ländern Auch der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz äußerte sich ablehnend gegenüber dem Vorstoß der Grünen. Der Gesetzentwurf sei zwar „sicherlich gut gemeint, aber er ist nicht gut gemacht“. Wiefelspütz sprach sich für eine Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes aus, das der Bundestag im Jahr 2005 auch gegen Widerstände und Bedenken in der damaligen rot-grünen Bundesregierung verabschiedet habe. Von der Verfassung sollte man aber lieber die Finger lassen.



Die Grünen wollen neben dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit ein Grundrecht auf Informationszugang verankern.

»Jeder hat das...«

VERFASSUNG Die Grünen fordern ein Grundrecht auf Informationszugang. Unterstützt werden sie nur von der Linken

Das IFG gewährt jedem Bürger einen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen von Bundesbehörden. Auch in elf der 16 Bundesländer existieren ähnliche Gesetze; lediglich in Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen, Hessen und Niedersachsen nicht. Der SPD-Parlamentarier Edgar Franke argumentierte, es sei sinnvoller, wenn diese Länder endlich Informationsfreiheitsgesetze einführen. Auf das IFG verwies auch die innenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Gisela Piltz. Dieses werde derzeit evaluiert und es gebe sicherlich auch Stellschrauben, um das Gesetz zu verbessern. Sie hielt dem Abgeordneten Konstantin von Notz (Grüne) entgegen, dass er den Charakter der Grundrechte verkenne. Es gehe nicht an, dass dem Umwelt- und Verbraucherschutz innerhalb der

Grundrechte eine vorrangige Stellung eingeräumt werde, um das Informationsrecht der Bürger gegenüber Privatfirmen zu stärken, argumentierte Piltz.

EU-Grundrechtecharta Von Notz hatte argumentiert, dass das Informationsbedürfnis von Bürgern allzu oft an den verfassungsrechtlich ebenfalls geschützten Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen scheiterte. Schon deshalb müsse das Recht auf Informationszugang in den Grundrechten verankert werden. Die Grünen verweisen zudem darauf, dass in den Verfassungen Belgiens, Finnlands und Schwedens das Prinzip der Öffentlichkeit von amtlichen Dokumenten und individuelle Informationsrechte verankert seien. Auch die EU-Grundrechtecharta enthalte in Artikel 42 ein Zugangs-

recht zu den Dokumenten der Organe und Einrichtungen der EU. Unterstützung für das Anliegen der Grünen kam lediglich aus den Reihen der Linken. Man könne sicherlich darüber streiten, ob eine Verfassungsänderung nötig sei, aber die Stärkung der Informationsrechte der Bürger sei „richtig und wichtig“, sagte deren Abgeordnete Nicole Gohlke. Sie verband ihre Zustimmung allerdings mit massiver Kritik an den Grünen. Wer einerseits den Artikel 5 und damit die Meinungsfreiheit stärken wolle, müsse zugleich auch für die Gewähr dieser Rechte Sorge tragen. Gerade aber hätten die Grünen zusammen mit der CDU im Magistrat von Frankfurt am Main mit dem Verbot der Occupy-Proteste im Bankenviertel die Meinungsfreiheit ausgehöhlt. *Alexander Weinlein*

SPD: Fördergeld zügig freigeben

SPORT Die SPD-Fraktion will die Rolle des Sports in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) sichern. Sie soll durch unterschiedliche Projekte in den Bereichen Sprache, Kultur, Wissenschaft und Sport den interkulturellen Dialog ermöglichen. In einem Antrag (17/9731), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in die Ausschüsse überwies, fordern die Sozialdemokraten, die vom Parlament für das jeweilige Haushaltsjahr bewilligten Mittel für Kurz- und Langzeitprojekte „ohne Verzögerungen freizugeben“. Damit könne die Planungssicherheit der an den Projekten beteiligten Partner gewährleistet werden. Den Kurz- und Langzeitprojekten komme eine besondere Bedeutung zu, heißt es in dem Antrag. Diese würden in der Regel in Kooperation mit den Sportverbänden vor Ort realisiert. Die Projekte bedürfen aufgrund der oftmals schwierigen Bedingungen in den Zielländern „grundsätzlich einer berechenbaren Vorlaufzeit“. Die SPD kritisiert „die seit 2010 erkennbare Vorgehensweise des Auswärtigen Amtes, bereits beschlossene Mittel bis kurz vor das jeweilige Jahresende zurückzuhalten“. Dies sei „kontraproduktiv“. Die Sozialdemokraten verlangen von der Bundesregierung ferner zu prüfen, ob die Mittel des Auswärtigen Amtes für die internationale Sportförderung in den kommenden Haushaltsberatungen mindestens wieder auf den Stand von 2009 zu erhöhen sind. *mpi*

Mehr Filme für Behinderte

KULTUR Der Kulturausschuss begrüßt die Ankündigung der Filmförderanstalt (FFA), die Empfänger von Fördergeldern zur Erstellung von Filmfassungen mit Audiodeskriptionen und Untertiteln zu verpflichten. Ein Grundsatzbeschluss über eine entsprechende Änderung der Förderrichtlinien sei bereits verabschiedet und soll im Herbst 2012 in Kraft treten. Alle Fraktionen im Ausschuss forderten Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) in der gemeinsamen Protokollerklärung am vergangenen Mittwoch zudem auf, eine entsprechende Änderung der Förderrichtlinien des Deutschen Filmförderfonds (DFFF) zu veranlassen, um ebenfalls den Anteil von Filmproduktionen mit barrierefreien Filmen zu erhöhen. Ebenso sprechen sich die Fraktionen dafür aus, bei der nächsten Novellierung des Filmförderungsgesetzes ebenfalls die Verpflichtung zu verankern, Filme mit Audiodeskription und Untertiteln zu versehen. Trotz der prinzipiellen Übereinstimmung zwischen den Fraktionen verabschiedete der Kulturausschuss einen Antrag der CDU/CSU und FDP (17/7709) zur Ausweitung barrierefreier Filmangebote gegen die Stimmen der SPD und der Linken bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen. Nach Ansicht der Opposition ist der Koalitionsantrag zu unkonkret und beschränkt sich weitgehend auf Prüfaufträge. Abgelehnt hingegen wurde ein Antrag der Grünen (17/8355) zum Ausbau des barrierefreien Filmangebots und ein Antrag der SPD (17/8485), die ein umfassendes Programm fordern, um Menschen mit Behinderung prinzipiell den barrierefreien Zugang zu Kultur, Medien und Information zu ermöglichen. Über die von der SPD geforderten Informationsangebote des Bundestages in der sogenannten „leichten Sprache“ wird der Ältestenrat des Bundestages und der Kulturausschuss aber noch beraten. *aw*

Angst vor virtuellen Hilfsheriffs

URHEBERRECHT Mit Warnhinweisen soll auf Verstöße reagiert werden. Experten sind skeptisch

Der Medienrechtler Rolf Schwartmann zeigte sich ob der Kritik verwundert. Zu „Hilfsheriffs“ wolle er die Internetprovider ganz gewiss nicht machen. Und von einer Verschärfung des Rechts könne auch keine Rede sein. Dennoch: Die Mehrzahl der Experten lehnte während einer öffentlichen Sitzung des Unterausschusses „Neue Medien“ in der vergangenen Woche das von Schwartmann an der Fachhochschule Köln entwickelte Warnhinweismodell bei Urheberrechtsverletzungen im Internet ab. Nach Schwartmanns Vorstellungen sollen Rechteinhaber den Internet-Providern die IP-Adressen melden, bei denen sie Urheberrechtsverstöße entdecken. Der Provider soll dann bis zu drei Warnhinweise verschicken. Der Ansatz, so heißt es in dem Gutachten Schwartmanns, sei „rechtsstaatlich von Vorteil, weil er vor einer Abmahnung auf aufklärende Warnungen setzt“.

Gefahr der Überwachung Das sehen aber nicht alle so. Von einer „Privatisierung der Rechtsdurchsetzung“, bei der die Provider als Hilfsheriffs fungieren sollen, sprach Oliver Sime vom Verband der Deutschen Internetwirtschaft (Eco). Vor der Gefahr einer „vollständigen Überwachung des Internets“ warnte Frank Rieger vom Chaos Computer Club (CCC). Und der Medienan-

walt Dieter Frey kritisierte den mit der Regelung verbundenen Eingriff in das Fernmeldegeheimnis. Einzig Florian Drücke vom Bundesverband der Musikindustrie fand Gefallen an Schwartmanns Idee. Wollte man an einer Rechtsdurchsetzung festhalten, sei das Modell ein „guter erster Aufschlag“, sagte er. Frey hingegen argumentierte, dass nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts das Zusammenführen von dynamischen IP-Adressen mit den Kundendaten des Zugangsproviders ein „Eingriff in das Fernmeldegeheimnis“ darstelle. Die Vorstellung, nicht mehr unbeobachtet zu sein im Internet, die mit der Änderung verbunden sei, „kann man sich wünschen, um die Leute im Griff zu halten“, meinte Frey. Es stehe aber zu Recht unter Strafe, in das Fernmeldegeheimnis einzugreifen. Vor einer „vollständigen Überwachung à la Syrien“, warnte Frank Rieger vom CCC. Es stelle sich die Frage, was nach einem Warnmodell kommen soll. Eine Überwachung sei zwar technisch möglich. „Wir müssen uns aber politisch dagegen entscheiden“, forderte Rieger. Es sei auch heute schon möglich, Warnhinweise zu versenden, sagte Eco-Vertreter Oliver Sime. „Das tut aber niemand.“ Auch die Herausgabe von IP-Adressen sei jetzt schon

möglich – allerdings nur auf richterlichen Beschluss, der dann die Basis für Abmahnverfahren bilde, betonte Sime.

Unbewusste Uploads Abmahnungen, die die Menschen nicht verstehen, weil ihnen der Gesetzverstoß gar nicht bewusst ist, führten zur Abnahme des Glaubens an das Gesetz, sagte der Journalist Dirk von Gehlen. Das geschehe bei manchen Plattformen, wo unbewusst auch Uploads erfolgen. „Wollen wir in solchen Fällen die völlig berechtigten Interessen der Urheber höher stellen als die Frage, wie die Menschen mit dem Gesetz umgehen“, fragte von Gehlen. Aus Sicht von Florian Drücke vom Bundesverband der Musikindustrie geht es nicht darum, „dass irgendjemand ein kleines Musikstück runterlädt?“ Vielmehr gehe es um Uploads. Um hier die Graubereiche zum gewerblichen Bereich zu beenden, sei möglicherweise ein Upload-Verbot sinnvoll, sagte Drücke. Medienrechtler Rolf Schwartmann warb für sein Modell. Statt „Hilfsheriffs“ zu schaffen, wolle er eine „Inpflichtnahme zu Botendiensten“, was nicht mit einer Rechtsdurchsetzung verwechselt werden dürfe. „Es geht um die Mitwirkung in einem privatrechtlichen Vorgang ohne jede Sanktion“, sagte Schwartmann. *Götz Hausing*

Anzeige

Linksextremistische Parteien

Linksextremistische Parteien in Europa nach 1990

Ursachen für Wahlerfolge und -misserfolge

Von Tom Mannewitz
2012, 506 S., brosch., 74,- €
ISBN 978-3-8329-7553-1
(Extremismus und Demokratie, Bd. 23)

Diese Analyse spürt den Ursachen für Wahlerfolge und -misserfolge linksextremistischer Parteien in Europa zwischen 1990 und 2010 nach. Sie kommt zu dem Schluss, dass weniger die Charakteristika der Parteien als vielmehr die sozioökonomischen Rahmenbedingungen und die parteipolitische Konkurrenzsituation das Abschneiden bei Wahlen bestimmten.

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/15182

AUFGEKEHRT

Bakschisch fürs Spitzenamt

Fangprämien – zugegeben, das Wort klingt schäbig, ein bisschen wie Kopfgeld. Die Extra-Honorare an Ärzte für die Überweisung von Patienten sind auch nicht legal, dafür aber offenbar gang und gäbe. Und sie sind hochwirksam – jedenfalls im Geldbeutel mancher Mediziner. Nach einer neuen Studie soll jedes vierte Krankenhaus ein derartiges Bakschisch zahlen. Auch in der Politik könnten derzeit manche so ein effektives Mittelchen gebrauchen wie die Fangprämien im Gesundheitswesen. Also zum Beispiel die NRW-CDU, mitgliederstärkster Landesverband der Partei. Der ist gerade mächtig sauer auf die Bundeskanzlerin, weil die seinen Norbert Röttgen eiskalt geschasst hat. Obendrein darf nicht ein CDU-Abgeordneter aus ihren Reihen die Nachfolge von Peter Altmaier als Parlamentarischer Geschäftsführer antreten, sondern ein Niedersachse mit Doppelnamen. Hätten Christdemokraten an Rhein und Ruhr eine Fangprämie, besser eine Auswurfpromie, ausloben können, wäre das möglicherweise nicht passiert. Aber die Kanzlerin ist dafür vielleicht ohnehin die falsche Adresse – oder ist vorstellbar, dass Angela Merkel empfänglich für irgendwelche Prämien ist? Eben. Allerdings gelten die Reihen der Unions-Führungsreserve inzwischen als so ausgegünstigt, dass in der CDU-Spitze bald über neue Formen der Personalgewinnung nachgedacht werden könnte. Ein Problem, das die SPD nicht hat. Da ginge es eher um Aussteigerprämien, denn gleich drei Herren bewerben sich darum, Merkel 2013 herausfordern zu dürfen. Oder um eine Art Herdprämie, damit die Sozialdemokratin mit den besten Chancen, Hannelore Kraft, den Jungs nicht die Spitzenposition streitig macht. Ganz prämienfrei bleibt Oskar Lafontaine bei den Linken zu Hause. Dafür wollen jetzt zwei Frauen ran. Ob sie dafür prämiert werden, ist noch nicht entschieden. *Monika Pilath*

VOR 30 JAHREN ...

Pfeifen gegen Wettrüsten

9. Juni 1982: Reagan im Bundestag Die Vorstellung, dass Brad Pitt oder Johnny Depp eine Rede vor dem Bundestag halten, ist ziemlich bizarr. Dennoch wären sie nicht die ersten Hollywood-Stars, denen die Abgeordneten lauschen würden: Am 9. Juni 1982 trat US-Präsident Ronald Reagan ans Bonner Rednerpult. Zu diesem Zeitpunkt hatte der damals 71-Jährige in über 50 Hollywood-Streifen mitgespielt. Einen roten Teppich bekam er jedoch nicht von allen Abgeordneten im Bundestag ausgerollt.



Reagan im Plenum. Links Kanzler Schmidt und Außenminister Genscher

Denn Reagan stand schon zu Beginn seiner Amtszeit 1981 für das Wettrüsten. Er wollte die Rüstungsspirale weiter nach oben schrauben und so die kommunistischen Länder in die Knie zwingen – allen sicherheitspolitischen Bedenken zum Trotz. In seiner Rede vor dem Bundestag, die sich vor allem um den Nato-Doppelbeschluss drehte, sagte er, es sei ihm „unverständlich, warum einige Leute vor den Waffen, deren Aufstellung die Nato plant, größere Angst haben als vor den Waffen, die die Sowjetunion schon stehen hat“. Während der Rede hatten einige linksgerichtete Abgeordnete versucht, mit Trillerpfeifen zu stören. Nach der Rede, der SPD-Parteichef Willy Brandt fern blieb, blieben viele Vertreter der SPD demonstrativ sitzen; die Abgeordneten der Union dagegen applaudierten im Stehen. Fünf Jahre später kehrte Reagan nach Deutschland zurück, dann mit einem filmreifen Auftritt. Vor der Kulisse des Brandenburger Tores forderte der US-Präsident am 12. Juni 1987, zwei Jahre vor dem Fall der Mauer: „Mr. Gorbatschow, tear down this wall!“ (Reißen Sie diese Mauer ein!) Diese Szene blieb den Deutschen mehr im Gedächtnis, als die Trillerpfeifen im Plenum. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: BEI DER PARLAMENTARISCHEN FAHRRADTOUR



Teilnehmer der Fahrradtour: im schwarzen Anzug Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms (FDP), daneben die beiden Initiatoren, Gero Storjohann (CDU, rechts) und Torsten Staffeldt (FDP, links)

»Anzug tragen ist kein Argument, nicht Rad zu fahren«

Als der Parlamentarische Staatssekretär im Verkehrsministerium, Jan Mücke (FDP), zur Fahrradtour des Bundestages im Anzug erschien, musste er sich bei seiner Begrüßungsrede kritische Zwischenrufe gefallen lassen. „Anzug tragen ist kein Argument, nicht Rad zu fahren“, entgegnete Mücke, allein wegen eines Termins könne er nicht mitfahren. Die rund 140 radbegeisterten Parlamentarier und Mitarbeiter stimmten ihm zu. Sie alle waren dennoch in etwas sportlicherer Kluft am vergangenen Montag zur parlamentarischen Fahrradtour erschienen, zu der die Abgeordneten Torsten Staffeldt (FDP) und Gero Storjohann (CDU) eingeladen hatten. Beide freuten sich über das größte Teilnehmerfeld der seit 2007 jährlich stattfindenden Tour. „Wir sind heute sehr viele“, sagte Staffeldt. „Dies ist ein deutliches Zeichen für das Fahrrad als alternatives Verkehrsmittel.“ Mit neongelben Warnwesten für den Hauptstadtverkehr gewappnet, schwingen sich die Teilnehmer auf ihre Drahtesel und radelten los. Zunächst zum Reichstagsgebäude,

wo Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms (FDP) die Tour offiziell eröffnete. „Ich kann aus terminlichen Gründen leider nicht mitfahren. Aber glauben Sie mir, ich bin heute Morgen schon 20 Kilometer geradelt – und das ohne Elektromotor!“ Solms Fingerzeig bezog sich auf den neuen Trend: Pedelecs – Fahrräder mit elektronischer Pedalunterstützung. Unter den vom Zweirad-Industrie-Verband zur Verfügung gestellten Leihrädern waren die Elektoräder am schnellsten vergriffen. „Viel Spaß und auf geht’s“, sagte Solms und das Feld fuhr los – zunächst in die falsche Richtung. An der Spree kehrt machend, ging es wieder am Reichstag vorbei und hinein in den Hauptstadtverkehr. Zwar hatte sich das Fahrerfeld in drei Gruppen aufgeteilt, es blieb jedoch auch mit 50 Fahrern schwierig, innerhalb einer Ampelphase Kreuzungen zu überqueren. „Wir fahren im Verband“, rief eine begleitende Helferin des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs und stoppte mit ausgebreiteten Armen den Gegenverkehr. Schließlich erlaube es Paragraf 27 der Straßenver-

kehrsordnung einer im Verband fahrenden Gruppe von mehr als 15 Radfahrern, rote Ampeln zu überqueren, sofern die Spitze der Gruppe bei Grün losgefahren ist. Die Fahrt führte durch den Ostteil der Stadt. So hatten es die Fraktionen mit der Senatsverwaltung Berlin ausgetüfelt. Angesichts hochsommerlicher Temperaturen konnten alle Teilnehmer den für eine Erfrischung eingeplanten Zwischenstopp am Velodrom schließlich gut gebrauchen, bevor es weiter ging: durch Parks, über Kopfsteinpflaster, am Spree-Ufer entlang zum Parlamentsviertel zurück. Dabei gelang es dem Feld, die gesamten 23 Kilometer zusammenzuleben. Am Ende der Fahrt ließen alle Fahrradfahrer ein wenig erschöpft, aber bei bester Laune den Abend im Biergarten hinter dem Kanzleramt ausklingen. „Das hat schon Spaß gemacht“, sagte Lisa Schreier, Praktikantin im Referat Internationale Parlamentarische Versammlungen des Bundestages. „Und manche Ecken Berlins hatte ich zuvor noch nie gesehen!“ *Martin Lassak*

LESERPOST

Zur Ausgabe 20/21 vom 14. Mai 2012, „Albig vor der Dänen-Ampel“, Seite 4 Die Überschrift des Artikels führt auf eine falsche Fährte. Denn die politischen Vertreter des Südschleswigischen Wählerverbandes (SSW), die jetzt mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Landeshauptstadt Kiel über eine mögliche Regierungsbildung verhandeln, sind deutsche Staatsbürger, weswegen man den Begriff der sogenannten Dänen-Ampel, wie im nachfolgenden Bericht dann auch richtig gemacht, zumindest in Anführungsstriche setzen muss. Denn sonst suggeriert der Begriff ein falsches Bild und kann negative Vorurteile schüren, zumal die landläufige Meinung nicht nur bei vielen Konservativen dahingehend lautet, dass eine Minorität neutral bleiben muss und sich nicht in größere politische Zusammenhänge, die nicht ihr eigentliches Kerngebiet betreffen, einzumischen hat.

Das aber entspricht einem veralteten Denken, das sich in kleinster Weise mit dem europäischen Integrationsgedanken mehr in Einklang bringen lässt. Weshalb die Ambitionen des SSW keine Besonderheit sind, sondern eine Normalität darstellen, die außerdem im Hinblick auf die große wirtschaftliche Aufbruchsstimmung im Ostseeraum einer armen Region wie Schleswig-Holstein endlich eine Perspektive bietet. *Rasmus Ph. Helt, Hamburg*

Zur Zeitung „Das Parlament“ allgemein Bei einigen Wahlen in der letzten Zeit schien mir, dass im Fokus der Wähler besonders markante Persönlichkeiten aus der Politik standen – und zwar unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. Es kommt mir so vor, als ob die prozentualen Stimmanteile der Parteien

leugnen müssten und bestimmte Programme ihrer Partei nicht durchaus mit gutem Gewissen umzusetzen helfen könnten. Aber dass mit dem derzeit gepflegten Zweitstimmen-Lotto die Parteien bestimmen können, wer von ihren Delegierten per Listenplatz einen Sitz im Parlament erhält, halte ich für nicht demokratisch. Das bedeutet schließlich auch, dass die Hälfte der Parlamentarier ihren Wählern so gut wie unbekannt sind. *Klaus Wolff, Hofheim am Taunus*

Zur Zeitung „Das Parlament“ allgemein Ich beziehe „Das Parlament“ schon seit vielen Jahren und habe mich früher stets darü-

ber gefreut, dass dort die Wahlergebnisse in realen Stimmzahlen veröffentlicht worden sind. Ich habe manchmal die Ergebnisse für die Zukunft aufbewahrt. Seit Jahren liefert jedoch nicht einmal mehr meine Tageszeitung, die „Schwäbische Zeitung“, die Zahlen – alle geben gleich die Prozentwerte an. Nach der letzten Bundestagswahl hat mich ein interessierter Mitbürger gefragt: „Wo ist meine Stimme hingekommen?“ Sie ist nur noch im Mitteilungsblatt der Gemeinde eine Veröffentlichung wert. Mündige Bürger erscheinen sozusagen – wie am Wahlabend im Fernsehen – nur noch als Prozentwerte. Vor Jahrzehnten, als man noch die Ergebnisse per Hand in Listen eintragen musste in Form von Tabellen, da war es üblich, immer die konkreten Zahlen als Vergleichswerte mit Landtag und mit Bundestag anzugeben. Heute – so nehme ich an – könnten das die Rechner per Vernetzung, aber es bleibt nur noch die Sitzverteilung übrig. Ich bleibe aber bei der Ansicht, dass der Respekt vor dem Bürger und seiner Stimmabgabe die aktuellen Zahlen bräuchte – das ist wirkliche Information zum eigenen Sehen, Denken, Beurteilen! *Ferdinand Kramer, Uttenweiler*

SEITENBLICKE



PANNENMELDER

Im Aufmacher der vorigen Ausgabe „Euro-Linie hat Verspätung“ sind uns gleich zwei Namensfehler unterlaufen: Der CSU-Abgeordnete Silberhorn heißt Thomas mit Vorname und nicht Florian. Und das h im Vornamen der Linke-Abgeordnete Wagenknecht steht hinter dem ersten a – und nicht hinter dem zweiten. Der Name lautet also Sahra Wagenknecht.

PERSONALIA

> **Ingeborg Hoffmann †** Bundestagsabgeordnete 1976-1990, CDU Am 24. April starb Ingeborg Hoffmann mit 88 Jahren. Die Hotelfachfrau, CDU-Mitglied seit 1968, engagierte sich im Bundesvorstand der Mittelstandsvereinigung und war von 1980 bis 1990 Mitglied des CDU-Landesvorstands in Niedersachsen. Hoffmann gehörte zuletzt dem Auswärtigen Ausschuss an.

> **Oscar Schneider** Bundestagsabgeordneter 1969-1994, CSU Oscar Schneider wird am 3. Juni 85 Jahre alt. Der promovierte Jurist und Regierungsdirektor trat 1953 der CSU bei, gehörte von 1956 bis 1969 dem Nürnberger Stadtrat an und stand von 1977 bis 1991 an der Spitze des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth. Schneider, von 1982 bis 1989 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, arbeitete im Bundestag vorwiegend in dem gleichnamigen Ausschuss.

> **Michael Bürsch** Bundestagsabgeordneter 1997-2009, SPD Am 3. Juni wird Michael Bürsch 70 Jahre alt. Der promovierte Jurist und Verwaltungsbeamte aus Berlin gehört seit 1974 der SPD an. Von 1988 bis 1993 war er Staatssekretär für Bundes- und Europaaangelegenheiten in Kiel. Im Bundestag arbeitete Bürsch im Innen- sowie im Rechtsausschuss.

> **Johannes Ganz** Bundestagsabgeordneter 1980-1994, CDU Am 5. Juni wird Johannes Ganz 80 Jahre alt. Der aus St. Wendel stammende Oberstudienrat schloss sich 1960 der CDU an und gehörte von 1977 bis 1985 dem CDU-Landesvorstand Saar an. Von 1975 bis 1980 war er saarländischer Landtagsabgeordneter. Im Bundestag arbeitete Ganz in allen vier Legislaturperioden im Verteidigungsausschuss.

> **Karl-Heinz Schmitz** Bundestagsabgeordneter 1970-1971, CDU Karl-Heinz Schmitz wird am 9. Juni 80 Jahre alt. Der Berliner Rechtsanwalt, CDU-Mitglied seit 1951, gehörte 22 Jahre dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Im Bundestag saß er im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen.

> **Philipp Jenninger** Bundestagsabgeordneter 1969-1990, CDU Philipp Jenninger vollendet am 10. Juni sein 80. Lebensjahr. Der promovierte Jurist war zunächst in der Wehrbereichsverwaltung tätig, ehe er von 1964 bis 1969 als Referent der Bundesminister Krone beziehungsweise Strauß arbeitete. Von 1973 bis 1982 war Jenninger Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und danach bis 1984 Staatsminister beim Bundeskanzler. Von 1984 bis 1988 amtierte Jenninger als Bundestagspräsident.

> **Manfred Eugen Hampel** Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD Manfred Hampel wird am 14. Juni 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieurökonom aus Köthen trat 1989 der SPD bei, wurde Vorsitzender des dortigen Ortsvereins und Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Halle. Hampel engagierte sich im Bundestag im Finanz- sowie im Haushaltsausschuss.

> **Friedhelm Ost** Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU Am 15. Juni wird Friedhelm Ost 70 Jahre alt. Der Diplom-Volkswirt und langjährige leitende ZDF-Wirtschaftsredakteur trat 1980 der CDU bei. Von 1985 bis 1989 war er als Staatssekretär Sprecher der Bundesregierung und Leiter des Presse- und Informationsamtes. Der Direktkandidat des Wahlkreises Paderborn engagierte sich im Bundestag im Wirtschaftsausschuss, an dessen Spitze er von 1990 bis 1998 stand. *bmh*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 18. Juni.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 11.-15.06.2012
Innovationspolitik (Do),
Energiewende, Betreuungsgeld (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream